

Burnout-Parlament: Warum das Milizsystem trotzdem besser ist

Nummer 41 – 11. Oktober 2012 – 80. Jahrgang
Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4,90

DIE WELTWOCHEN



Das Sterben meiner Mutter

Eine sehr persönliche Geschichte über das Ende des Lebens
und das Schweizer Gesundheitswesen. *Von Max Winiger*

Luxusproblem Armut

Der Bundesrat will eine neue Behörde installieren,
um etwas zu bekämpfen, das es nicht mehr gibt. *Von Urs Paul Engeler*

«Obama hat zwei Seelen»

Biograf David Maraniss über den US-Präsidenten. *Von Urs Gehriger*



Burnout-Parlament

**Warum das
Milizsystem
besser ist**

Luxusproblem Armut

**Bundesrat
will neue
Behörde**

Schicksale

**Das
Sterben
meiner
Mutter**

Intern

Durch einen E-Mail-Austausch zwischen *Weltwoche*-Chefredaktor Roger Köppel und dem früheren *Weltwoche*-Autor und Werber Max Winiger kam die aktuelle Titelgeschichte zustande. Winiger berichtete von seinen Erfahrungen mit dem Schweizer Gesundheitswesen, als er seine an Krebs erkrankte Mutter betreute. Köppel ermunterte Winiger, seine Gedanken auf Papier zu bringen. Es entstand eine – aus unserer Sicht – sehr bewegende Reportage, die ohne Rührseligkeit vom Abschiednehmen erzählt, von der Beziehung einer Mutter zu ihrem Sohn und von den Tücken des Schweizer Gesundheitswesens, wenn



Abschied von der Mutter: Claire Winiger, 1957.

es darum geht, todkranke Menschen zu versorgen und zu begleiten. Winiger, früher Autor im Ressort «Leben heute», hat nach seiner journalistischen Tätigkeit eine eigene Unternehmung gegründet und ist in Zürich in der Werbebranche tätig. Sein Artikel beweist, dass er nichts von seinen journalistischen Fertigkeiten eingebüsst hat. **Seite 38**

Was war mit US-Präsident Obama los? Letzte Woche machte der begnadete Redner im TV-Duell mit seinem Herausforderer Mitt Romney keine gute Figur. So lautete das Urteil der meisten Beobachter. Keiner kennt Obama so gut wie der amerikanische Journalist David Maraniss. Der zweifache Pulitzerpreis-Träger hat eben die Biografie «Barack Obama – The Story» veröffentlicht. Dafür hat Maraniss sämtliche Orte besucht, wo Obama gelebt hat, 96 000 Kilometer zurückgelegt, 350 Interviews geführt und 163 Bundesordner mit Ma-

terial gefüllt. Zum Schluss sprach er im Oval Office mit Obama selbst. Urs Gehrigler beobachtet für uns den Wahlkampf in den USA und hat Biograf Maraniss im legendären Restaurant «The Hamilton», einen Steinwurf vom Weis-



Zwei Seelen: US-Präsident Obama.

sen Haus entfernt, getroffen. Maraniss erklärte Obamas Debatten-Schwäche so: «Obama trägt zwei Seelen in seiner Brust. Die eine ist sehr ehrgeizig und will gewinnen. Die andere drängt ihn zu Ironie. Er schaut auf die Debatte in einer fast surrealen Art, als ob er zu sich sagen würde: «Ich muss da durch, das Ganze ist ziemlich doof, und ich will es nicht wirklich tun.»» **Seite 42**

Fast könnte man meinen, dass ohne Agrarsubventionen entweder die Natur oder aber die Schweizer Landwirtschaft zugrunde ginge. In der eben zu Ende gegangenen Herbstsession, in der das Parlament die Agrarpolitik 2014–2017 festlegte, stritten sich links und rechts letztlich nur darüber, ob mit den Steuermilliarden nun mehr oder weniger Kalorien produziert werden sollten. Stimmen, die das System der Direktzahlungen grundlegend hinterfragen, waren nicht zu hören. Inland-Redaktor Christoph Landolt zeigt in seinem Porträt von «Superbauer» Martin Jucker, dass es auch ganz anders geht. Der «Erlebnisbauernhof», den Jucker mit seinem Bruder Beat aufgebaut hat, ist ein höchst erfolgreiches Unternehmen, das nach ökonomischen Kriterien geführt wird. Und wie die Betriebsbesichtigung zeigte, sind die Kunden auch von den ökologischen Qualitäten überzeugt: Eine Dame schwärmte vom überragenden Geschmack der Bio-Produkte. Jucker: «Dabei verkaufen wir gar kein Bio.» **Seite 26**
Ihre Weltwoche



Wissen Sie, was morgen ist?

Stehen stürmische Zeiten bevor oder geht es mit der Wirtschaft wieder aufwärts? Wir wissen es nicht. Deshalb konzentrieren wir uns auf das, was alles sein könnte. Wir denken in Szenarien, um Ihr Vermögen zu schützen.

www.notenstein.ch/szenarien



NOTENSTEIN
PRIVATBANK

Kissinger

Am Strand. Memoiren eines Staatsmanns. De Gaulle, die Schweiz und Europa.

Von Roger Köppel

Wie in der letzten Ausgabe angetönt, verbrachte ich ein paar Tage in Griechenland, um mich mit meinen Kindern und meiner Familie am Strand zu beschäftigen. Abgesehen von Ausflügen in historisch befrachtete Hafenstädte – faszinierend –, verbrachte ich den Tag damit, entweder die Memoiren des früheren amerikanischen Sicherheitsberaters Henry Kissinger zu lesen oder aber meinem dreijährigen Sohn den richtigen Gebrauch eines Spider-Man-Schwimmrings mit speziell ausgeschnittenen Oberschenkelfassungen beizubringen. Dazwischen erfolgte die Nahrungsaufnahme, wobei die griechische Küche begeisterte, übrigens auch der Wein, ein Resultat intensiv verbesserter Traubenzucht, wie mir der Wirt im Restaurant «Philosophia» (kein Witz) erklärte.

Die Kissinger-Memoiren 1968–1973 haben in deutscher Übersetzung einen Umfang von 1566 Seiten ohne Fussnoten, womit der demnächst neunzigjährige Staatsmann und Nobelpreisträger allein mit dem ersten Band seiner Lebenserinnerungen früh dokumentierte, dass er ein Mensch ist, der über ein ausgeprägtes Mitteilungsbedürfnis verfügt, das sich weder durch Selbstzweifel noch durch den vielleicht naheliegenden Gedanken bremsen liess, der Autor könnte den Leser allenfalls durch seine Weigerung, sich kurz zu fassen, von der Lektüre abhalten. Kissinger berichtet mit einer an Mikrochirurgie erinnernden Detailtreue von seinen Erlebnissen an der Spitze der Weltmacht USA, die in den betreffenden Jahren durch eine spannungsreiche und aufwühlende Zeit navigierte – Vietnam, Studentenunruhen, Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion, Annäherung an China, Watergate.

Natürlich ist das Buch ein Gewinn, wenn man Kissingers byzantinischer Architektur an Schachtelsätzen zu folgen bereit ist. Der Diplomatie-Historiker, der sich mit seinen Studien über das europäische Machtgleichgewicht im 19. Jahrhundert an den Hochschulen den Ruf eines Wunderkinds erwarb, beherrscht nicht nur die Kunst der präzis-ironischen Charakterisierung, wie sich an folgendem Beispiel zeigt: «[Frankreichs Präsident] de Gaulle schien noch einen Zoll zu wachsen, als er mich mit dem Stolz eines schneebedeckten Alpengipfels gegenüber einem kleinen Hügel betrachtete.» Kissinger ist auch ein



«In der Luft schwebende Staatengemeinschaft.»

Meister des diplomatischen Raunens, das den Mangel eines greifbaren Standpunkts durch tief sinnig klingende Formulierungen wirkungsvoll tarnt.

Seine einleitende Fundamentaldiagnose zum fernöstlichen Küstenstaat Vietnam fällt eindeutig in diese Kategorie: «Psychologen oder Soziologen werden vielleicht eines Tages erklären können, was dieses ferne, einfarbige, sich mit seinen grünen Bergen und Feldern aus der tiefblauen See erhebende Land seit Jahrtausenden zu einem Magneten für Fremde gemacht hat, die dort nach Erfolg und Ruhm gesucht haben, aber nun bitter enttäuscht wurden; die glaubten, in diesen Reisfeldern und Dschungeln ein Ideal verwirklichen zu müssen, um sich dann, aller Illusionen beraubt, wieder zurückzuziehen. Was hat dieses Volk zu so heroischen Kämpfen und zu einer solchen Monomanie inspiriert, dass Aussenseiter immer wieder hier nach einer Lösung des Rätsels gesucht haben, um dann mit unglaublicher Wildheit von einem Volk hinausgetrieben zu werden, das nicht nur alle Anstrengungen der Fremden scheitern liess, sondern auch sein eigenes inneres Gleichgewicht aufs Spiel setzte?» Man glaubt einen Teil jener aussenpolitischen Verwirrtheit, welche die USA überhaupt erst in den Vietnamkrieg hineinzog, in solch kunstvoll-nebulöser Prosa wiederzuerkennen.

Messerscharf allerdings sind Kissingers Nacherzählungen von Treffen mit Staatsmännern, und aus aktueller Sicht ist vor allem seine Begegnung mit dem bereits erwähnten französischen Präsidenten Charles de Gaulle – dem «Koloss» – erwähnenswert. Kissinger traf den greisen General auf der ersten Europareise von US-Präsident Richard Nixon 1969

in Paris. Interessant sind de Gaulles Äusserungen zu Europa, weil der grosse Ur-Europäer Gedanken formulierte, die in deutlichem Kontrast stehen zu den Plänen der heutigen Euro-Elite, unter dem Druck einer Schuldenkrise die Zentralisierung Europas voranzutreiben. De Gaulle erteilte solchen bereits damals herumgeisternden Vorstellungen eine schneidende Absage. Er vertrat den Standpunkt, «dass die Identität Europas und letzten Endes auch seine Einheit von der Lebensfähigkeit und dem Selbstvertrauen der europäischen nationalstaatlichen Gebilde» abhängen.

Schon damals hiess es – interessanterweise von amerikanischer Seite –, der Nationalstaat sei überholt und durch eine «supranationale Struktur» abgelöst mit dem Ziel, dass sich Europa mehr Gewicht verschaffe und gleichzeitig ein stärkerer Pfeiler des transatlantischen Sicherheitsbündnisses werden könne. Für die Befürworter eines verstärkten Bundesstaats-Europas riefen damals die Herausforderungen eines militärischen Wettrüstens und erster heraufdämmernder ökologischer Krisen nach mehr Integration. Heute heisst es, Europa müsse institutionell enger verschraubt werden, um den wirtschaftspolitischen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein.

De Gaulle blieb misstrauisch und wirkt mit seinen Einwänden heute erstaunlich aktuell. Kissinger zitiert ihn, übrigens zustimmend: «Es ist richtig, dass die Nation ein menschliches und empfindsames Element ist, während Europa auf der Grundlage aktiver autoritativer und verantwortlicher Elemente aufgebaut werden kann. Welcher Elemente? Das sind natürlich die Staaten; denn in dieser Hinsicht kommt es nur auf die Staaten an; sie sind legitim und fähig, Fortschritte zu machen. Ich wiederhole es, dass es gegenwärtig kein anderes Europa als ein Europa der Einzelstaaten geben kann, natürlich frei von Mythen, Geschichten und Paraden.»

De Gaulle fährt fort: «Die Staaten unterscheiden sich [...] sehr stark voneinander, denn jeder hat seinen eigenen Geist, seine eigene Geschichte, seine eigene Sprache, sein eigenes Missgeschick, seinen eigenen Ruhm und seinen Ehrgeiz, aber diese Staaten sind die einzigen Gebilde, die das Recht auf Befehlsgewalt und die Autorität zu handeln besitzen.» Die Idee, den Staaten ihre Autonomie zu rauben, hätte de Gaulle als abwegig empfunden. Die Vorstellung, einer institutionell in der Luft schwebenden Staatengemeinschaft die Macht zu übertragen, Einzelstaaten zu bestrafen, hätte er als Verirrung angeprangert. Als guter Europäer blieb der Präsident skeptisch gegenüber dem, was wir heute als EU bezeichnen.

In de Gaulles «Europa der Vaterländer» wäre die Schweiz übrigens ein natürliches, bestens integriertes Vollmitglied.



Bauernschlau: Unternehmer Jucker. Seite 26



Traum vom Reichtum: Kohlearbeiter. Seite 48



Zwei Gesichter: FDP-Politikerin Gut. Seite 22



Mehr Bürokratie: Bundesrat Berset. Seite 20

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar Alarmstimmung bei den Hochschulen

11 Im Auge Michael Schumacher, Autolegende

12 Kommentar EU-Nein zur Bilateralen-«Weiterentwicklung»

13 Personenkontrolle Merkel, Samaras, Müggler, Messmer, Jordan, Hildebrand, Raggenbass, Steinegger, Chávez, Cavalli

13 Nachruf Claude Pinoteau, Filmregisseur

14 Die Deutschen Gestapo light

14 Wirtschaft Weg vom freien Markt

15 Ausland Chinas Dunkelkammer

16 Mörgeli Ein komischer Stadtpräsident

16 Bodenmann Helvetische Atomfixierung

17 Medien Die Auflagen der Zeitungen sinken ins Bodenlose

17 Kostenkontrolle 126 540 Franken als «Tschumpelzulage»

18 Leserbriefe/Darf man das?

Hintergrund

20 Luxusproblem Armut

Der Bundesrat errichtet eine nationale Behörde zur Bekämpfung eines Phänomens, das es gar nicht mehr gibt

22 Der Fall des Hauses Gut

Die Zürcher Regierungsrätin Ursula Gut (FDP) ist durch ihre Verwicklung in den BVK-Skandal unter Beschuss geraten

24 **Milizsystem** Berufsparlamente sind keine Alternative

25 **Nagra** Empörung über ein internes Szenario

26 Der Superbauer

Martin Jucker hat ein Agrar-Imperium aufgebaut. Sein grösstes Problem: Der Staat mit seinen Vorschriften

28 Kampf um eine leere Hülle

Die Schweiz will den Sitz des Green Climate Fund zur Rettung des Weltklimas nach Genf holen

30 Berg-Paradiese der Planwirtschaft

Mit Millionenzahlungen treiben Bund und Kantone die Errichtung von Naturparks voran

32 Raiffeisens erster Bankier

Kaum ein anderer Schweizer Bankmanager kam so erfolgreich durch die Finanzkrise wie Pierin Vincenz

35 **Arbeitsmarkt** Gefährliche Haftungskette im Baugewerbe

36 Rentenklau bei der Gewerkschaft

Ein italienischer Gewerkschafter veruntreute in der Schweiz Pensionskassenguthaben von 10 Millionen Franken

38 Das Sterben meiner Mutter

Lebensqualität bis zuletzt ist in der Schweiz noch immer die Ausnahme. Die Geschichte einer 77-jährigen Krebspatientin

47 **Hillary Clinton** Serie über Amerikas First Ladies (6)

48 Kohlerausch in Afrika

Für die mosambikanische Stadt Tete interessierte sich jahrhundertlang niemand – bis die Kohlefirmen kamen

*Verlangt Ihr Portfolio
etwas mehr Vorsicht?*

*UBS Portfolio
Health Check.*



Jetzt Ihr Portfolio überprüfen:
Telefon 0800 868 402
www.ubs.com/portfoliohealthcheck

Anlageberatung ist unser Handwerk seit 1862.

Beim UBS Portfolio Health Check überprüfen wir zuerst, ob wir Ihre Anlegerziele richtig verstehen, und vergleichen diese dann systematisch mit der Ausrichtung Ihres Portfolios. Daraufhin wird die Qualität jeder Position im Portfolio beurteilt. Einfach, schnell und fundiert. Diese Prüfung nehmen wir regelmässig vor, damit Ihr Portfolio auch in Zukunft zu Ihnen passt. Vereinbaren Sie einen persönlichen Termin.



Wir werden nicht ruhen





«Obama trägt zwei Seelen in seiner Brust»: zweifacher Pulitzerpreis-Träger David Maraniss. Seite 42

Interview

42 «Hauptsache, kühler Kopf»

Der Journalist David Maraniss über die lange Suche des US-Präsidenten Barack Obama nach sich selbst

Stil & Kultur

52 Stil & Kultur Fuchs im Flug

54 Bestseller

54 Refugium des Innehaltens

Aus den scheinbar banalen Geschichten seiner WC-Erfahrungen filtert Peter Handke in seinem neuen Buch Meditationen über den Sinn des Lebens

55 Jazz Stan Getz

56 Der Kunde ist Rockstar

Der Berner Tom Jermann entwirft Designs für Van Halen oder Kiss

58 Top 10

58 Kino «Arbitrage»

59 Fernseh-Kritik «Schweiz aktuell» und «Züri News»

60 Namen Sehnsucht und viel Applaus

61 MvH Meine Illusion

61 Gesellschaft Männer und Haushalt

62 Die Besten Rote Lippen soll man küssen

63 Thiel Viel Energie um nichts

63 Wein Brunello di Montalcino Madonna delle Grazie

65 Auto BMW 330d Touring

66 Hochzeit Gesche Hansen und Johanna Franzen

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehriger,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Lucien Scherrer

Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Pia Reinacher, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Nadja Schmid (*Assistentin*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rüeegger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung Stil-Ausgaben*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Dieselstrasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone Weltwoche-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Die «grünen» Batterien

Wind- und Sonnenkraft sind der Weg zur Energie-
wende. Doch die sauberen Stromquellen sind un-
berechenbar. Die Energieversorgung der Zukunft
braucht deshalb leistungsfähige Stromspeicher.

Welche Technologie eignet sich dafür, wie viel Kapazität
braucht es überhaupt, und was dürfen Speicher kosten?
Der Tages-Anzeiger stellt ab dem 16. Oktober auf der
Seite «Wissen» in einer fünfteiligen Serie die Technolo-
gien mit den grössten Chancen vor.

Teil 1: Babylon im Stromnetz

Teil 2: Wettstreit um die beste Batterie

Teil 3: Die Renaissance der Druckluft

Teil 4: Megabaustellen für die Wasserkraft

Teil 5: Die Methanol-Revolution

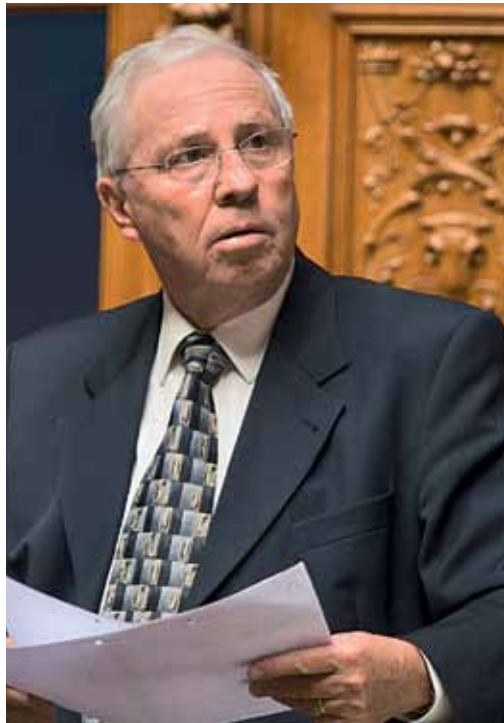
Die Stromspeicher der Zukunft.
Ab 16. Oktober 2012 im Tages-Anzeiger.

Dranbleiben.

Tages  **Anzeiger**

Biotope des Gleichklangs

Von Philipp Gut — Die Schweizer Universitäten reagieren auf öffentliche Kritik mit Alarmstimmung und «Sorge». Die Reaktion ist Symptom des Problems. Wo bleibt der intellektuelle Sportsgeist?



Majestätsbeleidigung: Uni-Kritiker Blocher (l.), Basler Rektor Loprieno.

Die Schweizer Universitäten sind aus dem Häuschen. Studentenorganisationen versenden offene Briefe und Medienmitteilungen. Der Präsident der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (Crus), Professor Antonio Loprieno von der Universität Basel, warnt in der Presse. «Wir beobachten den aufziehenden Diskurs mit grösster Sorge», sagte Loprieno dem *Sonntag*. Der Crus-Vorstand werde noch diese Woche über Massnahmen beraten, so Loprieno.

Die aufgeregten Reaktionen beziehen sich auf zwei Ereignisse. Erstens auf Aussagen von SVP-Strategie Christoph Blocher, wonach die Volkspartei die Universitäten genauer anschauen wolle. Blocher ortet vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten einen linksdrehenden «Mainstream».

Zweitens gilt die Reaktion der letzten Titelgeschichte der *Weltwoche* («Vor diesen Professoren wird gewarnt», Nr. 40/12). Der Fachverein Soziologie der Universität Zürich bezeichnete die *Weltwoche*-Artikel über universitäre «Irrlehren» als «Hetzkampagne». Der offene Brief der empörten Studentenvertreter gipfelte im Aufruf an die Uni-Angehörigen, den Schweizer Presserat «sowie alle weiteren Interessierten», «aktiv Stellung gegen die Hetzjagd» zu beziehen. Der Studierendenrat (Stura) der Universität Zürich doppelte

nach und geisselte die «professorale Verunglimpfung» (gemeint war wohl eher: die angebliche Verunglimpfung der Professoren durch die *Weltwoche*).

Die Stellungnahmen haben eines gemeinsam: Sie sind Symptome des Problems, um das es geht. Offensichtlich können die Universitäten schlecht mit öffentlicher Kritik umgehen – als sei das nicht vorgesehen und als stellten die kritischen Fragen und Thesen eine Art Majestätsbeleidigung der hohen Wissenschaft und ihrer unantastbaren Lehrer dar. Sofort schliessen sich die Reihen. Studenten erklären sich «solidarisch» mit ihren Professoren. Man ist sich einig und hat sich wohligher eingerichtet in einem Weltbild, in dem das Böse prinzipiell von rechts kommt. Die Universitäten – Biotope des Gleichklangs.

«Abwehr durch Entwertung»

Ausnahmen fallen umso mehr auf. Jeder, der sich im universitären Umfeld bewege, wisse, «dass SVP-Anhänger unter Lehrstuhlinhabern fast so ungewöhnlich sind wie Braunbären in Graubünden», schrieb Michael Hermann im *Tages-Anzeiger*. Der Zürcher Politgeograf brachte es auf den Punkt: «Statt sich offen, unerschrocken und gescheit auf die politische Debatte einzulassen, folgt meist bloss die kol-

» Fortsetzung auf Seite 12

Aimez-vous Schumi?



Michael Schumacher, Autolegende.

Was kommt nach dem Ruhm? Früher lebten Rennfahrer schnell und starben jung wie Clark, Rindt, Siffert, Villeneuve, Senna. Wird Michael Schumacher, 43, als Legende mit dem Geländewagen am Genfersee bei Aldi einkaufen? Hierzulande nahmen ihn viele als den Prototyp des deutschen Dränglers wahr, die Deutschen eher als Steuerflüchtling. Vielleicht fehlte ihm der Temporaus aus Benzindampf und Adrenalin, dass er sich als Senior mit steifem Hals vor drei Jahren nochmals ins Mercedes-Cockpit zwängte. Oder es war nur Langeweile.

Der Abgang ist selten die grosse Nummer grosser Egos. Siehe Zidanes Kopfstoss im WM-Final. Oder die ständigen melodramatischen Auftritte und Eifersuchtsszenen Maradonas.

Michael Jordan, der beste Basketballer aller Zeiten, kehrte mit 39 zurück, und es sah aus, wie wenn er eine Bleiweste an hätte. Björn Borg, der fünffache Wimbledon-Sieger, schwang bei seinen Comeback-Versuchen ein museales hölzernes Tennisracket gegen eine neue Spielergeneration, und die Bälle versprangen ihm wie sein 80-Millionen-Dollar-Vermögen. Von Boris Becker hörten wir zuletzt, dass er in letzter Minute die Handwerker seiner Finca auf Mallorca bezahlt hat und sonst enteignet worden wäre. Lance Armstrong wurde sein Altersehrgeiz zum Verhängnis, er weckte die schlafenden Hunde seiner Doping-Vergangenheit. Gut, Holyfield boxte immer weiter für den Unterhalt seiner elf Kinder. Muhammad Alis übermenschliche Grösse erwuchs erst nach seiner Selbsterstörung im Ring, im Kampf gegen die Krankheit. Nur Beckenbauer ist immer der Kaiser Franz geblieben auf einer wundersamen Endlosschleife der Selbstvermarktung.

Einer sprang dem Tod von der Schippe und kümmerte sich nicht um den Ruhm, weil ihn das Leben interessiert. Niki Lauda ist auf dem Nürburgring im Ferrari fast verbrannt, wurde zweimal Weltmeister, stieg aus, weil er nicht mehr im Kreis herumfahren wollte, kam mit 35 doch wieder zurück und gewann ein drittes Mal den Titel, gründete dann eine Fluglinie. Als nostalgiefreier neuer Chef des Mercedes-Rennstalls hat er Schumacher den Abschied nahegelegt. Peter Hartmann

lektive Verdammung einer Rechtspartei, welche offenbar die Zivilisation bedroht: Abwehr durch Entwertung.»

Die Einseitigkeit des politischen Meinungsspektrums wirkt sich selbstverständlich auf die Forschung aus. Diese Einsicht ist eigentlich trivial – doch wie die verschnipften Reaktionen zeigen, will man sie an den betroffenen Fakultäten nicht wahrhaben.

Der Theologe und Historiker Johann Martin Chladenius hat schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts aufgezeigt, dass jede Deutung der historischen oder sozialen Wirklichkeit von der Haltung des Wissenschaftlers abhängt. Chladenius sprach vom «Sehepunkt», also vom methodischen, weltanschaulichen und politischen Standort, von dem aus ein Wissenschaftler sein Objekt betrachtet.

Genau hier liegt auch in der aktuellen Debatte der Punkt der Intensität: Ein akademisches Milieu, das weitgehend einheitlich tickt, wehrt sich – mehr instinktiv als argumentativ – gegen die Feststellung, dass es so ist. Warum eigentlich?

Alarm der Studenten

Es fällt schwer, in der Benennung dieser Tatsache einen ungebührlichen Akt zu sehen oder gar einen Angriff auf Forschung und Lehre, wie das Universitäts- und Studentenvertreter alarmistisch glauben machen wollen. Der Fall ist das Gegenteil: Es geht darum, den Blick zu weiten und die Aufmerksamkeit auf eine gewisse Einseitigkeit und auf blinde Flecken zu lenken. Vielfalt ist das Ziel, nicht Einfachheit.

Ein Beispiel für die politische Schlagseite der angeblich unpolitischen Forschung liefert der erwähnte offene Brief der Zürcher Soziologie-Fachschaft. Den Befund der *Weltwoche*, an Schweizer Universitäten werde fast ausschliesslich der «Rechtspopulismus» erforscht, aber der zweifellos ebenfalls vorhandene «Linkspopulismus» so gut wie nie, stellt in den Augen des Fachvereins eine unzulässige Verharmlosung der «Gefahren des Rechtspopulismus» dar. Darüber belehren lassen solle man sich bei der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) oder bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH).

Das ist etwa so, als wenn man bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) wissenschaftliche Beweise über die Nachteile der EU einholen wollte. Treffender als mit diesem Ratschlag des Soziologie-Nachwuchses könnte man nicht illustrieren, wo der Hund begraben liegt: Man nehme eine politisch gefärbte Ausgangsthese, treffe eine politisch gefilterte Auswahl politisch gleichfarbiger Quellen und lasse durch diese dann die These bestätigen.

Hat da jemand Zweifel an der reinen, objektiven Wissenschaft geäussert?

Kommentar

Frohe Botschaften

Von Urs Paul Engeler — Das Nein der EU zum Schweizer Vorschlag über die «Weiterentwicklung» der bilateralen Abkommen bringt aussenpolitisch Klarheit und innenpolitisch Transparenz.

Aus Brüssel kommt selten gute Post. Diesmal ist's anders, und zwar gleich doppelt. In einer überaus deutlichen «Note» hat die Europäische Kommission den Schweizer Vorschlag zur «Weiterentwicklung» der bilateralen Abkommen zerpfückt und den politischen EU-Instanzen den Antrag gestellt, die Berner Ideen pauschal zurückzuweisen.

Bekanntlich hatte Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) dem Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, am 15. Juni einen unterwürfigen Brief zugesandt, in dem sie neue, weitgehende Konzessionen der Schweiz zusagte: Der «gesamtheitliche und koordinierte Ansatz», so ihre bundesrätliche Diktion, werde (nach dem Muster des EWR-Vertrags) die schlanke Übernahme von EU-Recht möglich machen; eine neue nationale «Überwachungsbehörde» soll eine gehorsame Anwendung des europäischen Rechts in der Schweiz garantieren; und diese weitgehende Anlehnung an die EU-Mechanismen könne mit dem Stromabkommen, das zurzeit verhandelt wird, getestet und so durch die Hintertür politisch salonfähig gemacht werden.

Das Angebot des Bundesrates entspricht der unredlichen Salomitaktik, die Bern seit je anwendet: schrittweise Zugeständnisse nach aussen und die wiederholte Beschwichtigung

nach innen, dass sich eigentlich nichts verändere. In der Vergangenheit ist die EU auf diese Offerten eingegangen – mit dem Resultat, dass der bilaterale Weg allmählich zur bilateralen Anketzung der Schweiz verkommen ist.

Diesmal geht der EU das Berner Modell der schmiegsamen Anpassung nicht weit genug. Grund für den Paradigmenwechsel der Brüsseler Administration ist die tiefe Euro- und Schuldenkrise, aus der die Union nicht finden kann. Mit zentralistischen und undemokratischen Mitteln versucht die EU, die grosse Umverteilung zu erzwingen und die Souveränität der Mitgliedsstaaten wegzufegen. Da stört eine Schweiz, selbst wenn sie nur einen formellen Rest von Eigenständigkeit beansprucht.

Die EU-Kommission verlangt von der Eidgenossenschaft ultimativ nicht nur die automatische Übernahme des neuen EU-Rechts, sondern auch die Angleichung der Schweizer Gesetze an die europäische Interpretation der seit gut zehn Jahren bestehenden Verträge. Insbesondere die Art, wie die Schweiz derzeit die Personenfreizügigkeit verstehe und praktiziere, sei sehr unbefriedigend («currently very dissatisfactory»). Kritisiert werden die von den Gewerkschaften verlangten flankierenden Massnahmen zum Schutz des hiesigen Lohnniveaus. Kurz: Die Schweiz habe sich generell den Sprüchen der fremden Richter des Europäischen Gerichtshofs zu unterwerfen, sonst sei der Bilateralismus beendet, schreibt Brüssel.

Das ist ebenso klar wie erfreulich. Weil die EU den helvetischen Schleichweg ablehnt und weil die europäischen Maximalforderungen in der Schweiz nicht mehrheitsfähig sind, ist die Phase der verdeckten Integration endlich beendet.

Das Positionspapier der EU klärt die Bürger zudem auf über das unehrliche Verhalten der Bundesräte. So steht auf Seite drei, dass Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf im März dieses Jahres José Manuel Barroso versprochen habe, in sämtlichen bilateralen Sektoren (nicht nur in den künftigen, sondern auch in den alten) das EU-Recht zu übernehmen. Dieses umfassende Zugeständnis («global approach») werde mit den eingereichten Vorschlägen leider nicht eingehalten («is no longer present»). Als Nebeneffekt enthüllt die schroffe Antwort aus Brüssel die Schwäche und Doppelzüngigkeit der Schweizer Magistrate auf Auslandmission. Auch das ist eine wertvolle Nachricht.



Doppelzüngigkeit: Widmer-Schlumpf, Barroso.

Personenkontrolle

Merkel, Samaras, Müggler, Messmer, Jordan, Hildebrand, Raggenbass, Steinegger, Chávez, Cavalli

Wenn sich im Jahr 2012 zwei Spitzenvertreter des «Friedensprojekts Europa» treffen, sieht das konkret so aus: Beim Besuch der deutschen Kanzlerin **Angela Merkel** bei ihrem Amtskollegen **Antonis Samaras** in Athen wurden über 7000 Polizisten aufgeboten; es soll sich um das grösste Aufgebot in der griechischen Geschichte gehandelt haben. Die Schlagzeilen dazu lauteten (kleine Auswahl): «Randale in Athen», «Proteste gegen Merkel eskalieren», «Wütender Mob geht auf Polizisten los», «Beamte set-



Heikle Mission: Kanzlerin Merkel, Samaras.

zen Tränengas ein». Die Regie bei diesem «Friedensprojekt» führt offensichtlich längst der kriegerische Ares. (*gut*)

Dominik Müggler, Mitinitiant von «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», verlangt von der *Weltwoche* eine Gegendarstellung. Das Volksbegehren sei nicht von «christlich-konservativen Kreisen» lanciert worden, sondern von «engagierten Persönlichkeiten» sowie «von Mitte-links bis Mitte-rechts». Ein Blick auf die personelle Zusammensetzung macht es allerdings schwer, von «muslimisch-liberalen» oder «progressiv-atheistischen» Kreisen zu sprechen: 3 sind parteilos, 9 gehören dem konservativen Flügel der SVP an, 6 der (christlichen) CVP, je 3 der (evangelikalen) EDU und der (evangelischen) EVP sowie 2 der FDP. Einer der freisinnigen Vertreter, Nationalrat **Werner Messmer**, lässt sich auf Livenet, dem «Webportal für Christen», wie folgt zitieren: «Als Christ kann ich Steuerhinterziehung nicht gutheissen.» Müggler, parteiloser Abtreibungsgegner, wollte 1999 mit der Initiative «Mutter und Kind» ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen durchsetzen. (*lsc*)

Im Kampf gegen die Frankenstärke und in der Kritik anderer Banken vernachlässigen Präsident **Thomas Jordan** und seine Mitfunktionäre der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ihre



Nachspiel: Ex-SNB-Präsident Hildebrand.

Hausaufgaben. So zeichnen der im Januar geschasste frühere Präsident **Philipp Hildebrand** und der später zurückgetretene Bankratspräsident **Hansueli Raggenbass** Monate nach ihrem Ausscheiden noch immer offiziell als Verwaltungsräte der Vorsorgestiftung der SNB. Erst auf Nachfrage der *Weltwoche* wurde das Problem erkannt, so dass Medienchef Walter Meier nach viertägiger Reflexion antworten konnte: «Die Löschung der Unterschriften der beiden Herren ist eingeleitet und sollte in Kürze erfolgen.» (*upe*)

Der frühere FDP-Chef **Franz Steinegger** feiert das hundertjährige Bestehen der Suva, deren Präsident er ist. Im Interview mit dem *Blick* rechtfertigt er die monopolistische Zwangsversicherung: Es gehe nicht, «dass Unfälle zum Gegenstand von Spekulationen und Dividenden» würden. Den privaten Krankenkassen empfiehlt Steinegger, «vom Suva-Modell» zu lernen. Ob wir den «freisinnigen» Steinegger demnächst im Initiativkomitee der Einheitskrankenkasse wiederfinden? (*fsc*)

Auf Einladung Venezuelas hat eine Schweizer Delegation die Präsidentschaftswahlen beobachtet. Der vor allem aus weit links stehenden Parlamentariern bestehende Trupp wurde durch den erklärten **Hugo-Chávez-Fan** und Alt-SP-Nationalrat **Franco Cavalli** ergänzt. Cavalli liess im Vorfeld der Wahl keine Zweifel an seinen Präferenzen aufkommen: «Es ist wichtig, dass Präsident Chávez die Wahlen gewinnt.» Ins Bild passt schliesslich ein weiterer «neutraler» Schweizer Wahlbeobachter: Der ehemalige Botschafter in Venezuela, Walter Suter, hatte 2007 erfolglos versucht, einen Besuch von Chávez in Bern einzufädeln. (*fsc*)



Chávez-Fan: SP-Nationalrat Cavalli.

Nachruf



Grosserfolg mit «La Boum»: Filmer Pinoteau.

Claude Pinoteau (1925–2012) — Die 13-jährige Vic, neu in Paris, wird zu ihrer ersten Party eingeladen – und es beginnt Frühlings Erwachen. Nicht nur für Vic, sondern für die Teenie-Generation der achtziger Jahre. Denn genau 1980 verzauberte der französische Film «La Boum» Millionen von Teenies. Der Titelsong lief monatelang auf allen Radiosendern, und die Schauspielerin Sophie Marceau als Vic wurde mit ihrer schnutigen Vitalität zum Vorbild. «Die Fete» (so der deutsche Zusatztitel) wurde der grösste kommerzielle Erfolg des französischen Drehbuchautors und Regisseurs Claude Pinoteau. Er hatte einen Nerv getroffen und versuchte den Erfolg mit einer Fortsetzung und einem ähnlich gestrickten Film über Studenten («L'Etudiante», 1988) zu wiederholen, was ihm nicht gelang.

Der Sohn des renommierten Pathé-Regisseurs Lucien Pinoteau begann seine Karriere 1941 als Requisiteur. Zwanzig Jahre diente er als Regieassistent einer stattlichen Zahl höchst renommierter Filmemacher wie Max Ophüls, René Clément, René Clair, Jean Cocteau, Jean-Pierre Melville. Erst 1972 drehte er seinen ersten Film, «Le Silencieux» mit Lino Ventura; ein Spionagestreifen voll eleganter Action. Ventura wurde sein Lieblingsschauspieler, der 1974 in der Beziehungskomödie «La Gifle» als ruppiger Papa das Grundthema Pinoteaus aufgriff: den Konflikt der Jugend mit den Erwachsenen. In der Rolle der Tochter debütierte Isabelle Adjani. Pinoteau, um den es in den späten Jahren still wurde, gilt vor allem als Entdecker von Sophie Marceau und Isabelle Adjani. Er starb 87-jährig im Pariser Nobelprevort Neuilly-sur-Seine. *Wolfram Knorr*

Gestapo light

Von Henryk M. Broder — Extrem fragwürdige Methoden bei der Fahndung nach «Schwarzsehern».



Wenn es etwas gibt, worauf die Deutschen besonders stolz sind, dann ist es die Tatsache, dass sie aus ihrer Geschichte gelernt haben. In der Tat bieten zwei Weltkriege und

ein Holocaust ein riesiges Reservoir an Erfahrungen, aus denen man lernen sollte. Zum Beispiel, dass es für das Ansehen nicht gut ist, wenn man versucht, andere Völker zu unterjochen oder auszurotten. Und dass man besser keinen Krieg anfängt, den man nicht gewinnen kann.

Statt Kriege zu führen, versorgt Deutschland andere Nationen mit Waffen; zugleich ist die deutsche Friedensbewegung die aktivste und radikalste ihrer Art in Europa.

Besonders sensibel sind die Deutschen, wenn es um bürgerliche Freiheiten geht, zum Beispiel das Recht auf «informationelle Selbstbestimmung». In jedem Postamt wird man um «Diskretion» gebeten, das heisst, man soll dem Vordermann oder der Vorderfrau nicht über die Schulter gucken.

Umso erstaunlicher ist, dass sich die Deutschen mit der Existenz einer Institution abgefunden haben, die man nur als eine Art «Gestapo light» bezeichnen kann. Es ist die Gebühreneinzugszentrale (GEZ), deren Mitarbeiter unter Anwendung extrem fragwürdiger Methoden nach «Schwarzsehern» fahnden, Bürgern, die ihre Radio- und TV-Apparate nicht angemeldet haben.

Anfang Jahre tritt eine neue Regelung in Kraft. Es wird nicht mehr pro Gerät, sondern pro Haushalt bezahlt, rund 18 Euro monatlich, unabhängig davon, ob und wie viele gebührenpflichtige Geräte in einem Haushalt genutzt werden.

Auf den ersten Blick eine Vereinfachung, die dazu führen sollte, die GEZ entbehrlich zu machen und 163 Millionen Euro Verwaltungskosten einzusparen. Aber das wäre zu einfach. Tatsächlich baut die GEZ ihren Apparat aus und perfektioniert ihre Schnüffelpraktiken.

Die *Welt* spricht von einer «kafkaesken, unerreichbaren» Behörde, die sich auf einem von Videokameras überwachten Gelände «hinter Stacheldrahtzäunen und hohen Eisengittern» verschanzt. Die Gebühreneintreiber schrieben sogar Grundschulkinder an und verlangten «von toten Dackeln die Nachzahlung von TV-Gebühren». Das zumindest hätte es unter Adolf nicht gegeben.

Weg vom freien Markt

Von Kurt Schiltknecht — Schweizer Politiker wollen die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten und flankierende Massnahmen im freien Personenverkehr verschärfen. Die Probleme bleiben ungelöst.

Die Zahl derer, die mit eigenen Augen verfolgen konnten, wie die osteuropäischen Staaten mit ihrem Staatssozialismus wirtschaftlich Schiffbruch erlitten, nimmt laufend ab. Dafür steigt die Zahl derer, die glauben, mit staatlichen Eingriffen in die Märkte, mit dem Ausschalten des Preismechanismus und mit mehr Regulierungen die soziale Gerechtigkeit und den Wohlstand verbessern zu können. Solche an die Planwirtschaft erinnernden Vorstellungen sind heute nicht mehr das Privileg der Linken. Sie haben sich inzwischen auch in den Köpfen bürgerlicher Politiker/-innen festgesetzt. Immer mehr westliche Industrieländer marschieren deshalb mit festem Schritt in Richtung Staatswirtschaft. Der Weg in die Krise ist vorgezeichnet. Statt über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und Überschuldung nachzudenken, wird nach noch mehr Staat gerufen. Schlag auf Schlag folgen Vorschläge zur Einschränkung der Marktwirtschaft.

Vor kurzem haben prominente Schweizer Politiker die steigenden Nahrungsmittelpreise als medienträchtiges Problem entdeckt. Mit einem «Spekulationsverbot» wollen sie für niedrige Preise sorgen. Wahrscheinlich ist es keinem dieser Politiker in den Sinn gekommen, dass hohe Lebensmittelpreise auch positive Seiten haben. Diese regen die Produktion an und sorgen für ein grosses Angebot an Nahrungsmitteln.

Viele Systemkritiker haben nicht zur Kenntnis genommen, dass die Hungersnöte oft auf dem von Diktatoren oder linken Politikern künstlich tiefgehaltenen Nahrungsmittelpreisen beruhen. Bei zu niedrigen Preisen fehlen den Bauern die Anreize, mehr als zur Selbstversorgung zu produzieren. Ohne klare Preissignale können auch im Nahrungsmittelbereich Angebot und Nachfrage nicht in Übereinstimmung gebracht werden. Ob die lautstark argumentierenden Gruppen die für eine ausreichende Versorgung richtigen Preise besser festlegen können als der Markt, darf bezweifelt werden.

Ein anderes Beispiel dafür, wie die Politiker den Markt mit Regulierungen auf Vordermann bringen wollen, sind die jüngsten Verschärfungen der flankierenden Massnahmen beim freien Personenverkehr. Es war abzusehen, dass die ersten Massnahmen nicht wirken würden. Künftig sollen nun auch die schweizerischen Unternehmen verantwortlich gemacht

werden, wenn ausländische Dienstleister ihre Arbeitnehmer, die sie in die Schweiz entsenden, nicht entsprechend den in der Schweiz geltenden minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen entschädigen. Diese Verschärfung wird den administrativen Aufwand der Unternehmen und die Bürokratie weiter vergrössern.

Das Weltbild der Ideologen

Am Problem, dass der freie Personenverkehr die Löhne nach unten drückt, wird sich nichts ändern. Unter der Zuwanderung leiden vor allem Arbeitnehmer in den Ballungsgebieten. Als Folge der Immigration steigen nämlich in diesen Regionen die Mieten, wodurch das Reallohniveau sinkt. Das haben neben den direkt Betroffenen inzwischen auch einige Politiker realisiert. Ihr Ruf nach einer Verschärfung des Mietrechts ist die logische Konsequenz. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Mietzinse von der staatlichen Bürokratie und nicht mehr vom Markt festgelegt werden.

Wenn die Mieten nicht mehr Angebot und Nachfrage widerspiegeln, werden die Auswirkungen auf den Bau neuer Wohnungen nicht lange auf sich warten lassen. Doch auch dies ist für die Regulierer kein Problem. Im Gegenteil, sie werden in ihrem Glauben bestärkt, dass der Staat kostengünstigen Wohnraum schaffen

muss. Wie dieser dann auf die Mieter verteilt werden soll, steht in den Sternen. Wahrscheinlich werden noch mehr Regulierungen erlassen und zusätzlich Beamte eingestellt.

Die vielen mit dem freien Personenverkehr einhergehenden Probleme werden mit den flankierenden Massnahmen nicht gelöst. Wer den Lohndruck vermeiden will, muss die Zuwanderung beschränken. Das würde auch das Wohnungsproblem in den Ballungsgebieten entschärfen, die Bürokratie verringern und die Wirtschaftsstruktur stärken. Doch so einfachen Lösungen sind Politiker und Ideologen nicht gewogen. Sie wollen mit der Regulierung aller Problemfelder ihr Weltbild realisieren.

Es wird nicht mehr lange dauern, bis sich die Wirtschaft statt mit der Produktion von Gütern und Dienstleistungen vor allem mit Regulierungen beschäftigen wird. Bürokraten und Rechtsanwälte werden dann das Sagen haben. Ob das für die Schaffung von Wohlstand eine gute Voraussetzung ist, ist eine andere Frage.



Chinas Dunkelkammer

Von Hansrudolf Kamer — Die Kommunisten wechseln am Parteikongress im November ihre Führung aus. Wie die Politik der neuen Mannschaft aussehen könnte, weiss niemand.



Kurz nach der Wahl des neuen US-Präsidenten beginnt der 18. Kongress der chinesischen kommunistischen Partei (KPC), an dem eine neue Führung inthronisiert werden soll. Wenn der Wechsel

zur fünften Generation seit der Gründung 1921 gelingt, wäre es erst die zweite geregelte Übergabe der Macht an eine neue Mannschaft. Deshalb ist es verständlich, dass die gegenwärtige Partei- und Staatsspitze alles versucht, um wieder eine regelkonforme Macht ablösung zu inszenieren, die Normalität suggeriert.

Der erste zivilisierte Stabwechsel gelang 2002 von Jiang Zemin zu Hu Jintao. Vorher bestimmten die Wirren des Bürgerkriegs und Maos Schreckensherrschaft, der Aufstieg Deng Xiaopings und die Ausschaltung seiner Rivalen, dann das Tiananmen-Massaker 1989 die Personalpolitik der KPC.

Streiks, Proteste und Skandale

Das Bild der Normalität stimmt nicht. Skandale und Spekulationen über politische Manöver und Machtkämpfe im Hintergrund prägten die letzten Monate. Sie riefen in Erinnerung, dass die Partei weiterhin eine leninistische ist mit den Strukturen und Sitten der grossen Ahnen. Der demokratische Zentralismus, das stark hierarchische Führungssystem, das der Sowjetgründer einst für die Partei installierte, gibt es in China immer noch. Es prägt die Partei und hemmt sie in Zeiten, in denen Flexibilität, grössere Transparenz und öffentliche Glaubwürdigkeit gefragt wären.

Zu Lenins Erbe gehört die Geheimhaltung in Personalfragen auch in Zeiten des Internets und der allgemeinen Vernetzung. Man vermutet zwar, dass Xi Jinping das Zepter von Hu Jintao übernehmen wird, vor allem deshalb, weil er vor einiger Zeit als Vizevorsitzender der Zentralen Militärkommission aufgerückt ist, die die Volksarmee überwacht. Man glaubt auch einige andere künftige Führungsfiguren zu kennen.

Doch die grosse Frage, wie eine neue Führungsequipe interne Probleme, politische Reformen und aussenpolitische Strategien angehen könnte, ist unbeantwortet. Man weiss es schlicht und einfach nicht. Die Antwort ist ver-

mutlich auch den verschiedenen Faktionen in der Partei selber nicht bekannt. Von aussen betrachtet, lässt sich nur vermuten, dass die künftige Politik im Machtkampf keine Rolle spielte, sondern es mehr um den Schutz von Pfründen verschiedener Gruppen und Familien ging. Teesatzlesen ist alles, was übrig bleibt.

Hu Jintao und seine Gefolgsleute könnten in der Kritik stehen, weil im Jahrzehnt seiner Führung grundlegende Reformen ausblieben, die für die Aufrechterhaltung eines dynamischen Wirtschaftswachstums notwendig wären. Die monopolistischen und staatswirtschaftlichen Tendenzen in der Wirtschaft nehmen zu, der marktwirtschaftliche Sektor schrumpft. Die Konflikte in der Gesellschaft, Streiks und Proteste, sind heftiger geworden. Neue nationalistische Exzesse beim alten Streit mit Japan um die Inseln im Ostchinesischen Meer verstärkten den Eindruck, dass die Führung die Dinge nicht im Griff hat.

Auch der vertuschte Skandal um Ling Jihua, der das Büro des Zentralkomitees (ZK) der KPC leitete, könnte dem Ansehen des Partei- und Staatschefs geschadet haben. Dies, nachdem der Fall Bo Xilai über Korruption und Machtmissbrauch und die Ermordung des britischen Geschäftsmannes Einblicke in die abgehobene, kriminelle Lebensart der Partei-Elite gewährt hatte.

Der gegenwärtige Rückgang des Wirtschaftswachstums ist wohl keine zyklische Erscheinung. Vielmehr müsste sich die neue Führung mit den Schwächen befassen, die Chinas weiteren Aufstieg behindern: ein übermächtiger bürokratischer Staat, ein ineffizientes Finanzsystem, ein Mangel an Ideen zur Erneuerung, eine Partei-Elite, die sich bereichert und um ihre Privilegien fürchtet. Darauf lässt sich keine glorreiche Zukunft aufbauen.

Der Widerstand wächst

In Amerika und in der Europäischen Union regt sich der Widerstand gegen chinesische Handelspraktiken und Wirtschaftsspionage. Die EU-Handelskammer spricht von «massiver Asymmetrie im Marktzugang» und fordert eine chinesische Öffnung, ansonsten Europa Chinas Marktpräsenz einschränken würde.

In den USA wirft der Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses in einem überparteilichen Gutachten den Telekommunikationsfirmen Huawei und ZTE vor, sie operierten mit Bestechung, seien im Besitz sensibler Informationen amerikanischer Unternehmen und unterhielten Beziehungen zu einer Spezialabteilung für Cyberwar der Volksarmee.

Ganz unabhängig von der Sachlage: Solche und ähnliche Vorwürfe sind nicht neu. Sie entspringen meistens politischem Druck in Amerika und Europa, der wieder vergeht, wenn Wahlen vorbei sind. Doch sind sie ebenso Ausdruck des chinesischen Malaises. Das System autoritärer Führung mit seinen okkulten Praktiken ist zwar ein Auslaufmodell, doch das Verfallsdatum ist nicht lesbar. Die neue Führung müsste schon ungeahnte Fähigkeiten entwickeln, um diese Dunkelkammer auszuräumen.



Leninistische Sitten: chinesischer Vizepräsident Xi Jinping.

Mörgeli

Ein komischer Stadtpräsident

Von Christoph Mörgeli

Stellen wir uns vor, Zürich hätte einen Stadtpräsidenten namens Bohnenblust. Und der benähme sich etwa so: Bei einem alkoholisierten öffentlichen Auftritt nach einem siegreichen Match seines FC Zürich würde er vor grölendem Publikum «Fuck Levrat!» brüllen. Zum guten Abschneiden Zürichs bei einem Städte-Ranking würde er posaunen, in Zürich gebe es eben «keine Schickeria» wie in Bern. In den Studios von Tele Bärn würde er als Erstes dröhnen, dass das Zürcher Open Air das beste sei und dass es nirgends bessere Musiker als in Zürich gebe. Schliesslich würde Bohnenblust seine politischen Verbindungen nutzen, um sich an schönster, höchster Lage modernste Eigentumswohnungen zu ergattern.

Sie denken, so jemanden wie Bohnenblust könne es in der Schweiz nicht geben? Es sei völlig abwegig anzunehmen, dass so einer bei uns Stadtpräsident werden könne? Hier die traurige Antwort: Bohnenblust ist unter uns.

Der Berner Stadtpräsident Tschäppät führt sich genau so auf. Er ruft öffentlich ins Mikrofon: «Fuck Blocher!», und er pöbelt: «Bern ist einfach *huere geil*. Wir haben keine Schickeria wie die Zürcher, die mit grossen Autos durch die Stadt fährt.» Tschäppät prahlt in der Sendung «Sonntalk» von Tele Züri mit den Berner Musikanten und hat sich über die Berner Burgergemeinde neues, prächtiges Wohneigentum verschafft.

Wäre Tschäppät Bohnenblust, würde man ihm Arroganz, Stilllosigkeit und Interessenvermischung vorwerfen. Aber Tschäppät ist Tschäppät und ein SP-Mann. Also für Medien und Öffentlichkeit mit dem Siegel des edlen Menschen ausgestattet.

Alexander Tschäppät gehört zweifellos zu den intellektuell unbelasteten Politikern der Gegenwart. Er ist als öffentlicher Amtsträger ausserordentlich verzichtbar. Das heisst nicht, dass es für ein linkes Prachtexemplar wie ihn keine Verwendung gäbe. Ich sehe Potenzial im Comedy-Bereich. Tschäppät ist Schöpfer des atemberaubend originellen Wortspiels, aus Mörgeli könne ein «Sörgeli» werden. Ich schlage ihn aufgrund dieser Leistung für die Humorschaukel in Arosa vor. Als Gewinner dieser begehrten Trophäe wäre er ein Nachfolger der begnadet witzigen Bündner Unterhaltungskünstlerin Eveline Widmer-Schlumpf. Internationale Bühnentriumphe wären unausweichlich, wenn sich diese beiden Humoristen zu einem Komiker-Duo zusammenfänden.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Helvetische Atomfixierung

Von Peter Bodenmann — Die zerstörerische Kraft des Energiemarktes bedroht die Schweizer Stromkonzerne.



Vaterländische Ideologieproduktion: Kernkraftwerk Gösgen.

Im nahen Baden-Württemberg muss sich der deutsche Energieriese Energie Baden-Württemberg (EnBW) neu erfinden: raus aus dem Atomstrom, rein in die alternativen Energien und Smart Grids als dezentrale Marktplätze der Zukunft. Dass die neuen Manager die Kurve schaffen, ist nicht sicher. Vielleicht geht der viertgrösste deutsche Energie-Gulliver mit seinen Altlasten auch unter.

In der Schweiz sausen die Aktienkurse der Stromkonzerne noch viel brutaler in die Keller. Allein der nicht gerade auf Rosen gebettete Kanton Bern hat mit den BKW drei Milliarden Franken Vermögen verloren. Doch das scheint niemanden so richtig aufzuregen. Weil Stromproduktion in der Schweiz seit dem Bau der Atomkraftwerke immer irgendwie vaterländische Ideologieproduktion war.

Das Resultat: Heute kommt unser Uran ausgerechnet aus alten russischen Schrott-Atom-U-Booten. Und Schweizer Atomkraftwerke würden bei einem nie auszuschliessenden GAU weite Teile des Mittellandes verwüsten.

Letzte Woche versuchte Professor Urs Muntwyler in der *Berner Zeitung* einfachste Zusammenhänge zu erklären. Zitat 1: «Pro Watt an installierter Leistung zahlen Sie heute für grosse Fotovoltaik-Anlagen wenig mehr als 2 Franken. Die Studienverfasser [des Bundes] rechnen mit doppelt so hohen Kosten.» Zitat 2: «Die beste Anlage liegt auf 2 500 Meter

über Meer bei Pontresina. Sie liefert 60 Prozent mehr Strom als eine Anlage im Flachland. Bei solchen Werten können Sie sich Spanien sparen – und Sie haben erst noch einen schönen Winteranteil.»

Die helvetische Atomfixierung hat den guten alten Dreisatz aus der Energiepolitik und den Schulstuben vertrieben. Sonst würden alle Schweizer Maturanden folgende Aufgabe lösen müssen: «Die Kosten pro installiertem Watt Leistung werden bei grossen Fotovoltaik-Anlagen innert zweier Jahre auf Fr. 1.50 sinken. Mit einem Watt kann man auf 2500 Metern 1,3 Kilowattstunden Strom produzieren. Die Amortisationszeit beträgt 25 Jahre. Der reale Zins für Investitionen der öffentlichen Hand liegt derzeit bei einem Prozent. Die Unterhaltskosten machen ein Prozent der Investition aus. Wie teuer kommt die Produktion einer Kilowattstunde Solarstrom im Jahre 2015 zu stehen? Um wie viel billiger ist der Solarstrom im Vergleich zu Atomstrom aus neuen Atomkraftwerken?»

Falls sie nicht erwachen, wird die zerstörerische Kraft des Energiemarktes Alpiq, Axpo, BKW und so weiter absehbar untergehen lassen. So wie die einst weltweit führenden Telefonanlagen-Hersteller Hasler und Autophon.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

462 Franken für die Errettung

Von Kurt W. Zimmermann — Die Auflagen der Zeitungen sinken ins Bodenlose. Nun muss der Staat eingreifen. Der kann das.

Es hat lange gedauert. 43 Jahre waren es genau. Nun ist die Schweiz wieder dort, wo sie 1969 war.

Erstmals seit 43 Jahren gibt es keine bezahlte Tageszeitung mehr, die eine Auflage von mehr als 200 000 Exemplaren hat. Soeben sank auch der *Blick* unter diese Schwelle. Kurz zuvor hatte es schon den *Tages-Anzeiger* und die *Berner Zeitung* erwischt.

Die neusten Auflagezahlen der Zeitungen, letzte Woche publiziert, sind ein Bild des Grauens. Der Absturz verlangsamt sich nicht. Allein die drei nationalen Blätter *Tages-Anzeiger*, *NZZ* und *Blick* haben zusammen seit Ende der neunziger Jahre 280 000 Abonnenten und Kioskkäufer verloren. Sie verdienen kaum mehr Geld.

So kann es nicht weitergehen. Jetzt muss der Staat eingreifen.

Das Modell steht bereit. Es braucht in der Schweiz eine obligatorische Zeitungsgebühr. Jeder Haushalt muss die Gebühr zahlen, egal, ob er die Zeitung nutzt oder nicht. Die Zwangsgebühr beträgt 462 Franken im Jahr.

Für die 462 Franken bekommt jeder Haushalt eine Zeitung nach Wahl in den Briefkasten gesteckt. Die rund 1,2 Milliarden Franken an Gebührengeldern, die dadurch zusammenkommen, werden nach einem Auflage-Verteilschlüssel an die Verlage zurückbezahlt.

Es ist zu erwarten, dass nur eine Minderheit der Haushalte das Angebot aktiv nutzen wird. Gut wäre schon ein Marktanteil von dreissig Prozent. Die anderen siebenzig Prozent zahlen zwar für die Katz, können sich aber damit trösten, dass es für sie immer noch gratis 20 Minuten und *Blick am Abend* gibt.

Fürs Inkasso die Billag

Weil die Verlage nun indirekt vom Staat finanziert sind, benötigen sie für ihre Blätter eine Zeitungskonzession. Die Qualität der konzessionierten Zeitungen wird regelmässig kontrolliert. Diese Aufgabe übernimmt das Bundesamt für Kommunikation, genauso, wie es bereits die privaten TV- und Radiosender überwacht.

Oberstes Organ des Modells ist der Presse-Regionalrat. Er ist paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der regionalen Verlage und Vertretern der politischen Parteien. Daneben gibt es einen Publikumsrat, und natürlich gibt es auch eine unabhängige Beschwerdeinstanz und einen Ombudsmann.

Auch die Eintreiber für die Gebühren sind bereits vorhanden. Das Inkasso macht, wie immer billig, die Billag.



«Föderale Solidarität»: abonnierte Zeitungen.

Die Regelung gilt für alle Landesteile. Das ist wichtig, denn das fördert die eidgenössische Kohäsion. Aus demselben Grund ist auch ein interner Finanzausgleich unerlässlich. Denn die Redaktionskosten in der Romandie und im Tessin liegen hoch, obwohl die Märkte deutlich kleiner als die Deutschschweiz sind. Es braucht deshalb Quersubventionierungen, also «föderale Solidarität», wie Roger de Weck sagen würde.

Für die Unabhängigkeit der Presse ändert sich bei dieser neuen Medienordnung nicht viel. Die Journalisten müssen bloss etwas stärker darauf achten, dass ihre Interviewpartner nach Proporz ausgewählt sind.

Das Modell ist für die Schweiz zweifellos die ideale Lösung. Es braucht jedoch den politischen Willen von allen Seiten.

Auf der Linken, angeführt von Nationalrat Andreas Gross, ist breite Unterstützung zu erwarten. Mit bloss 462 Franken pro Kopf wäre die so wichtige Meinungsvielfalt auf Jahrzehnte gesichert. Auch auf der Rechten sollte die Regulierung der lebendigen Demokratie einleuchten. Gerade ein Mann wie Christoph Blocher müsste sich für die Zeitungs-Zwangsgebühren stark machen. Man kann ja schliesslich nicht immer alles aus der eigenen Tasche bezahlen.

Das Modell hat, links wie rechts, zudem einen besonderen Vorteil: Beiden Seiten kommt das alles schon irgendwie bekannt vor.

126 540 Franken als «Tschumpelzulage»

Von Alex Baur

Was haben der Milliardär Viktor Vekselberg und Nationalrat Andreas Gross (SP) gemeinsam? Richtig: Beide reisen sehr viel – und beide wohnen nicht dort, wo sie Steuern zahlen. Vekselbergs



Wohnort ist gemäss dem Magazin *Forbes* die Stadt Moskau, offiziell lebt er aber im steuer-günstigen Kanton Zug. Andreas Gross haust im jurassischen St.-Ursanne, wie diversen Homestories zu entnehmen ist, gemeldet ist er aber in der Stadt Zürich, an der Forchstrasse 99, wo er eine kleine Mansarde gemietet hat.

Es seien nicht steuerliche Gründe, die ihn dazu bewogen hätten, versicherte Gross auf Anfrage. Die Mieten in Zürich seien für ihn schlicht zu hoch, zumal seine Bibliothek (50 000 Bücher) viel Platz brauche. Da Gross im Parlament den Kanton Zürich vertritt, muss er wenigstens pro forma hier gemeldet sein. Das sei kein Problem, betrachte er sich doch als Kosmopolit. Wenn er in Zürich weniger Steuern bezahle als im Jura, sei das als «Tschumpelzulage» abzubuchen – eine kleine Anerkennung für den Idealismus, mit dem er sich für ein dürftiges Entgelt der Politik widme.

In Zahlen berechnet sich diese «Tschumpelzulage» wie folgt: Gemäss Steuerausweis verfügte Gross 2010 über ein Nettoeinkommen von 102 500 Franken und null Franken Vermögen; in der Stadt Zürich resultieren daraus Steuern von total 19 074 Franken; in St.-Ursanne wären hingegen 27 510 Franken fällig gewesen; das ergibt eine Differenz von 8436 Franken, die Gross Jahr für Jahr einspart. Zieht man in Betracht, dass der Nationalrat bereits seit rund fünfzehn Jahren im Jura lebt, ergibt sich eine Summe von 126 540 Franken. Ein schöner Betrag für Idealismus, zumal der Berufspolitiker einen grossen Teil seiner Einkünfte gar nicht versteuern muss.

Man kann Gross zugutehalten, dass er wenigstens sein Auto im Jura eingelöst hat, was ihn rund zwei Hunderter mehr im Jahr kostet als in Zürich. Dazu kommen Zehntausende von Autokilometern, die Vielflieger Gross jährlich zum Flughafen fahren muss (werden vom Bund nicht vergütet). Würde sich der Nationalrat in St.-Ursanne anmelden, könnte er in Zürich nicht mehr gewählt werden, würde er also auch nichts mehr verdienen – und könnte gar keine Steuern mehr bezahlen.

Leserbriefe

«Auch die Redaktionslisten der wissenschaftshörigen Medien hätten veröffentlicht werden müssen.» *Christoph Marx*

Dumme Ausrede

Nr. 40 – «Vor diesen Professoren wird gewarnt»; Philipp Gut über die Universitäten

Danke, *Weltwoche* – nach der Attacke auf den in linken Universitätskreisen politisch missliebigen Prof. Dr. Christoph Mörgeli –, für die Sammlung von Steckbriefen irrlichternder, linkslastiger Professoren, bei denen die Wissenschaftlichkeit von ideologischen Anschauungen beeinflusst, ja sogar behindert wird. Als Alumnus der ETHZ stelle ich mit Freuden fest, dass diese nur mit einem Steckbrief vertreten ist: Andreas Fischlin, hauptverantwortlicher IPCC-Autor, will Teile eines Klimareports nicht gelesen haben, die unhaltbare Prognosen enthalten, die der WWF geliefert hatte, für den Fischlin auch arbeitet. Von mir aus gesehen ist das eine dumme Ausrede.

Jürg Walter Meyer, Leimen bei Heidelberg (D)

O du heilige Einfalt! Alle Wissenschaft ist doch ein Lügengebäude, ein Verdrängungsapparat der natur- und geschichtskundlichen Befun-

de, vor allem des traumatisierenden, erst 650 Jahre alten naturgeschichtlich-katastrophischen Erregungshintergrundes. Zusammen mit den Dozentenlisten aus den Vorlesungsverzeichnissen hätten allerdings auch die Redaktionslisten der wissenschaftshörigen Medien als Irreführer des Kollektivs veröffentlicht werden müssen, deren aller Tätigkeit zum irrationalen Verhalten des Kollektivs in Wissensklitterung, Holocaust, Krieg, Terrorismus, zerstörerischer Technologie und Ökonometrie sowie seit Generationen verfolgter Heilspläne führt.

Christoph Marx, Basel

Ich bin sehr enttäuscht über die Universität. Bis vor kurzem habe ich gedacht, dass Schweizer Universitäten eine Meinungsvielfalt fördern. Jetzt realisiere ich, dass die Universitäten nur noch Denken erlauben, das Mittellinks-Mainstream ist. Ich und sicher dreissig Prozent der Schweizer Bevölkerung denken aber konservativ oder rechts. Scheinbar ist unser Denken an Schweizer Universitäten nicht mehr erwünscht. Ich bin überzeugt, dass bür-

gerlich-konservativ denkende Schweizer die Universitäten unter Druck setzen sollten, bis sie wieder eine Meinungsvielfalt zulassen. Die Schweizer Universitäten sollen wieder ein Ja zur Meinungsvielfalt sprechen und tolerant sein zu konservativ denkenden Professoren wie zum Beispiel Herrn Professor Mörgeli.

Oliver Gemperle, Zeiningen

Gelernter Innendekorateur

Nr. 40 – «Sonnenkönig im Reich des Schweigens»; Lucien Scherrer über den Walliser Polizeikommandanten Christian Varone

Was wirklich an der Geschichte mit dem Stein dran ist, weiss ich nicht, und ob das Amt eines Polizeikommandanten die gute Ausgangslage für eine Kandidatur ins höchste kantonale politische Amt ist, weiss ich auch nicht, aber wie Sie mit der Familie Freysinger umspringen, ist absolut verwerflich. Oskar Freysingers Vater ist kein dahergelaufener Österreicher, wie Sie schreiben, sondern ein gelernter Innendekorateur mit Meisterprüfung und eigenem Geschäft, welcher seine Familie mit seiner Hände Arbeit ernährt und gebildet hat. Und auch wie Sie Oskar Freysingers Mutter, welche ihre Kinder grossgezogen und geformt hat, so respektlos als Putzfrau bezeichnen, zeugt nicht von Achtung dem Individuum gegenüber. Viele

Publireportage

Ein Idyll an Liguriens Küste

«Casa Henry Dunant» in Varazze: Erholung für die Berufsjugend – aber nicht nur



Publireportage

Die Casa Varazze, wunderschön gelegen am ligurischen Meer, ist das Geschenk des Schweizerischen Gewerbeverbandes SGV an die Schweizer Berufsjugend. Das Idyll im nahen Italien kann auch für Seminare gemietet werden.

Das Kleinod an der ligurischen Küste hat eine wechselvolle Geschichte: Erbaut wurde es Ende des 19. Jahrhunderts als «Villa Salice» von einer Bourbonen-Prinzessin aus Spanien. Der Palazzo ging 1912 an einen Privatmann über, wurde im Zweiten Weltkrieg von italienischen, deutschen und amerikanischen Truppen besetzt und wurde schliesslich 1948 als «Villaggio di Ragazzi» zum Heim für Halbwüchsige, verlassene und verwahrloste Kinder. Nach dem Übergang ans Schweizerische Rote Kreuz diente es als Jugendherberge; 1961 übernahm die «Stiftung Casa Henry Dunant» die Trägerschaft. Seit 1965 können sich Jugendliche in Ausbilde in der «Casa Henry Dunant» im ligurischen Varazze

Preise und Infos:

Die Casa Henry Dunant im ligurischen Varazze (450 km ab Bern) verfügt über 77 Betten. Pro Tag mit **Vollpension** werden Jugendlichen und Erwachsenen CHF 50.–, Kindern ab 6 bis 14 Jahren CHF 30.– berechnet.

Die **Wochenpauschalen** (5, 6 oder 7 Tage) betragen CHF 280.–/300.–/340.– für Erwachsene bzw. CHF 170.–/180.–/200.– für Jugendliche.

Informationen:

www.varazze.ch
Reservation: Stiftung Casa Henry Dunant
Urs Wyler, Schwarztorstrasse 26, 3001 Bern
Tel. 031 380 14 10; Fax. 031 380 14 15
E-Mail: stiftung.casa@varazze.ch

erholen. Zu seinem 125-Jahr-Jubiläum im Jahr 2004 übernahm der Schweizerische Gewerbeverband das wunderschöne Haus von der Stiftung «Casa Henry

Dunant». Es soll auch künftig in erster Linie der Berufsjugend zur Verfügung stehen.

Vieleitig nutzbar

Das grosszügig gebaute Haus verfügt über 77 Betten und eignet sich für beinahe unbeschränkte Aktivitäten: Für Projektwochen aller Art, für Prüfungsvorbereitungen, themenspezifische Seminare, kulturelle Weiterbildung, für musikalische oder sportliche Trainings- und Übungswochen und vieles mehr. Bereits haben Tausende von Jugendlichen unvergessliche Tage und Wochen in der Casa Varazze verbracht. So waren in den vergangenen zehn Jahren unter anderen Bäcker/Konditoren, Bauzeichner, Chemielaboranten, Coiffeusen, Elektromonture oder Informatiker zu Besuch am Ligurischen Meer. Neben Weiterbildung kam dabei auch die Erholung nicht zu kurz: Sei es im nahen Genua, wo nebst der Altstadt und dem Hafen auch das riesige Aquarium die Besucher anzieht, sei's Richtung Westen in der Provinzhauptstadt Savona oder im nahen Piemont – «Varazze» bietet für alle etwas.

Praktisch vor der Haustür

Die Statistik der Altersstruktur zeigt ein klares Bild der Kundschaft in der «Casa Varazze»: Die 16- bis 20-Jährigen machen mehr als die Hälfte der Besucher aus, die 21- bis 25-Jährigen ein weiteres Viertel. Sie geniessen den Internet-Zugang ebenso wie das Fussballspiel oder das Baden am hauseigenen Strand. Doch das Idyll «Casa Varazze» steht selbstverständlich auch Erwachsenen offen: Sie werden die angenehm hohen Räume zu schätzen wissen, die liebevolle Bedienung durch Annina Ryffel und ihr Team, die hervorragende Küche von René Züger. Auf der Terrasse werden sie nicht nur die unvergleichliche Aussicht, sondern auch die angenehme Ruhe geniessen. Varazze ist über die Simplon-Route oder das Aostatal und danach über die A26 über 450 Kilometer in gerade einmal fünf Stunden zu erreichen, die «Casa Varazze» liegt also praktisch vor unserer Haustür. Und die «Casa» erfreut sich zunehmender Beliebtheit: Eine frühzeitige Reservation ist also zu empfehlen.

Leute wären glücklich, in einer solchen Familie aufgewachsen zu sein.

Fredy Stauffer, Sitten

Herren- vs. Damentoilette

Nr. 40 – «Sind Frauen die besseren Menschen?»; Christine Bauer-Jelinek über das Ansehen der Frauen

Persönlich kann ich mich nicht daran erinnern, wann ich einem Mann das letzte Mal die Chance auf Selbstreflexion verweigert habe. Ehrlich, ich hätte liebend gern mehr davon. Trotzdem, es kann natürlich nicht schaden, die Frauen mal wieder ordentlich zu humanisieren. Den Status quo zu bejammern, ist ja auch völlig okay, doch ein tauglicher Gegenentwurf müsste dann halt auch her. Den konnte ich hier nicht entdecken. Vielleicht müsste ich das Buch lesen, aber daraus wird nix. Das Mann-Frau-Ding wird ja sowieso hoffnungslos überbewertet. Von mir aus könnte man es mal ruhen lassen und erst dann wieder aufnehmen, wenn in mindestens der Hälfte aller Restaurants dieses Landes die Damentoiletten rein räumlich vor den Herrenörtchen platziert sind. Zurzeit ist das ja leider nicht der Fall, was ich krass diskriminierend finde. Wieso müssen Frauen, die mal müssen, immer noch die paar extra Meter gehen? Wenn diese Frage, die mich schon lange zutiefst umtreibt, dereinst zufriedenstellend gelöst ist, hat sich hoffnungsvollerweise auch die Sache mit den schmutzigen Händen der Frauen und der Selbstreflexion der Männer geregelt.

Christine Klingler Lüthi, Wädenswil

Mit gutem Beispiel voran

Nr. 40 – «Es könnte teurer werden»; Alex Reichmuth über den Atomausstieg

Ja, bestimmt wird es teurer werden! Und wir sollen den Energieverbrauch erst noch um einen Drittel reduzieren. Schön und gut, machen wir die Probe auf das Exempel: Bundesrätin Leuthard hat sicher ein komfortables Haus, und die Familie hat bestimmt zwei Autos, vielleicht sogar ein Ferienhaus et cetera. Frau Leuthard soll ein Exempel statuieren und aufzeigen, wie sie ihren Energieverbrauch und denjenigen ihrer Familie um einen Drittel reduzieren wird. Sie dürfte wohl vorangehen und aufzeigen, wie das geht! Wir werden ihr dann folgen, oder nicht?

Fridolin Schlittler, Wädenswil

Auch mit fünfzig noch?

Nr. 40 – «Liebe – Grundbegriffe des Lebens» von Linus Reichlin

Unfreiheit als Bedingung für Liebe? Aber, aber, Herr Reichlin. Als wir vierzehn, fünfzehn Jahre alt waren, haben wir uns doch alle so stürmisch, bedingungs- und grenzenlos verliebt

wie die beiden Teenager Romeo und Julia. Ein bisschen viel verlangt, wenn Sie das auch noch für Fünzigjährige fordern.

Calista Fischer, Zürich

Premiere

Nr. 39 – «Leben und Sterben auf der Warteliste»; Alex Baur über Organtransplantation

In dem Artikel schreiben Sie: Von einem Lebendspender könne nur die Niere verwendet werden, bei allen anderen Organen kämen nur tote Spender in Frage. Diese Aussage stimmt nicht. Ich selber (Jahrgang 1943) habe, als Erster in der Schweiz, einen Teil der Leber meiner Frau transplantiert bekommen. Das heisst, zwei Drittel der Leber meiner Frau wurden mir transplantiert, meine Frau behielt ein Drittel ihrer Leber. Da sich die Leber als einziges Organ wieder selbst regeneriert, hatten wir beide nach etwa drei bis vier Wochen wieder die normale Grösse und somit Funktionsfähigkeit der Leber. Diese Operation wurde im April 1999 zum ersten Mal in der Schweiz am Unispital in Genf (Prof. P. Morel) durchgeführt. Seither wurde sie des Öfteren wiederholt. Es sind seit meiner Transplantation also dreizehn Jahre vergangen, und sowohl meine Frau wie auch ich leben heute ein ganz normales Leben ... Es wurde dazumal in der Presse recht ausführlich über diese Premiere berichtet. *Jacques Klaus, per E-Mail*

Korrigenda

Im Artikel «Die Quotenfrau» (Nr. 38/12) wurde die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» fälschlicherweise als «Abtreibung ist Privatsache» bezeichnet. Die Initiative verlangt, dass die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden.

Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als Hausarzt auf dem Land im Sommer mit nackten Füssen in Sandalen oder sogar mit kurzen Hosen arbeiten?

Tilman Meier-Ruge, Fiesch

Oft haben wir Prototypen vor Augen, wenn wir an Ärzte denken. Während Professor Klaus Brinkmann aus der «Schwarzwaldklinik» ohne weissen Kittel undenkbar wäre, glänzt Dr. Jan Bergmann in der ZDF-Serie «Der Landarzt» durch die Lockerheit in Jeans und Karo-Hemd. Darum ist Ihr Wunsch nach modischer Lockerheit nicht abwegig. Auf dem Land kennen Sie Ihre Patienten, besuchen diese eher auf ihrem Hof, als dass sie zu Ihnen in die Praxis kommen, und Sie verschaffen sich durch die jahrelange Betreuung Ihren Respekt. Trotzdem: Das oberste Gebot ist, Vertrauen zu schaffen, und hierzu gehört sicherlich auch eine ordentliche Erscheinung. Es beruhigt die Patienten häufig alleine schon, wenn ein Arzt in Weiss erscheint, in einer langen Hose auftritt oder in Kleidern, die sich vom Freizeitstyle abheben, da sie Vertrauen, aber auch eine gewisse Distanz herstellen. Sollten Sie nach getaner Arbeit von Ihren Patienten privat eingeladen werden, dürfen Sie Shorts und offene Schuhe ruhig wieder aus dem Schrank holen.

Deborah Neufeld

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Luxusproblem Armut

Wild wuchert der Sozialschunzel: Der Bundesrat errichtet eine neue nationale Behörde zur Bekämpfung eines Phänomens, das es gar nicht mehr gibt.

Von Urs Paul Engeler



«Massnahmenkette» von der Wiege bis zur Bahre: SP-Bundesrat Berset (2. v.l.)

Entweder liest SP-Bundesrat Alain Berset die seltsamen Texte nicht, die er seinen Kollegen in der Regierung unterbreitet. Oder er geht davon aus, dass diese seine Anträge nicht genau studieren. Auf jeden Fall kann er es sich leisten, die offensichtlichsten Widersprüche zu Papier zu bringen und entscheidende Fakten auszublenden. Er erhielt kürzlich gleichwohl, was er wollte: neun Millionen Franken zum Aufbau einer neuen Bundesbürokratie «zur Armutsbekämpfung».

So schreibt er in seinem Aussprachepapier zu den «Möglichkeiten eines verstärkten Engagements des Bundes zur Prävention und Bekämpfung der Armut» selbst, dass eigentlich gar kein Problem erkennbar sei, weil, wörtlich, «die <Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung> aufgezeigt hat, dass sehr viele Bestrebungen in unterschiedlichen Feldern laufen und dass keine offensichtlich gros-

sen Lücken in den bestehenden Massnahmen festgestellt werden konnten». Trotzdem, fährt er im gleichen Satz fort, seien «die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure im Wesentlichen einig, dass bei den Bestrebungen, Armut zu vermeiden und zu bekämpfen, zusätzlicher Handlungsbedarf besteht». Es geht dem Minister somit nicht um ein reales Problem, sondern um die Selbstbeschäftigung seiner «unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure».

Die weltweit reichsten Armen

Wenn die Welt einigermaßen in Ordnung ist und die Menschen keine offensichtliche Not leiden, dann rutschen die Gutmenschen in Identitätskrisen, die böse enden können. Denn sein Gut-Gen ausleben kann nur, wer immerzu Schlechtes verbessert. Das gilt auch für Leute, denen das Gut-Tun nicht nur wohlige Gefühle bereitet, sondern der einträgliche Beruf

ist, der vom Steuerzahler finanziert wird. Beamtete Wohltäter leben davon, dass sie die Verhältnisse schrecklichreden. Das tun sie umso eifriger, je besser diese sind.

Die aktuellen Zahlen zur Armut im Land sind gut. Das unverdächtige Bundesamt für Statistik (BFS), das ebenfalls Sozialminister Alain Berset unterstellt ist, hat im Frühsommer die neuste Erhebung über die «Armut in der Schweiz» publiziert. Die Analyse förderte zwei erfreuliche Tatsachen zu Tage: Es gibt in der Schweiz immer weniger Arme; die Quote ist innerhalb zweier Jahre um 8 Prozentpunkte gesunken. Und zweitens sind diese statistisch Armen immer weniger arm; das heisst, der Abstand zu den Nicht-Armen verringert sich laufend. Weil diese positiven und unbestreitbaren Erkenntnisse nicht ins politische Konzept passen, erwähnt Berset sie in seinem Antrag mit keinem Wort.

Er hantiert allein mit der BfS-Zahl von einer Armutsquote von 7,8 Prozent und rund 586 000 Personen, die von Armut betroffen seien. Um diesen Wert richtig einschätzen zu können, muss man die offizielle Definition von Armut betrachten. Die Bundesstatistiker gehen nicht von einem «absoluten Armutskonzept» aus, das sich am Existenzminimum orientiert (wie dies die Konkurs- und Betriebsämter tun, die Forderungen eintreiben und Löhne pfänden müssen). Das sei in einem modernen Wohlfahrtsstaat «nicht mehr angebracht», schreiben die Bundesbeamten. «Arm» ist statistisch, wer mit seinem Lohn nicht alle «für ein gesellschaftlich integriertes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen» kaufen kann. In dieser weit offenen Definition finden Handys, Computer, Ferienreisen, Kino-, Konzert- und Museumsbesuche ebenso Platz wie periodische Neumöblierungen und Restaurantbesuche. In Franken bedeutet dies, dass eine Einzelperson bereits als arm gilt, wenn sie monatlich weniger als gut 2300 Franken verdient; für eine Familie mit zwei Kindern liegt der Wert bei rund 4200 Franken. Das Vermögen, das allenfalls vorhanden ist, wird gar nicht berücksichtigt.

Die Unterschiede zwischen «arm» und mittelständisch werden weiter eingebnet.

Dass in der Schweiz die reichsten Armen der Welt leben, belegen internationale Quervergleiche. Bereits die Anpassung an den menschenrechtskonformen OECD-Standard (in andern Politikfeldern sind deren Verlautbarungen der allein gültige Massstab) würde die helvetische Armutsquote schlagartig auf einen Viertel und die Zahl auf weit unter 150 000 Personen senken.

Dass die medial und politisch zelebrierten Armutsklagen mehr mit Kitsch zu tun haben als mit echter Entbehrung, zeigen die Erhebungen zur realen Situation der statistisch Armen. Eine Studie des Berner Ökonomen Robert E. Leu hat bereits vor gut zehn Jahren so erstaunliche Zahlen geliefert, dass sie publizistisch nie beachtet wurden. Schon Ende der neunziger Jahre besaßen 69 Prozent der bejammerten «Armen» ein Auto, 77 Prozent einen Fotoapparat, 91 Prozent einen Fernseher, 54 Prozent ein Videogerät und so fort. (Die Zahl der Hundehalter wurde nicht erfasst.) Bei den übrigen Haushalten lagen diese Werte nicht wesentlich höher.

In der Zwischenzeit sind die Unterschiede zwischen «arm» und mittelständisch weiter eingebnet worden. In den letzten Jahren wurde der Sozialstaat schier ungebremst ausgebaut, von rund 85 Milliarden Franken auf mittlerweile rund 150 Milliarden: Neben den bestehenden Werken AHV, IV, Arbeitslosenversicherung, zweite Säule oder Sozialhilfe wurde

eine Mutterschaftsversicherung eingerichtet; die Kinder- und Familienzulagen wurden auf markant erhöhtem Niveau vereinheitlicht; jedes Jahr werden mehrere Milliarden zur Verbilligung der Krankenkassenprämien ausgeschüttet; mit 440 Millionen Franken hat allein der Bund die Kinderkrippen verbilligt; Bund und Kantone stecken neu gegen 80 Millionen Franken in die Berufsbildung von Migrantinnen und Jugendlichen, die den Anschluss verpasst haben; sogar Erwachsene, die trotz Schulaufenthalt nur mit Mühe lesen, schreiben und rechnen, werden neuerdings unter den Titeln «Kulturförderung» und «Weiterbildung» mit 5,4 Bundesmillionen nachgeschult.

Grünes Licht für heimlichen Beschluss

Es ist im dichtgewobenen sozialen Netz derzeit nicht die kleinste Lücke auszumachen, durch die Menschen ins finanzielle Elend stürzen könnten. Das hat auch der Sozialminister erkannt. Dennoch bewirtschaftet er das Thema, mit dem er so viele falsche Emotionen befriedigen kann, weiter. Mit einem merkwürdigerweise nie publizierten, also heimlichen Beschluss hat ihm der Bundesrat Ende September grünes Licht gegeben, ein fünfjähriges «Bundesprogramm zur Prävention und Bekämpfung der Armut» zu starten. Nur die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) wagte es intern, dagegen Widerspruch zu formulieren. Das jährliche Budget der neuen Behörde, die auch tief in kantonale und kommunale Kompetenzen eingreift, wird vorerst auf 1,8 Millionen Franken geschätzt, die zusätzlich aufgebracht werden müssen.

Also werden ab 2014 die eidgenössischen Armutsbeamten in fünf «Handlungsfeldern» aktiv, und zwar buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre: «Im Bildungsbereich braucht es eine Massnahmenkette von der frühen Kindheit [sic!] bis zum Berufsabschluss, um die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu erhöhen.» Für die Eingriffe im Vorschul- und Grundschulalter stehen über die ganze Zeitspanne 5,2 Millionen bereit. Erwachsene werden mit einer «Nachholbildung» (300 000 Franken) erfasst und mit einer «Wohnungsversorgung» betreut. Bern will überdies die Sozialhilfe der Kantone und Gemeinden «harmonisieren», was im Klartext stets «erhöhen» heisst. Damit all diese staatlichen Betriebsamkeiten gemessen (im Klartext: in den Budgetdiskussionen gerechtfertigt) werden können, muss viertens für voraussichtlich 200 000 Franken ein Monitoring-System entwickelt werden. Zur «Vernetzung und Information» werden schliesslich 1,3 Millionen eingeplant.

Das Programm, schreibt Bundesrat Alain Berset beruhigend, sei auf fünf Jahre befristet. Befristet beginnt in Bern alles, was nie abgeschafft wird. Verändert wird höchstens der Kostenrahmen, und zwar nach oben. ○



Assemblages und Mariages – wir laden zu kulinarischen Entdeckungsreisen ein.

Nächste Woche liegt das Wein- und Genussmagazin von Weinkeller Riegger der «Weltwoche» bei. Wir wünschen Ihnen unterhaltsame Lektüre.

Gerne stellen wir Ihnen kostenlos weitere Magazine zu. Senden Sie uns eine E-Mail an info@riegger.ch oder besuchen Sie unsere Seiten im Internet unter www.riegger.ch

RIEGGER

Weinkeller Riegger AG

Langgass
5244 Birrhard
Telefon 056 201 41 41
www.riegger.ch

Ruhm und Abglanz des Freisinns

Die Zürcher Regierungsrätin Ursula Gut (FDP) ist durch ihre Verwicklung in den BVK-Skandal unter Beschuss geraten. Ihr Ehemann Ulrich E. Gut führt einen verbissen anmutenden Kampf gegen bürgerliche Gegner. Das faszinierende Gespann zehrt von alter, verblässender Grösse. *Von Lucien Scherrer*

Sie liest ihre Rede wie immer Wort für Wort von einem Blatt ab, manchmal verhaspelt sie sich. «Vieles habe ich ja bereits ins Lot bringen können», sagt Ursula Gut über ihre Rolle im Debakel um die Zürcher Beamtenversicherungskasse (BVK). Damit sei es gelungen, die BVK innert weniger Jahre auf eine sichere Bahn zu bringen. Am Ende ihres Vortrags blickt die freisinnige Finanzdirektorin in die Runde wie eine eifrige Schülerin, die auf das Lob des Lehrers wartet. Hat sie das nicht toll gemacht?

Das war an einer Pressekonferenz vor einer Woche, und das Lob ist bisher ausgeblieben. Tatsächlich ist Guts Verhalten in der BVK-Affäre kein Ruhmesblatt. Sie kann sich zwar rühmen, den mutmasslich korrupten Beamten Daniel Gloor im Mai 2010 entlassen zu haben. Der Anlagechef hatte seit 1995 Millionen verspekuliert, unter den Augen des Regierungsrates, dem Parlament und weiterer Kontrollorgane. Doch Gut handelte reichlich spät, wie die parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) des Kantonsrates festhält. Im November 2007, kurz nach ihrem Wechsel ins Finanzdepartement, schlug sie Warnungen vor Gloors aggressiven Anlageplänen in den Wind; im Mai 2008 fiel sie einen rechtlich umstrittenen Stichtentscheid zugunsten der Anlagestrategie 2008 bis 2012. Damit ging die Misswirtschaft noch eine Weile weiter. Gut rechtfertigte sich gegenüber der PUK, dass sie damit beschäftigt gewesen sei, einen neuen BVK-Chef zu suchen. Danach habe sie alles rasch in Ordnung gebracht.

Ursula Gut tut sich mit Kritik schwer. Dass es die PUK gewagt hat, dem Regierungsrat die Hauptschuld für das Pensionskassenunheil zu geben, scheint sie als Frechheit zu empfinden. Und ihr Verhalten gegenüber den Medien wirkte nicht sehr souverän: Auf kritische Fragen reagierte sie ausweichend, Anfragen der *Weltwoche* für ein Gespräch liess sie unbeantwortet. Am Sonntag gab sie ein Interview auf Radio DRS, in dem sie nun doch «enorme Fehler» des Regierungsrates und eine gewisse Mitverantwortung einräumte. Dann verreiste sie in die Ferien.

Eine joviale, lustige Person

Im Politbetrieb ist die Frau aus dem zürcherischen Küsnacht vor allem für ihre extravagant geblühten Blusen und für ihre zwei Gesichter bekannt: Kantonsrätin und Bekannte verschiedener Couleure berichten, dass die «Ursle» pri-



Grosse Fussstapfen: Ehepaar Gut.

vat eine joviale, lustige Person sei, die gerne singe und koche. Als Amtsträgerin wird sie von den meisten als «freundlich» und «korrekt» wahrgenommen. Bei öffentlichen Auftritten wirke sie jedoch oft steif. Und ihr Lächeln gilt nicht allen: «Sie ist unnahbar und unterkühlt», sagt etwa SVP-Nationalrat und Ex-Kantonsrat Alfred Heer. Gut halte sich für etwas Besseres und lasse das andere auch spüren, behauptet Heer. Mit ihrem Gehabe erinnere sie an freisinnige Magistraten der 70er Jahre. Guts Reaktion auf die Vorwürfe in Sachen BVK zeugt von einem traditionell obrigkeitlichen Verständnis der Staatsgewalt: die Regierung als Gremium der Weisen, dessen Ansehen gewahrt werden muss. «Ursula Gut hat einen unglaublichen Machttrieb, einen Autoritätswahn», sagt der Küssnacher Lokalhistoriker und rechtsbürgerliche Dorfpolitiker Alfred Egli, «sie will sich überall Respekt verschaffen.» Diese Seite lasse sie nur selten aufblitzen.

«Abgekanzelt wie die Schulbuben»

Machtbewusstsein wurde Ursula Gut in die Wiege gelegt. Ihr Vater Gerhard Winterberger (1922–1993) war ein urchiger Schwinger aus dem Berner Haslital, der nach Erlenbach am Zürichsee ausgewandert war – in die Stammlande des Zürcher Freisinns. Als Präsident des Wirtschaftsverbandes Vorort gehörte der Freisinnige zu den politischen Schwergewichten des Landes. Während seiner Amtszeit (1961–1987) bestimmte der «achte Bundesrat» den wirtschaftspolitischen Kurs der Schweiz. «Winterberger war der Inbegriff des geheimnisumwitterten Lobbyisten, ein knorriger Typ, Zigarren rauchend, von dem es hiess, dass er den Bundesrat in wirtschaftspolitischen Fragen mit links manipulieren konnte», schreibt der Wirtschaftsjournalist Lukas Hässig. Nach seinem Abgang verlor der Vorort (heute Economiesuisse) an Bedeutung, dem Zürcher Freisinn erging es ähnlich.

Macht, das scheint Ursula Gut von ihrem Vater gelernt zu haben, spielt man am besten hinter verschlossenen Türen aus. Arbeitnehmervertreter, die Gut 2007/08 im BVK-Anlageausschuss vor Daniel Gloors Investitionskünsten warnten, können davon ein Lied singen. «Sie hat uns abgekanzelt wie Schulbuben», sagt Arialdo Pulcini, Mitglied der BVK-Verwaltungskommission, «dabei wäre ihr doch kein Zacken aus der Krone gefallen, wenn sie unsere Vorschläge geprüft hätte.» Stattdessen habe die Regierungsrätin ein Klima der Angst verbreitet, in dem Kritik an Gloors Strategie kaum möglich gewesen sei.

Der Anlagechef selbst hatte nach seinem Rauswurf nur Verachtung übrig für seine ehemalige Chefin: «Inkompetent» sei sie gewesen, wie alle anderen Regierungsräte, höhnte er gegenüber der PUK. Wie stark das BVK-Debakel an Guts Selbstverständnis als erfolg-

reiche Karrierefrau nagt, kann nur erahnt werden. Schliesslich führt sie ihr Amt mit entschlossener Hand – und als ehemaliges Direktionsmitglied der Credit Suisse und Vizedirektorin von Swiss Life dürfte sie sich das auch zutrauen.

Zunächst sah es nicht danach aus, als würde Ursula Gut in der Politik gross herauskommen. Sie studierte Rechtswissenschaften in Zürich, verfolgte ihre private Karriere auf Banken und Versicherungen. Dafür verzichtete sie auf eine Familie: «Kinder oder Karriere», habe es für sie geheissen, sagte sie einmal in einem Interview, und sie habe sich für Letzteres entschieden. Erst 1994 wurde sie in den Gemeinderat von Küssnacht gewählt, 1998 übernahm sie das Gemeindepräsidium. Die Chance zum Aufstieg erhielt sie 2006, als FDP-Regierungsrätin Dorothee Fierz nach einem Streit mit Rita Fuhrer zurücktreten musste. Obwohl kaum bekannt, setzte sich die Küssnacherin in der Ersatzwahl klar gegen die Grüne Ruth Genner durch. Gut übernahm die Baudirektion, wurde 2007 mit dem besten Resultat bestätigt und wechselte in die Finanzdirektion. Dort konnte sie meist mit positiven Rechnungsabschlüssen brillieren, wobei böse Zungen behaupten, dass sie vorsorglich immer zu tief budgetiert habe.

Lebemann im Dunst der Zigarre

Dass sie sich durchsetzen kann, bewies Gut auch in ihrer Ehe, wo sie sich von der Juniorpartnerin zur Chefin mauserte. Ihr Mann, Ulrich E. Gut, war in den achtziger Jahren ein hoffnungsfroher Spross der grossen freisinnigen Zürichsee-Dynastie Gut. Grossvater Theodor (1890–1953) und Onkel Theodor II. gehörten als Nationalräte und Chefredaktoren der *Zürichsee-Zeitung* (ZSZ) zu den profiliertesten Köpfen der Partei. Ihr Wort hatte in der ganzen Schweiz Gewicht. Vater Ulrich war Verleger, ein Lebemann, der bis ins hohe Alter, in eine Rauchwolke gehüllt, durch die Zeitungsredaktion spazierte. Der zurückhaltende, eigenbrötlerische Ulrich E. konnte nie in die grossen Fussstapfen seiner Vorfahren treten. 1987 wurde er persönlicher Berater des SVP-Bundesrats Leon Schlumpf, 1991 schaffte er den Sprung in den Zürcher Kantonsrat. Doch dort irritierte er seine Kollegen mit grünen Voten und seinem Hang, mit der SP zu stimmen. Eine Nationalratskandidatur wurde ihm verweigert. Politisch isoliert, trat er 1999 zurück.

Den Part des Unverstandenen spielte er auch bei der familieneigenen ZSZ. Dort stieg er 1988 ein, zehn Jahre später stand die Zeitung vor dem Ruin. Die Familie Gut setzte Ulrich E. als Verleger ab, worauf er auch als Chefredaktor die Konsequenzen zog. Die Schmach soll er nie verwunden haben. Heute hält er seiner erfolgreicherer Frau «den Rücken frei», wie es FDP-Nationalrätin Doris Fiala ausdrückt. Das Paar, das seit 1977 verheiratet ist, gehört zu jenen

Freisinnigen, die einen christlich begründeten, «mitfühlenden Liberalismus» pflegen und in ihrer Freizeit Gutes tun. Ursula Gut ist keine erzliberale «eiserne Lady», wie sie der *Tages-Anzeiger* kürzlich charakterisierte. Sie war Revisorin einer Suchtpräventions- und Beratungsstelle, Mitglied der Frauenzentrale, geht regelmässig in die Kirche und setzt sich mit ihrem Mann für eine bessere Welt ein. In dieser Welt gehen die Menschen anständig miteinander um; Linke und andere verirrt Geister gilt es zwar zu belehren, aber mit Respekt. Deshalb verabscheuen die Guts die groben Gesellen von der SVP von ganzem Herzen. Wer politische Gegner diskreditiere, nähre Hass und Gewalt, sagte Ursula Gut letztes Jahr an einer 1.-August-Rede. Wohin das führe, habe man in Norwegen gesehen, unterstrich die Regierungsrätin.

«Sektiererisch»

Ulrich E. Gut ereifert sich derweil auf Facebook regelmässig über die tumben «Blocheristen» und ihr verderbliches Treiben. «Er führt einen verbissenen, fast sektiererischen Kampf», sagt Lokalhistoriker Egli. «Gut ist im Lauf der Jahre immer sonderbarer geworden.» Dabei sei er ein «blitzgescheiter Kopf», dem man eine glänzende Karriere zugetraut hätte. Stattdessen weibelt Ulrich E. Gut zum Beispiel für die Wiederwahl von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die Tochter seines einstigen Mentors. So geschehen vor einem Jahr.

Ironischerweise kam die Wahl der eigenen Frau auch dank einem Pakt mit dem Teufel zustande: Die SVP, die lieber auf den rechtsfreisinnigen Filippo Leutenegger gesetzt hätte, unterstützte sie. Gut, einmal im Amt, dankte es den «Blocheristen» schlecht: 2007 sprach sie sich gegen eine Listenverbindung mit der SVP und eine Unterstützung von Ständeratskandidat Ueli Maurer aus. Begründung: «Sein Politikstil gefällt mir nicht.» Maurer verpasste die Wahl, die SVP schäumte vor Wut. Seither herrscht Eiszeit, und die SVP klagt über Guts Steuerpolitik, die zu wenig restriktiv und bürgerlich sei.

Rücktritt ausgeschlossen

Wie es mit Ursula Guts Karriere nach dem BVK-Debakel weitergeht, ist offen. «Die Sache wird ihr nicht schaden», sagen jene, die ihr wohlgesinnt sind. Andere hoffen, dass sie spätestens 2015 abtritt. Mit einem sofortigen Rücktritt rechnet niemand. Gut selbst hat entsprechende Forderungen kategorisch zurückgewiesen. Sicher ist: Wenn sie geht, verschwindet die letzte Politikerdynastie des Zürcher Freisinns von der Bildfläche. Eine Dynastie, die in ihrer letzten Generation vom Ruhm der Vergangenheit zehrte – und dabei eher orientierungslos wirkte. Alfred Egli drückt es verwundert so aus: «Irgendwas muss da verlorengegangen sein.» ○

Agenda-Striptease von Politikern

Man kann über die Mängel des Milizsystems diskutieren – aber bitte vor den Wahlen. Die Berufsparlamente in Italien, Frankreich oder Griechenland sind keine prickelnden Alternativen.
Von Peter Keller



«Erstaunlich»: BDP-Präsident Landolt (r.), CVP-Nationalrat Bischof.

Vor genau einem Jahr weibelten sie noch landauf, landab: Tausende von Kandidaten bewarben sich für ein Amt im National- oder Ständerat. Da ging es um soziale Gerechtigkeit, den Werkplatz, die Schweiz und die Rettung des Planeten – mindestens.

Kaum sind die Sitze vergeben und ist ein Jahr um, hat sich die Debatte Richtung Nabelschau verlagert. Natalie Ricklis Burnout, Christoph Mörgelis Entlassung, Peter Spuhlers Rückzug werden zum Anlass genommen, die Systemfrage zu stellen: Ist die Doppelbelastung von Beruf und Politik noch zu tragen? Stösst das Miliz-Prinzip an seine Grenzen? Braucht die Schweiz nicht ein Vollzeit-Parlament?

Zunächst einmal ist die ganze Diskussion nicht ohne Komik: Neben der Burnout-Truppe gibt es nämlich die Fraktion der fidelen Politrentner, die überhaupt keine Ermüdungserscheinungen zeigen ... zum Leidwesen der drängelnden Nachzügler. So schlimm kann das Nationalratsdasein also nicht sein: Die einen wollen unbedingt hinein, die anderen partout nicht gehen. Und diejenigen, denen Amt und Arbeit über den Kopf wachsen, wollen auch bleiben, aber eben mit dem Komfort eines Vollzeitjobs – und den entsprechend höheren Entschädigungen.

Selbstverständlich gibt es gute Gründe, das Milizsystem zu hinterfragen: die Dreifach-

belastung von Beruf, Politik und Privatem, die stärker gewordene Einflussnahme von Lobbyisten, der gestiegene Druck von aussen – aber bitte führt solche Diskussionen vor den Wahlen. Wie das nachträgliche Gejammer bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt, zeigen die Reaktionen auf den Agenda-Striptease des BDP-Präsidenten Martin Landolt, der seinen elektronischen Kalender im *Blick* abbilden liess. Jede Frau und Mutter, war darauf in den Leserbriefspalten zu lesen, müsse gleichzeitig Haushalt, Kinder, Mann, Hausaufgaben, Garten, Beruf und so fort managen. Einer meinte, seine Agenda als einfacher Projektleiter sehe nicht viel anders aus: «Erstaunlich, dass die Politiker immer meinen, sie seien die Einzigen, welche für ihr Geld arbeiten müssten.»

Da ist sicher eine Portion Häme abzuziehen. Aber es geht bei der Milizfrage nicht so sehr darum, was die Politiker gerne möchten, sondern mindestens so sehr darum, was die Schweizer bevorzugen. Der Status Berufspolitiker heisst ja nichts anderes, als dass jemand seine Existenz mit einem politischen Amt verknüpft und ein entsprechend lebhaftes Interesse an einer Wiederwahl hat.

Wer neben der Politik arbeitet, hält sich einen wichtigen Seitenausgang offen und kann unabhängiger auftreten und auch unpopuläre Meinungen vertreten. Wobei mit Arbeit nicht

das Ausüben lukrativer Mandate gemeint ist, die sich erst aus der Wahl ergeben haben. Hier kippt das Milizsystem tatsächlich in ein fragwürdiges Söldnerwesen und verschärft die Abhängigkeit: Mit dem Wegfall des Amtes werden Mandatesammler uninteressant für ihre Geldgeber. Miliz meint eben die Möglichkeit, im angestammten Beruf zu bleiben, um von dort Wissen und Erfahrungen in den politischen Betrieb einbringen zu können.

Auch wenn das Laienparlament Mängel hat: Ist die Alternative so prickelnd? Liefern Berufspolitiker rund um die Schweiz eine so viel bessere Arbeit? Der Bankrott-Staat Griechenland hat ein Berufsparlament wie auch das kriselnde Frankreich. Österreich wird gerade von einer Serie von Korruptionsskandalen durchgeschüttelt. Über alles gesehen, steht die Schweiz besser da als die meisten anderen Staaten: mit weniger Schulden, weniger Arbeitslosen, tieferen Steuern. So schlecht kann die politische Arbeit hierzulande folglich nicht sein – auch wenn die bessere Politik wesentlich mit der Schweizer Notbremse namens direkter Demokratie zu tun hat.

Wir sind billiger

Der Berufspolitologe Claude Longchamp hat eben ein Plädoyer für die «Bundespolitik als Vollzeitjob» veröffentlicht. «Von Berufspolitikern», schreibt der Haus-Wahrsager des Schweizer Fernsehens, «müsste man verlangen, dass sie ihre Schaffenskraft voll und ganz für die Res publica einsetzen, nicht mehr für lukrative Nebenjobs.» Deutschland widerlegt diese Hoffnung. Dort erzielen Vollzeit-Abgeordnete hübsche Zusatzeinkünfte. Kanzlerkandidat Peer Steinbrück (SPD) kommt auf mindestens 700 000 Euro.

Weiter möchte Longchamp, dass Berufspolitiker in ihrem Wahlkreis ein «BürgerInnen-Büro» unterhalten, «bei dem sich ihre Wählerschaft kostenlos an sie wenden könnte, um die Anliegen der Bevölkerung zu diskutieren». Ganz so kostenlos wäre die Einrichtung wohl doch nicht. In Italien erhalten die Parlamentarier eine monatliche Pauschale für die «Aufrechterhaltung der Beziehung zwischen Abgeordnetem und Volk» in Höhe von 3700 Euro.

Fazit: Für jedes Argument pro Berufsparlament findet sich ein mindestens so überzeugendes Kontra. Die Profis können es auch nicht besser. Wir sind immerhin billiger.

Peter Keller ist redaktioneller Mitarbeiter der *Weltwoche*, Historiker und SVP-Nationalrat (NW).

Willkommener Aufruhr

Ein internes Szenario der Nagra sorgt für Aufregung. Die Empörung wirkt aufgesetzt. Es geht darum, die Suche nach einem Endlager für radioaktiven Abfall massiv zu erschweren. *Von Alex Reichmuth*



Die Aufregung ist gross.

Zugegeben, es war ungeschickt. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) erweckte in einer vertraulichen Aktennotiz den Eindruck, das Zürcher Weinland und der aargauische Bözberg seien für die Lagerung radioaktiver Abfälle vorbestimmt. Dabei läuft ein aufwendiges Verfahren mit Beteiligung der Bevölkerung, um ohne Vorgaben die geeigneten Gebiete für die Endlagerung zu eruieren. Die Aktennotiz gelangte an die Öffentlichkeit. Man hätte sich bei der Nagra bewusst sein müssen, dass in Anbetracht der aufgeladenen Stimmung um das Thema Atomkraft auch interne Arbeitspapiere jederzeit so verfasst sein müssen, als handle es sich um öffentliche Verlautbarungen.

Aus dem Vorfall wurde in den vergangenen Tagen aber schier eine Staatsaffäre. Das ist unverhältnismässig angesichts dessen, dass die Nagra lediglich ein Szenario durchgespielt hat, um personelle und finanzielle Ressourcen der Atomabfallentsorgung abzuschätzen. Von Rücktrittsforderungen an die Verantwortlichen war die Rede, von notwendig gewordenen neuen Zuständigkeiten, ja gar von der Auflösung der Nagra. Der Vorgang ist keineswegs einzigartig. Alle paar Wochen brandet die öffentliche Empörung auf, wenn sich die Nagra oder auch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) wieder eine be-

hauptete Verfehlung vorwerfen lassen müssen. So stand die Nagra am Pranger wegen ihrer Suche nach möglichen Oberflächenanlagen, wo künftig Atomabfälle für die Endlagerung umgepackt werden sollen, oder wegen einer Ausstellung über die Entsorgung radioaktiven Mülls, die manipulativ gewesen sein soll. Das Ensi steht unter Dauerbeschuss, weil es angeblich die Aufsicht über die AKW-Betreiber vernachlässige und es ihm sowieso an Unabhängigkeit fehle. Sekundiert werden die Vorwürfe jeweils von den immer gleichen zwei Fachmännern, die sich als einzige dafür hergeben: dem Genfer Geologieprofessor Walter Wildi und dem selbständigen Geologen Marcos Buser. Beide haben vor kurzem mit grossem Brimborium je einen Rücktritt inszeniert, Wildi den aus dem Beirat Entsorgung des Bundes und Buser den aus der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit.

Energiewende auf der Kippe

Die regelmässig wiederkehrenden öffentlichen Vorhaltungen gegenüber Nagra und Ensi haben ein Ziel: Es soll der Eindruck entstehen, bei den beiden Institutionen sei alles morsch und faul. Es handle sich um eigentliche Marionetten-Gremien der Atomlobby, die willfährig den kommerziellen Interessen der AKW-Betreiber zudienten. Hintergrund bildet der Stand der Debatte um die von Bundesrat und Parlament angekündigte Energiewende. Deren Gelingen ist in Frage gestellt. Der anfängliche Schwung für den Atomausstieg nach dem Reaktorunglück von Fukushima ist abhandengekommen. Vor wenigen Tagen hat Energieministerin Doris Leuthard die Massnahmen vorgestellt, wie die Schweiz vom Atomstrom loskommen soll. Die präsentierten Zahlen sind verwirrt und teilweise irreführend. Demgegenüber läuft die Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle im Grunde unspektakulär und gemäss Plan. Auch die Aufsicht über die Atomkraftwerke ist, allen Unkenrufen zum Trotz, nicht zu beanstanden, wie internationale Gremien bestätigen.

Die Atomgegner sind also dringend auf negative Schlagzeilen aus der Kernenergiebranche angewiesen. Denn falls die Suche nach einem Endlager problemlos verläuft, könnte die Akzeptanz in der Bevölkerung für Atomstrom wieder steigen. Sie packen also jede Gelegenheit, um Probleme zu beschwören und den zuständigen Gremien Knüppel zwischen die Beine zu werfen. ○



Maria Borio, Cascina Castlet
Costigliole d'Asti

Entdecken Sie mit der Winzerin Maria Borio ausgezeichnete Barbera d'Asti und weitere piemontesische Weinspezialitäten. Die Degustation findet am Fr./Sa., 26./27. Oktober, in Birrhard AG statt. Details unter riegger.ch.

Weinkeller Riegger AG · 5244 Birrhard
056 201 41 41 · www.riegger.ch

CASCINA CASTLET · STR. CASTELLETO, 6
14055 COSTIGLIOLE D'ASTI · www.cascinacastlet.com

CAMPAIGN FINANCED PURSUANT TO
EEC REGULATION NUMBER 1234/07



CAMPAGNA FINANZIATA
AI SENSI DEL REGOLAMENTO
CE N. 1234/07



Der Superbauer

In fünfzehn Jahren hat Martin Jucker mit seinem Bruder ein Agrar-Imperium mit 120 Angestellten aufgebaut. Ihr grösstes Problem: Der Staat mit seinen Vorschriften.

Von Christoph Landolt und Daniel Kellenberger (Bild)

Wäre die Politik eine wählerische Braut, sähe der Steckbrief für den Traumbauer ungefähr so aus: «Er ist tierlieb und naturverbunden, kennt aber auch die Bedürfnisse des städtischen Konsumenten. Er lebt traditionell mit Familie und Hund auf dem elterlichen Hof, sprüht aber vor innovativen Ideen. Er versteht sich als Ernährer der Nation, will aber nicht zu viel aus Mutter Natur herauspressen. Der Traumbauer hat ein Herz für Hecken und Schmetterlinge, kann aber auch rechnen.»

Martin Jucker aus Seegräben ZH bietet all das. Trotzdem herrscht zwischen ihm, dem Traumbauer, und dem Staat keine grosse Liebe. Martin Juckers Problem ist, dass er mit seiner Rolle nicht zufrieden ist. Er will mehr. Und mit Machertypen wie ihm hat der Staat ein Problem. Mit allerlei Gesetzen sorgt er dafür, dass Bauer Jucker nicht so frei handeln kann wie andere Unternehmer.

Allen Widerständen zum Trotz hat Martin Jucker zusammen mit seinem Bruder Beat das

«Wer etwas verbietet, kann unmöglich abschätzen, welche Nebenwirkungen er erzielt.»

vielleicht erfolgreichste Agrarunternehmen des Landes geschaffen. Ihr Bauernhof produziert nicht nur Nahrungsmittel, er ist ein Besuchermagnet, der jährlich Hunderttausende von Gästen anzieht, und ausserdem Bühne für 500 Anlässe pro Jahr. Eine Erfolgsgeschichte, die von der Politik nicht vorgesehen war.

Versuch und Irrtum

Jucker, ein schneidiger Typ mit grauem Haar, erinnert in seinem Kapuzenpulli eher an einen Gründer eines IT-Start-ups als an einen Landwirt. In der Tat sitzt der 40-Jährige höchstens mal zum Spass am Steuer eines Traktors. Seine Firma, kein Familienbetrieb, sondern eine Aktiengesellschaft, beschäftigt 120 Mitarbeiter. Die Produktion von Nahrungsmitteln ist nur eines von mehreren Standbeinen. Ist Jucker eigentlich noch ein echter Bauer?

«Das <echt> können Sie gleich streichen», erwidert Jucker. «Natürlich sind wir Bauern. Unser Denken ist absolut von der Landwirtschaft geprägt.» Beide Brüder machten eine landwirtschaftliche Lehre und wollten, wie es sich gehört, den elterlichen Betrieb übernehmen. Früh erkannten sie, dass dieser nicht

zwei Familien ernähren konnte. Sie mussten etwas tun – aber was?

Die Juckers suchten die Lösung nach dem Prinzip Versuch und Irrtum. Sie säten zwanzig Gemüsesorten, von denen sie sich höhere Erträge als vom Maisanbau erhofften. Nichts funktionierte. Die nächste Idee: Beat Jucker las in einer Zeitschrift einen Bericht über Kürbisse, die in Frankreich angebaut wurden. Also fuhr er nach Frankreich und kaufte Samen. Die Kürbisse wuchsen schneller, als sie im Hofladen verkauft werden konnten. Die Juckers kippten fünfzig Tonnen Kürbisse auf den Hofplatz. Auf die Idee, daraus 1997 eine Kürbisausstellung zu machen, brachten sie Spaziergänger, die den orange leuchtenden Turm bewunderten.

«Ein Jahr später hatten wir zwei Monate Chaos», erzählt Martin Jucker. 150 000 Leute wollten die Kürbisausstellung sehen. Wochenende für Wochenende staute sich im Dörfchen der Verkehr. Im Herbst darauf wurden die Besucher an den Wochenenden bereits mit Gelenkbussen hergebracht, um die «grösste Kürbispyramide der Welt» zu bewundern. Da war sie, die Nische.

Im Jahr 2000 bauten die Juckers, die sich nun Jucker Farmart nannten, für Migros und Coop Kürbis an und produzierten ein Kürbis-Kochbuch. Ihre Kürbisausstellungen exportierten sie nun auch nach Deutschland, und sie organisierten eine Halloween-Party für 12 000 Gäste. In vier Jahren hatten sie den Umsatz von 400 000 auf 8 Millionen Franken gesteigert.

Mit dem Erfolg kamen die Klagen. Die Seegräbner hatten den vielen Verkehr satt, der sich durch ihr heimatgeschütztes Dorf quälte. Doch am schlimmsten war: Die Juckers hatten sich verrechnet. In ihrem Eifer hatten sie viel zu viel investiert, vier angemietete Scheunen waren voll von Lagermaterial – die klassische Liquiditätsfalle. Während die Brüder strahlend einen Jungunternehmerpreis entgegennahmen, wussten sie bereits, dass sie faktisch bankrott waren.

Verkaufen ja, anpreisen nein

Die Sanierung gestaltete sich schwierig. Die Banken winkten ab. Den Risikokapital-Firmen, die damals wie Pilze aus dem Boden schossen, fehlte bei der Jucker Farmart AG das Dotcom im Namen. Die 300 reichsten Schweizer, deren Namen die Juckers aus der Bilanz kannten und die sie um Kapital baten, wollten nur Geld geben, wenn die andern auch gaben.



Mit dem Erfolg kamen die Klagen: Unternehmer

Schliesslich musste die Familie Jucker, um den Konkurs abzuwenden, fast ihre gesamten Anteile verkaufen.

Längst haben die Brüder sich aufgerappelt und ihren Betrieb zurückgekauft. Erst in der Krise haben sie gelernt zu rechnen. Geblieben ist aber die Experimentierfreude sowie der unbändige Wille, etwas auf die Beine zu stellen. Dazu kommt die wundervolle Lage am Rand der Agglomeration Zürich. Der Hof steht auf einem Hügel am Ufer des Pfäffikersees, der an diesem sonnigen Herbstmorgen silberblau glänzt. Am Horizont leuchten die Glarner Alpen. Zwischen den Apfelbäumen und dem frisch renovierten Bauernhaus liegen saubere Strohbälle um eine Feuerstelle.

Wenn es dunkel wird, gibt's hier Lagerfeuerromantik für die Mitarbeiter einer Firma, die an ihrem Teamgeist arbeitet. Bauernhofidylle ist ein gefragtes Gut; bei besorgten Müttern, die ihre Kinder auf einem echten Bauernhof herumrennen lassen können; bei Senioren, die wieder mal selbstgepressten Most trinken möchten; oder eben bei Chefs, die ihren Mitarbeitern ein Weihnachtessen in einer so exoti-



Jucker.

schen Location wie einer Bauernstube («mit heimeligem Holzboden und den traditionellen Fensterkreuzen») bieten wollen.

Die dafür nötige Idylle ist gegeben – sie verkaufen zu können, dafür waren viele Kämpfe nötig. Kaum hatten die Juckers das Eventbusiness entdeckt, schickte ihnen der Kanton eine Verfügung, die ihnen die Durchführung von Anlässen verbot. «Das Landwirtschaftsgesetz sieht Wirtetätigkeit als Nebenerwerb vor», erklärt Martin Jucker. «Der Kanton argumentierte, dass die Gastronomie bei uns zu professionell betrieben werde.» Der Grund: Die Beamten hatten entdeckt, dass Jucker Farmart auf seiner Homepage die Werbetrommel rührte. Die Juckers befanden sich plötzlich im gleichen Dilemma wie die Tabakindustrie: verkaufen ja, anpreisen nein. Im Fall der Landwirtschaft ist das aber besonders absurd, da der Staat die Bauernbetriebe, die er zurückbindet, gleichzeitig mit fast 4 Milliarden Franken pro Jahr subventioniert.

Regulierung ist ein Dauerthema bei Jucker Farmart. Die Hälfte seiner Schaffenskraft widmet Martin Jucker dem Einholen von Bewilli-

gungen. «Wir müssen immer wieder neue Wege finden, wie wir uns entwickeln können.» Um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, wollten die Juckers im Erdgeschoss ihres Elternhauses eine grössere Küche einbauen. Das war durchaus zonenkonform, denn das Haus liegt gerade noch in der Kernzone, in der Gastrobetriebe erlaubt sind. Die Wiese hinter dem Haus, wo das Küchenpersonal parkierte, ist bereits Landwirtschaftszone. Parkplätze sind dort illegal. Kafkaesk wurde die Situation dadurch, dass Parkplätze gesetzlich vorgeschrieben sind.

Es gibt sieben Gesetze und Reglemente, die nicht nur Juckers Handlungsspielraum einschränken, sondern die sich teilweise sogar widersprechen: Neben dem Raumplanungsgesetz mit seiner Zonenordnung wäre da das Landwirtschaftsgesetz. Eng verwandt mit ihnen ist, drittens, das bäuerliche Bodenrecht. Viertens kommt das Arbeitsrecht dazu, fünftens die Vorschriften zur Lebensmittelhygiene. Speziell achten müssen die Juckers auch noch auf die Schutzverordnung Pfäffikersee und den Ortsbildschutz Seegräben. So war der

Umbau in einen Erlebnisbauernhof ohne kommunalen Gestaltungsplan nicht gestattet. Einen kommunalen Gestaltungsplan durfte es aber wegen der Moorschutzumgebungszone nicht geben. Und ohne Gestaltungsplan durfte nichts gebaut werden.

Die Grenzen der Regulierung

Glücklicherweise liess das Gesetz die Möglichkeit eines kantonalen Gestaltungsplans offen. Einen solchen gab es im Kanton Zürich zuvor nirgends. Zähneknirschend akzeptierten die Juckers die Bedingung, die Zufahrtsstrasse zum Hof für den Autoverkehr zu sperren. Heute kommen nur Mitarbeiter und Lieferanten rein; Kunden müssen das Auto auf einen kleinen öffentlichen Parkplatz stellen und dann durch das Dorf zum Hof spazieren. Dies würde den Hofladen maximal 50 Prozent des Umsatzes kosten, prophezeiten die Beamten. Es kam anders. «Der Hofladen läuft 70 bis 80 Prozent schlechter als vor dem Fahrverbot», sagt Martin Jucker, «aber auf der anderen Seite ist der autofreie Hof plötzlich selbst zu einem Ausflugsziel geworden.» Familien kommen nun nicht mehr, um im Laden einzukaufen, sondern für Kaffee und Kuchen. Statt dreissig Minuten bleiben sie zwei Stunden. Obwohl Parkplätze fehlen, strömen an einem schönen Wochentag bis zu 8000 Leute auf den Hof.

«Hier sieht man die Grenzen der Regulierung», meint Martin Jucker. «Wer etwas verbietet, kann unmöglich abschätzen, welche Nebenwirkungen er damit erzielt.» Die behördlichen Eingriffe hätten sich zum Rohrkrepierer entwickelt; nun ärgerten sich manche Anwohner nicht mehr über die Autos, sondern über die Spaziergänger.

Die Firma schreibt heute Umsätze im zweistelligen Millionenbereich. Gerne würde Martin Jucker weiter expandieren. Die Nachfrage nach Spargeln schätzt er auf 350 Tonnen pro Jahr. Die selbst bewirtschafteten Flächen geben aber höchstens 60 bis 100 Tonnen her, von auswärts zuzukaufen kommt für Jucker nicht in Frage, und zusätzliches Ackerland ist nicht zu bekommen. «Obwohl viele Bauernbetriebe nicht rentieren, gibt keiner seinen Hof ganz auf», meint Jucker. Mit dem aktuellen System der Direktzahlungen lohne sich dies auch nicht. «Der Verkäufer würde ja auf Subventionen verzichten.»

Seit die Juckers sämtliche Geschäftszweige in eine einzige Aktiengesellschaft eingebracht haben, bekommen sie vom Staat keine allgemeinen Direktzahlungen mehr, «zum Glück», wie Martin Jucker sagt. Die administrativen Kosten für die Buchhaltung seien nun so viel tiefer, dass sie den Verlust der Subventionen «mehr als aufwiegen».

Das ist das Happy End dieser Geschichte: Langsam ist Juckers Hof so gross, dass er auf die Zuwendung der Politik, dieser wählerischen Braut, gut verzichten kann. ○



Weibeln um das «neue Prunkstück»: Schweizer Stand an der Climate Change Conference in Bonn.



Musterknabe Schweiz: Bundesrat Burkhalter.

Kampf um eine leere Hülle

100 Milliarden Dollar will der Green Climate Fund jährlich an Entwicklungsländer überweisen. Woher das Geld kommen soll, weiss noch niemand. Die Schweiz möchte den Sitz der Organisation zur Rettung des Weltklimas nach Genf holen – mit Geschenken für die Mitarbeiter. *Von Markus Schär*

Tropenfrüchte ernten, Paranüsse sammeln oder Rohstoffe für Naturkosmetika suchen: Mit solchen Geschäften wollten Schweizer Entwicklungshelfer die Menschen im peruanischen Urwald dazu bringen, «auf Brandrodungen zu verzichten, weil diese sehr viel CO₂ freisetzen». Das erklärte der Grüne Josef Lang, als der Nationalrat im Februar 2011 die Aufstockung der Entwicklungshilfe absegnete: «Solche Projekte erreichen gleich mehrere Ziele: Der CO₂-Ausstoss geht zurück, der Urwald – die grüne Lunge unseres Planeten – wird erhalten, und die Bevölkerung verdient mit solchen Alternativen mehr als vorher.» Und vor allem konnte die Schweiz so ihre Verpflichtung abhaken, bei der Anschubfinanzierung für den Green Climate Fund mit 140 Millionen Franken zu helfen. Übrigens: Das beim Brandrodern einer Hektare Urwald entstehende CO₂, 220 Tonnen, stossen die Schweizer Autos in sieben Minuten aus.

Hauptsache, die Schweizer haben ein gutes Gewissen – das können sich wenige Staaten nachrühmen. Der Green Climate Fund, der ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzprojekte in den Entwicklungsländern verteilen soll, lebt bisher von hehren Worten und von knappen Mitteln. Doch jetzt soll er endlich mit der Arbeit beginnen, und sei es nur damit, dass seine Führung nächste Woche den

Sitz für das Sekretariat wählt. Darum bewirbt sich auch Genf; Bundesrat Didier Burkhalter (FDP) weibelt deshalb seit Monaten darum, das «neue Prunkstück» in die Uno-Stadt zu bringen.

Akt des schlechten Gewissens

Schon die Gründung des Fonds war ein Akt des schlechten Gewissens. Die Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 endete in der Eiszeit, meteorologisch und politisch. Die Repräsentanten der unterentwickelten Länder, denen die westlichen Klimaforscher das Verhungern beziehungsweise

Hauptsache, die Schweizer haben ein gutes Gewissen – das können sich wenige Staaten nachrühmen.

das Ertrinken androhen, forderten Geld, um sich gegen die prophezeite Klimakatastrophe zu schützen. Die Schwellenländer, allen voran China, das mittlerweile am meisten CO₂ ausstösst, weigerten sich aber strikt, sich Beschränkungen bei den Klimasünden von morgen aufzuerlegen und bei Ablasszahlungen für jene von gestern mitzutun. Dafür sollen die alten Industriestaaten büssen. Als der Eklat drohte, flog Barack Obama ein und ver-

sprach, die USA würden helfen, einen Fonds zu speisen, «wenn – und nur wenn – wir ein umfassendes Abkommen beschliessen». Dazu kam es nicht – aber im Fall des Green Climate Funds dennoch zur Aufnahme in den Copenhagen Accord, den auch die Schweiz unterschrieb.

Da gab es nur ein kleines Problem: 100 Milliarden Dollar im Jahr sind viel Geld. Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon setzte deshalb eine 22-köpfige *high level advisory group* ein. Unter dem Vorsitz der Ministerpräsidenten von Äthiopien und Norwegen dachten auch der ehemalige US-Finanzminister Larry Summers, die damalige französische Wirtschaftsministerin Christine Lagarde, der Hedgefund-Manager George Soros und der Ökonom Nicholas Stern (berühmt für seinen inzwischen widerlegten Stern-Report) darüber nach, wie sich die Mittel zum Fließen bringen liessen.

«Unter extremem Druck»

Das Milliarden-Eintreiben sei «herausfordernd, aber machbar», stellten die hochkarätigen Berater im November 2010 fest. Als «entscheidende Voraussetzung» dafür forderten sie allerdings einen «robusten» Preis pro Tonne CO₂ zwischen 20 und 25 Dollar. An der Europäischen Energiebörse kostet das Emissi-

onsrecht für eine Tonne CO₂ derzeit weniger als 8 Euro – doch schon heute warnen deutsche Unternehmer und Gewerkschafter vor den untragbaren Belastungen für die Wirtschaft aufgrund des Klimaschutzes. Auch mit einer schmerzhaften CO₂-Steuer käme die Schlüsselrolle bei der Finanzierung aber langfristig den Staaten mit Beiträgen aus ihren Budgets zu, meinten die Berater. Und sie hielten in perfektem Diplomatisch fest: «Die politische Akzeptanz solcher Zahlungen hängt von den Umständen und Haushaltsbedingungen in den Staaten ab, die derzeit zumeist unter extremem Druck stehen.»

Farbenfrohe Bewerbung der Schweiz

Schon bei der Anschubfinanzierung für den Fonds, 30 Milliarden Dollar für 2010 bis 2012, drückten sich denn auch die meisten Staaten mit kreativer Buchhaltung um ihre Verpflichtungen. «Es ist sehr schwierig zu überprüfen, ob die Zahlungen wirklich geleistet wurden, denn es mangelt an verlässlichen und überprüfbaren Daten», stellt der Wikipedia-Eintrag zum Green Climate Fund fest: «Eine Studie von Bloomberg New Energy Finance enthüllte, dass es sich bei der Mehrheit der Beiträge um bisherige Entwicklungshilfegelder mit neuer Etikette handelte.»

Dagegen spielte die Schweiz einmal mehr den Musterknaben. «Der Klimawandel erfordert ganz allgemein neue Instrumente für den Entscheidungsprozess», schrieb der Bundesrat in seiner Botschaft zur Aufstockung der Entwicklungshilfe – was immer er damit meinen mochte. «In den letzten dreissig Jahren hat sich die Zahl der Naturkatastrophen verdreifacht. Trockenheit, Überschwemmungen und Wirbelstürme stehen mit dem Klimawandel in Verbindung.» (Gemäss der Datenbank der – nicht ganz neutralen – Rückversicherung Munich Re haben sich die Naturkatastro-

phen in Deutschland verdreifacht. Der Klimarat IPCC hielt dagegen vor einem Jahr in einem Spezialbericht fest, über den Einfluss der Menschen auf Naturkatastrophen lasse sich nichts Sicheres sagen.) So mustergültig informiert, bewilligte das Parlament die «zusätzlichen Mittel, die in Kopenhagen zugesagt worden sind», wie FDP-Ständerat Felix Gutzwiller betonte. Am CO₂-Ausstoss der Geberländer hat die Schweiz einen Anteil von 0,3 Prozent, an ihrem Bruttoinlandprodukt (BIP) einen Anteil von 0,8 Prozent (die Schweizer Dienstleistungswirtschaft ist wenig CO₂-intensiv) – das ergab einen Anteil an der Anschubfinanzierung von 0,5 Prozent, also zusätzliche 140 Millionen Franken.

«Was wir in den nächsten zwei, drei Jahren tun, entscheidet über unsere Zukunft.»

Und die Schweiz fördert den wenigstens an Versprechen reichen Fonds nicht nur, sondern lockt ihn auch nach Genf. Dort führte das Board des Green Climate Fund im August sein erstes Meeting durch und wählte seine Vorsitzenden: den australischen Entwicklungsfunktionär Ewen McDonald und den südafrikanischen Umwelt-Diplomaten Zaheer Fakir, der in seiner Bewerbung als Hobbys Golf, Reisen, Motorräder und Autorennen angab. Nächste Woche findet im südkoreanischen Songdo das nächste Meeting statt. Dort will das Board unter sechs Bewerbungen – Deutschland, Polen, Namibia, Mexiko und Südkorea neben der Schweiz – den Sitz des Fonds bestimmen.

Die farbenfrohe Bewerbung der Schweiz weist darauf hin, dass schon die erste World Climate Conference 1979 in Genf stattgefunden hat. (Damals sagten führende Klimafor-

scher allerdings noch eine neue Eiszeit voraus.) Sie preist Genf als Standort von 24 internationalen Organisationen und von mehr als 250 NGOs an, sagt eine Unterstützung von insgesamt 14,5 Millionen Franken für das Sekretariat zu, so je 10 000 Franken für die Ausrüstung der dreissig Arbeitsplätze, und sichert allen Sekretariatsmitarbeitern samt ihren Familien Immunität und Steuerfreiheit zu – obwohl der Fonds keine offizielle Uno-Institution ist. Und nicht zuletzt weist sie darauf hin, dass die Genfer Banken gerne ein Geschäft mit der Nachhaltigkeit machen.

Ohne «Action» ist es zu spät

Bei «30 Prozent, aber mit steigender Tendenz» stünden die Chancen von Genf, den Zuschlag zu bekommen, schätzt Anton Hilber von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), welche die Schweiz als Board-Ersatzmitglied vertritt. Die Frage ist nur: Was erhielt Genf mit diesem «neuen Prunkstück»? An der Konferenz im südafrikanischen Durban vor einem Jahr konnten sich Amerikaner, Chinesen und Inder immer noch nicht auf ein Klimaabkommen einigen. Ohne Nachfolgeregelung, wenn das Kioto-Protokoll zum CO₂-Ausstoss Ende 2012 ausläuft, bleibt aber auch der Green Climate Fund eine «leere Hülle», wie das Climate Action Network von 700 (!) einschlägigen NGOs klagt. Welche Mittel dem Fonds dereinst zufließen, ist gemäss Anton Hilber noch völlig ungewiss; sicher würden es nicht 100 Milliarden im Jahr sein, «aber durchaus ein zweistelliger Milliardenbetrag über vier Jahre».

Hauptsache, es geschieht in diesem Jahr noch etwas. Denn dem IPCC-Chef Rajendra Pachauri dämmerte schon 2007: «Was wir in den nächsten zwei, drei Jahren tun, entscheidet über unsere Zukunft. Falls es bis 2012 keine Action gibt, ist es zu spät.» ○

Typisch
Schweiz
Typisch
Volg



«Die Partnerschaft mit Volg – das Gelbe vom Ei.»

«Wie bei Volg spielt Frische bei uns eine zentrale Rolle. Dreimal in der Woche holen wir bei unseren 80 Produzenten die Eier direkt vom Hof ab – und schon wenig später sind sie im Volg-Laden zum Kauf bereit. Der enge Kontakt zu den Schweizer Bauern ist uns also gemeinsam. Mit Volg verbindet uns eine langjährige und gute Partnerschaft. Diese Kontinuität schätze ich sehr.»

Hannes Messer
Geschäftsleiter EiCO
Bern und Märstetten



Berg-Paradiese der Planwirtschaft

Mit Millionenzahlungen treiben Bund und Kantone die Errichtung von Naturparks voran, vor allem in ländlichen Regionen. Doch die betroffene Bevölkerung geht immer mehr auf Distanz. Sie befürchtet, im Namen schöner Ideale eingeschränkt und bevormundet zu werden. *Von Alex Reichmuth*



Einfluss auf die Entwicklung ländlicher Regionen: Karrenfelder im gescheiterten Naturpark Thunersee-Hohgant.

Im letzten Juni war Schluss für den geplanten Naturpark Schwyz. Zehn Gemeinden lehnten an der Urne eine Beteiligung am Park wuchtig ab. Man habe befürchtet, dass mit dem Park strenge Bau- und Nutzungsvorschriften Einzug halten und Naturschützer überall in den Alltag hineinreden, sagt SVP-Kantonsrat Marcel Dettling, der sich gegen den «regionalen Naturpark von nationaler Bedeutung» engagiert hatte. «Insbesondere bezweifelten wir, dass der Bau von Wald- und Erschliessungsstrassen künftig noch möglich ist.» Die Protagonisten des Parks hatten angeführt, es gehe ihnen um die Verbreitung lokaler Produkte und die Förderung eines sanften Tourismus. Doch vor Ort sah man vielmehr Fremdbestimmung und Bevormundung kommen.

Ein halbes Jahr zuvor hatte bereits der Naturpark Thunersee-Hohgant im Berner Oberland Schiffbruch erlitten. Auch dieser hätte angeb-

lich die lokale Wirtschaft und den Tourismus stärken sollen. Doch dann meldete sich eine Gemeinde nach der anderen ab – aus Angst vor Planwirtschaft von oben. «Innovation lässt sich nicht per Knopfdruck auslösen», sagt SVP-Nationalrat Adrian Amstutz, der sich gegen den Park stellte. Findige Bauern brauchten keine aufwendige Parkorganisation, um ihre Produkte vermarkten zu können. «Trockenmauern sanieren ist okay, aber dazu braucht es keine Planungsbüros und auch keine Hochglanzprospekte», sagt Amstutz.

Rucksacktouristen mit Cervelat

Dass der Widerstand wächst, zeigt sich auch beim geplanten Naturpark Neckertal, der sich über Gebiete der Kantone Appenzell Auser rhoden und St. Gallen erstrecken soll. Dank des Parks sollen Projekte wie eine E-Bike-Karte, ein Neckertaler Höhenweg oder ein «Baumwip-

felpfad» verwirklicht werden. In der Appenzeller Gemeinde Schönengrund steht eine Volksinitiative gegen die Beteiligung am Park an. «Wir brauchen keine neue Marke Neckertal, die sowieso niemand kennt», sagt Dominik Flück, Präsident der SVP Schönengrund. «Innovative Landwirtschaftsprodukte verkaufen sich auch ohne aufwendigen Verwaltungsapparat.» Rucksacktouristen mit Cervelat, wie sie durch den Park gefördert werden sollen, seien zwar sympathisch, brächten aber kaum etwas ein, meint Flück. Ohne Beteiligung von Schönengrund sei der Naturpark Neckertal erledigt, warnte die Leiterin der «Steuergruppe» des Parks, Vreni Wild, im *St. Galler Tagblatt*.

Die Förderung von Naturparks entspricht seit einigen Jahren den Zielen des Bundes. In den letzten Jahren sind insgesamt 14 regionale Naturparks von nationaler Bedeutung ent-

standen. Diese überziehen zusammen mit dem fast hundertjährigen Nationalpark im Engadin, dem Naturerlebnispark Sihlwald und zwei neuen Nationalparks in Vorbereitung mittlerweile fast 15 Prozent der Fläche der Schweiz. Seit 2012 fliessen jährlich zehn Millionen Franken Bundesgeld in die Pärke. Erklärtes Ziel ist es, in den Regionen mit hohen Natur- und Landschaftswerten das lokale Gewerbe voranzubringen, den Tourismus sanft zu entwickeln und die Umwelt nachhaltig zu schützen.

Bei den Konzepten und Absichtserklärungen zur «Pärkepolitik des Bundes» fallen die vielen Worthülsen auf. Die Pärke «tragen zum körperlichen und seelischen Wohlbefinden des Menschen bei, indem sie als Ort der Erholung dienen», heisst es etwa. Es gehe darum, «nachhaltige Aktivitäten in den Bereichen Tourismus, Mobilität, Energie» zu fördern, eine «multifunktionale Landwirtschaft durch Qualitätsprodukte» zu stärken, den Wald «in Wert» zu setzen und «eine nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung» zu unterstützen. Durch die Pärke könne «eine neue regionale Identität und eine langfristige gesellschaftliche Perspektive für die Bevölkerung des Parks entstehen».

Beachtlich ist der bürokratische Aufwand zur Errichtung eines Naturparks. Am Anfang steht meist eine Machbarkeitsstudie, um das «Potenzial» einer Region abzuklären. Dann braucht es einen Managementplan. Gefällt dieser dem zuständigen Bundesamt für Umwelt, erhält der entstehende Park ein «Kandidaturlabel», gibt sich während einer mehrjährigen «Errichtungsphase» feste Strukturen (Gründung eines Vereins, Einrichtung einer Geschäftsstelle) und erarbeitet eine «Charta». Die in Frage kommenden Gemeinden entscheiden, ob sie beim Park mitmachen wollen. Fällt die erneute Prüfung durch den Bund positiv aus, bekommt das Gebilde das «Parklabel» zugesprochen und darf selber ein «Produktlabel» vergeben. Es folgt eine zehnjährige «Betriebsphase».

«Riesiger Druck von aussen»

Nach konkreten Erfolgen bei so viel Aufwand gefragt, gibt man sich beim Netzwerk Schweizer Pärke, dem Zusammenschluss der Naturpärke, zurückhaltend. Die Naturpärke stünden erst am Anfang, sagt Jürg Häner vom Netzwerk. «Pärke erfinden das Rad weder in der Regionalwirtschaft noch im Naturschutz neu.» Kommunikations-Mitarbeiter Häner verweist auf eine kürzlich publizierte Studie der ETH Zürich zur Wertschöpfung des Naturparks Unesco-Biosphäre Entlebuch, der seit 2001 besteht. Demnach war der Park für 16 Prozent des Sommertourismus und eine Wertschöpfung von jährlich fünf Millionen Franken verantwortlich. Die ETH-Studie beruhte auf einer Gästebefragung. Ob das touris-

tische Potenzial nicht auch ohne Fördergelder genutzt werden könnte, sei dahingestellt.

Naturpärke dienen vor allem Städtern, im Namen von Nachhaltigkeit und Ökologie den Berglern in ihren Lebensalltag hineinzureden, sagt Jon Peider Lemm, ehemaliger Präsident der SVP Graubünden. Es bestehe ein «riesiger Druck von aussen» auf die in Frage kommenden Gemeinden, bei Pärken mitzumachen. Dabei seien gerade die Berggebiete auf angemessene wirtschaftliche Entwicklung ohne zusätzliche Auflagen angewiesen, so Lemm.

Jürg Häner vom Netzwerk Schweizer Pärke sagt hingegen, die Beteiligung bei einem Naturpark sei mit keinen Verboten verbunden. «Alles beruht auf Freiwilligkeit. Wer nicht will, muss nicht mitmachen.» Solchen Aussagen misstraut SVP-Präsident Toni Brunner, der im Toggenburg erfolgreich die Errichtung eines Naturparks bekämpft hat. «Bei diesen Pärken läuft es doch so, dass am Anfang die Hürden tief gehängt werden, um die Regionen gefügig zu machen», so Brunner. Seien diese Regionen erst einmal von den Geldflüssen von

**«Alles beruht auf Freiwilligkeit.
Wer nicht will,
muss nicht mitmachen.»**

Bund und Kantonen abhängig, werde wohl die Schraube angezogen, und es sei mit immer restriktiveren Vorschriften zu rechnen.

«Aufwertungsmassnahmen im Gelände»

Weitere Einschränkungen gibt es, wenn ein Naturpark zusätzlich ein internationales Label hat. So gelten etwa innerhalb der Unesco-Biosphäre Entlebuch verbindliche Konventionen der Uno. Reglementierungen setzten dem Ausbau touristischer Infrastrukturen klare Grenzen, stellt Carolina Rüegg fest, Tourismusdirektorin von Sörenberg, das in der Unesco-Biosphäre liegt. «In Hochmooren sind zum Beispiel nur Ersatzskilifte möglich.» Bei bestimmten Projekten seien Eingaben bei Naturschutzorganisationen nötig. Rüegg sagt, die Unesco-Biosphäre biete touristische Chancen, «aber es gibt auch Erschwernisse».

Die Befürchtung, auch bei rein schweizerischen Naturpärken könnten neue Regulierungen Einzug halten, wird durch Formulierungen in der Pärkeverordnung des Bundes genährt. Dort heisst es zum Beispiel, dass bei neuen Bauten, Anlagen und Nutzungen «der Charakter des Landschafts- und Ortsbildes zu wahren und zu stärken» sei. Weiter seien «bestehende Beeinträchtigungen des Landschafts- und Ortsbildes durch Bauten, Anlagen und Nutzungen bei sich bietender Gelegenheit zu vermindern oder zu beheben».

Dass urbane Öko-Kreise versuchen, über Naturpärke Einfluss auf die Entwicklung ländlicher Regionen zu nehmen, zeigen Ver-

lautbarungen von Umweltorganisationen. 2011 orteten WWF und Pro Natura Lücken und Mängel beim Schutz der Umwelt in den Berner Naturpärken und forderten sowohl «Aufwertungsmassnahmen im Gelände» wie das Einsetzen von Aufsehern in «sensiblen Gebieten». Bezüglich des Naturparks Entlebuch monierte Pro Natura kürzlich, die Bauern im Park wirtschafteten weiterhin intensiv, und es gebe zu wenig Biobetriebe.

Bürgerliche Parteien gehen in Deckung

Auffällig ist, dass sich praktisch nur SVP-Vertreter öffentlich gegen Naturpärke stellen – obwohl die Ablehnung in der betroffenen Bevölkerung oft grossflächig ist. Andere bürgerliche Parteien gehen lieber in Deckung. «Naturpärke sind gute Möglichkeiten, den Tourismus und die Biodiversität zu fördern», schreibt die FDP Schweiz auf Anfrage. Man wolle den Entscheid über eine Beteiligung den Gemeinden überlassen. Gleich tönt es bei der CVP Schweiz: «Pärke entstehen aus Eigeninitiative der Bevölkerung. Gegen den Willen der Regionen werden wohl deshalb kaum Pärke errichtet.» Mit Jean-Michel Cina stellt die CVP den Präsidenten des Netzwerks Schweizer Pärke. Die SVP hingegen hat sich schon in der Vernehmlassung gegen die Pärkeverordnung des Bundes ausgesprochen.

Kritiker der Naturpärke müssen sich neuerdings vorwerfen lassen, in Verbindung zu Sekten zu stehen. Die konservative Wochenzeitung *Zeit-Fragen* hat mehrfach gegen Naturpärke angeschrieben und liess im Vorfeld von kommunalen Abstimmungen eine Sonderausgabe verteilen. Das Netzwerk Schweizer Pärke warnte daraufhin, *Zeit-Fragen* gehöre «zum Dunstkreis der Nachfolgeorganisationen der Psycho-Sekte VPM [Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis, Anm. der Red.]». Die Medien nahmen dies dankbar auf. Im *Tages-Anzeiger* schrieb kürzlich Sekten-spezialist Hugo Stamm über das Thema Naturpärke. In seinem Artikel pathologisierte er jeden Widerstand. Es gelinge den Gegnern «mit kräftiger Unterstützung der VPM-Leute» immer wieder, «die Bürger jener Dörfer zu verunsichern, welche die Pärke an der Urne gutheissen müssen», schrieb Stamm.

Der Widerstand gegen Naturpärke ist inzwischen aber so gross, dass man beim Bund alarmiert scheint. Vor kurzem lancierte das Bundesamt für Umwelt die 900 000 Franken teure Plakatkampagne «Schweizer Pärke. Näher als man denkt». Zu den Zielen der Kampagne hiess es, Besucher und Parkbewohner sollten wissen, «was Pärke sind, wo sich diese befinden, welche Angebote und Erlebnisse sie bieten und was sie für die Biodiversität und die nachhaltige Regionalentwicklung leisten». Im Zusammenhang mit dieser Kampagne sprach niemand von «Verunsicherung» der Bürger. ○

Raiffeisens erster Bankier

Wohl kein anderer Schweizer Bankmanager kam unversehrt und erfolgreicher durch die Finanzkrise. Pierin Vincenz, dessen Grossvater Bauer war, stahlte die Raiffeisen zur drittgrössten Bankengruppe der Schweiz. Als politischer Tabubrecher ist er jetzt im Gespräch. *Von René Lüchinger und René Ruis (Bilder)*

Viele der prägenden Figuren der heimischen Finanzbranche hat die Krise aus ihren Sesseln geschwemmt. Ein Marcel Ospel etwa und später auch Oswald Grübel, einer seiner Nachfolger bei der UBS, oder ein Konrad Hummler, die Saftwurzel aus der Ostschweiz, der die Bank Wegelin über Jahrzehnte geprägt hat: Alle sind sie weg. Einer aber hat dieses Vakuum für sich und seine Bank zu nutzen gewusst. Pierin Vincenz, Chef der Raiffeisen, residiert in St. Gallen, unübersehbar am Raiffeisen-Platz: Signalrot ist hier der Outdoor-Teppich, ein Kunstwerk, inszeniert von der Ostschweizer Kunstikone Pipilotti Rist.

Seit Pierin Vincenz Anfang Jahr in einer Blitzaktion das Schweizer Geschäft der Wegelin geschluckt hat, darf er sich als Krisengewinnler wähen. Im obersten Stockwerk, hoch über dem Platz, sitzt er in seinem ausladenden Chefbüro. Ein 1,82-Meter-Mann mit breitem Brustkorb und einer markanten Kinnpartie: ein Bündner Urgestein, das sich ins Zentrum der heimischen Bankbranche kapulpiert hat.

Der Genossenschaftsbanker, der sich nun als Präsident der Wegelin-Nachfolgebank Notenstein zumindest in Teilen auch als Private Banker fühlen darf, betätigt sich neuerdings als Tabubrecher – so wie einst ein Hans J. Bär («Das Bankgeheimnis macht uns fett, aber impotent») oder auch ein Konrad Hummler («Steuerflucht ist Notwehr»). Für Pierin Vincenz gilt: «Eine Diskussion über den automatischen Informationsaustausch, wie er in der EU Standard ist, sollte kein Tabu sein.» So schrieb er kurz nach der Wegelin-Übernahme in einem Gastkommentar im *Sonntag*.

Kurz eine Bombe gezündet

Eine Kampfansage an die Gross- und Private Banker im Land, an die Schweizerische Bankiervereinigung, die allesamt auf die Abgeltungssteuer setzen, war das und ein untrügliche Zeichen für ein erstarktes Selbstbewusstsein des Raiffeisen-Notenstein-Chefs Pierin Vincenz.

Jetzt sitzt er da in seinem Chefbüro, die Stimme fest, der Blick direkt, und meint: «Ich habe das Thema automatischer Informationsaustausch einfach einmal zur Diskussion gestellt. Der internationale Trend geht in diese Richtung, und ich will nicht, dass in zwanzig Jahren einer auf unsere Zeit zurückblickt und sagen kann, wir hätten in der Frage der Weissgeldstrategie nicht alle Implikationen intensiv

durchleuchtet.» Spricht so ein neuer Hummler, angesiedelt freilich am anderen Ende der Skala möglichen Verhaltens? Der Wegelin-Chef hatte in Zeiten der Finanzkrise, als die Exponenten der Grossbanken zumindest öffentlich längst verstummt waren, die Steuerhinterziehung als schweizerische Errungenschaft noch vehement verteidigt. Und jetzt kommt also dieser Vincenz in Zeiten der Schuldenkrise, während der die Grossbankenchefs in dieser Frage meist in Sprachlosigkeit verharren, und will den Weg in die Zukunft des Schweizer Finanzplatzes weisen – zwei Branchen-Aussenseiter aus St. Gallen, die sich persönlich nicht einmal unähnlich sind, aber so diametral unterschiedlich argumentieren? Pierin Vincenz sagt nur: «Ich bin jetzt ja auch schon etwas länger im Banking dabei, da darf man seine Meinung schon auch äussern, oder?» Zum Thema Hummler aber gibt sich der Raiffeisen-Chef wortkarg.

Vielleicht, weil er weiss: Wäre es nach dem omnipräsenten Hummler gegangen, hätte Raiffeisen wohl niemals Zugriff auf die älteste Privatbank der Schweiz erhalten – selbst damals nicht, Anfang Jahr, als ihr das Wasser bis zum Hals gestanden hatte. Konrad Hummler weibelte bis kurz vor dem bitteren Ende für eine Lösung mit Ostschweizer Unternehmern und hoffte so, seine Wegelin erhalten zu können. Es war Hummlers Partner Otto Bruderer, ebenfalls unbeschränkt haftender Teilhaber, der die Weichen schliesslich Richtung Raiffeisen stellte. Bei Pierin Vincenz sind die Tage im Januar 2012, die in die Übernahme des Schweizer Geschäfts der Wegelin mündeten, noch präsent, als wäre das gestern gewesen.

Es ist der 16. Januar 2012, ein Montag. Der Raiffeisen-Chef ist gerade von einem Trip aus Australien zurückgekehrt, als sein Telefon in der Bank klingelt. Am Draht eben Otto Bruderer. Am darauffolgenden Tag schon sitzen sich die beiden Bankiers im Chefbüro der Raiffeisen gegenüber. Was Pierin Vincenz zu hören bekommt, muss ihn elektrisiert haben. Seit Jahren träumt er davon, seine Genossenschaft vom traditionellen engmargigen Hypothekarzinsgeschäft unabhängiger zu machen und ins Private Banking zu diversifizieren. So richtig vom Fleck gekommen ist er damit aber nie. Im Jahre 2004 ist es ihm zwar gelungen, eine 12,5-prozentige Beteiligung an der ehrwürdigen Zürcher Privatbank Vontobel zu erwerben. Als im Herbst 2011 die Basler Traditionsbank Sarasin zum Verkauf steht, erhält er den Zuschlag jedoch nicht – Sarasin geht an die brasilianische Saffra-

Gruppe. Als Otto Bruderer ihm gegenüber sitzt, ist Pierin Vincenz jedenfalls weit davon entfernt, im Konsolidierungsprozess des Schweizer Private Banking jene Rolle zu spielen, die er für sich und seine Bank für angemessen hält. Wegelin, realisiert der Raiffeisen-Chef sofort, könnte in einen Quantensprung bedeuten.

Im Zenit

«Wir schauten uns in die Augen», sagt Vincenz, «sagten uns, wenn wir diesen Deal unter grossem Zeitdruck durchziehen wollten, müssten ein Wort und ein Handschlag etwas gelten.» Für ihn heisst dies: Exklusivität bei den Verkaufsverhandlungen, eine Abtrennung der im Fadenkreuz der US-Steuerfahnder stehenden amerikanischen Bankkunden und auch bereits eine Vorstellung eines Übernahmepreises. Klar ist auch: Es muss alles ganz schnell gehen. Otto Bruderer spricht davon, dass Ende Monat in den USA eine Anklage gegen Wegelin droht. Dieses Damoklesschwert hängt über dem Geschäft und diktiert den Fahrplan. Am Tag nach diesem ersten Treffen wird der Raiffeisen-Verwaltungsrat via Telefonkonferenz informiert – es gibt auch kritische Stimmen, die das Risiko für Raiffeisen als zu hoch taxieren. Am Tag zwei ist der Name Notenstein für die neue Bank bereits fixiert – EDV-Spezialisten beginnen bereits mit dem Aufbau der IT, ohne zu wissen, um wen es sich bei dem neuen Partner handelt, und auch ohne dass eine Garantie besteht, ob der Deal überhaupt zustande kommt.

Pierin Vincenz lässt amerikanische Anwälte einfliegen, die ihn im Umgang mit den toxischen amerikanischen Kunden beraten. «Siesagten uns: In der alten Wegelin müsse genügend finanzielle Substanz, Geld also, vorhanden sein, um absehbare Forderungen aus den USA begleichen zu können», sagt Vincenz. «Damit liess sich das Risiko für Raiffeisen minimieren, und die Schweizer Kunden liessen sich in die neue Notenstein transferieren, und aus diesem Grund überwiesen wir den Kaufpreis auf ein sogenanntes Treuhand- oder Escrow-Konto.»

Am 26. Januar 2012 gegen zehn Uhr nachts, einem Donnerstag, trifft bei Pierin Vincenz das wohl wichtigste Dokument für diesen Deal ein. Die Finanzmarktaufsicht Finma gibt grünes Licht für die Übernahme. Am Freitagmorgen werden Verträge unterschrieben, eine völlig überraschte Öffentlichkeit informiert, und als Pierin Vincenz an diesem historischen Tag in der TV-News Sendung «10 vor 10» auf-



«Ein Wort und ein Handschlag müssen etwas gelten»: Raiffeisen-Chef Vincenz.

tritt, steht er stramm, mit einem Lächeln im Gesicht, spricht in seinem Vertrauen verströmenden Bündner Dialekt davon, einen unternehmerischen Entscheid gefällt zu haben zum Wohle der Mitarbeiter und der Kunden der Bank. «Ich glaube», betont er im Brustton der Überzeugung, «Raiffeisen und die neue Notenstein: Das passt bestens zusammen.»

Pierin Vincenz steht im Zenit. Er steht da, wo er vermutlich immer stehen wollte: auf der grossen Bühne des heimischen Finanzplatzes, gut sichtbar als Chef der drittgrössten Bankengruppe der Schweiz. Raiffeisen ist Vincenz, und Vincenz ist Raiffeisen. Er ist das Gesicht der Genossenschaftsbank. Pierin Vincenz selber wird nicht müde, die Diskussionskultur innerhalb der Fir-

ma zu rühmen, die Kritikfähigkeit herauszustreichen, die in diesem archaischen Gebilde von 1,8 Millionen Genossenschaftern, 22 Regionalverbänden und 321 selbständigen Raiffeisen-Banken vonnöten ist, in welchem er selber als Vorsitzender der Geschäftsleitung Raiffeisen Schweiz zwar die strategische Führung wahrzunehmen hat, nicht aber die Markt- und Unternehmensverantwortung – diese liegt in Händen der Raiffeisen-Banken draussen im Land. Und selbstverständlich weiss Pierin Vincenz, dass dort sein Tun mit Skepsis bis Ablehnung betrachtet wird.

Solche, die mit ihm zusammenarbeiten, bescheinigen ihm ein spezielles Flair für den grossen Auftritt und persönliche Kommunikationsfähigkeit. Weniger Wohlgesinnte sprechen von übersteigertem Ego, von Machtstreben, von Abgehobenheit gar. Renitente Regionen existieren, die verzichten lieber auf die Präsenz des grossen Chefs bei der Eröffnung neuer Filialen.

Das mögen atmosphärische Störungen sein, die jeder Paterfamilias auszuhalten hat. Wohl schwerer ins Gewicht fällt, dass auch die Privatbank Vontobel darüber Unzufriedenheit signalisiert. Erst eine Viertelstunde vor der öffentlichen Bekanntgabe des Deals sei Vontobel informiert worden, ist zu hören. Geht man so mit einem Partner um, der Raiffeisen-Bankprodukte für Privatkunden zur Verfügung stellt und Hilfestellung leistet, um bei der Genossenschaftsbank ein Wertpapiergeschäft aufzubauen?

Pierin Vincenz beugt sich in seinem Sessel nach vorn, sagt mit Nachdruck: «Bei dem Zeitdruck, der herrschte, war eine frühere Information schlicht nicht möglich.» Der Raiffeisen-Chef signalisiert auch: Notenstein und Vontobel haben a priori nichts miteinander zu tun. Ersteres ist eine Akquisition, Letzteres eine Kooperation. Diese Worte zeigen ein neues Selbstbewusstsein des Pierin Vincenz, ein Zeichen der Stärke auch, mit Notenstein plötzlich über Alternativen zu Vontobel zu verfügen – und nicht mehr sämtliche Bankprodukte für seine Raiffeisen-Kunden bei dieser Privatbank beziehen zu müssen.

Vertragsbruch mit Vontobel?

Genau das könnte nun zum Bumerang werden für den Raiffeisen-Chef. Der Kooperationsvertrag mit der Zürcher Privatbank sieht nämlich Exklusivität vor und verpflichtet ihn, das Produkte- und Wertschriftengeschäft ausschliesslich über Vontobel abzuwickeln. Nach dem Buchstaben des Vertrags sind darin sämtliche Raiffeisen-Töchter, also auch Notenstein, mit eingeschlossen. Diese jedoch bezieht keineswegs Vontobel-Produkte, sondern beliefert im Gegenteil Raiffeisenbanken mit eigenen. Ein ziemliches Durcheinander also zwischen Raiffeisen, Vontobel und Notenstein. All dies wird in der Vontobel-Zentrale mit einem gewissen



«Vielleicht ist manchmal ein Schuss nach hinten losgegangen»: Vincenz in Rot vor dem Hauptsitz.

Unverständnis registriert, denn nach dortiger Lesart ist klar: Dieses Vorgehen bedeutet Vertragsbruch. In Zeiten sinkender Margen und steigender regulatorischer Kosten kann es auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein, dass die gegenüber Vontobel ungleich kleinere Noten-stein – sie verwaltet Vermögen von rund zwanzig Milliarden Franken – eigene Bankprodukte entwickelt, statt diese von der sieben Mal grösseren Privatbank zu beziehen. Jetzt wird hinter den Kulissen jedenfalls heftig verhandelt, und wenn sich Raiffeisen und Vontobel nicht zusammenraufen, dürfte das Ganze vor einem Schiedsgericht enden. Im schlimmsten Fall würde diese Ehe geschieden, und Raiffeisens 12,5-prozentige Beteiligung an Vontobel fiel wieder an diese zurück.

Anfang September 2012 tritt Pierin Vincenz an einem Workshop der Universität St. Gallen auf. Er projiziert ein Bild an die Wand, welches das alte, leicht verstaubte Raiffeisen-Logo der «Buure»-Bank mit Ähre und Schlüssel zeigt, welches im Jahre 2000 noch Verwendung fand. Daneben das heute gültige Logo in Rot, darunter der neu kreierte Notenstein-Brand. Zwischen diesen beiden Wegmarken wirkt Pierin Vincenz, seit er im Jahre 1999 den Chefposten bei den Genossenschaf-tern übernommen hat. Und selbst in seiner eigenen Biografie spiegeln sich diese beiden Wegmarken wider.

Er stammt aus dem Bündner 300-Seelen-Dorf Andiast. Sein Vater ist auf dem Bauernhof mit sechs Geschwistern aufgewachsen, und weil nur einer erben kann, geht Gion Clau Vincenz zu Volg arbeiten, einer Genossenschaft wie Raiffeisen. Er politisiert in der CVP, sitzt im Grossen Rat des Kantons Graubünden, später gar im Ständerat und amtiert jahrelang auch als Präsident des kantonalen Bauernverbandes. Und: Zwischen 1984 und 1992 amtiert er als Präsident der Raiffeisen Schweiz – dort, wo sein Sohn Pierin 1996 zunächst als Finanzchef eintritt und drei Jahre später an die Spitze nachrückt.

Dieser kommt vom globalen Banking zurück in die Ostschweizer Provinz. Ende der achtziger Jahre übernimmt ein gewisser Marcel Ospel für den Schweizerischen Bankverein (SBV) im fernen Chicago eine Finanzboutique namens O'Connor & Associates, die sich mit neuartigen derivativen Finanzprodukten beschäftigt – und einer der Schweizer, der vom SBV dorthin geschickt wird, ist eben Pierin Vincenz. Irgendwann hat er genug vom internationalen Globetrotterleben, entscheidet sich bewusst für eine Firma mit lediglich nationalem Aktionsradius: Raiffeisen. «Es war kein einfacher, aber ein bewusster Entscheid gegen eine internationale Karriere», sagt er heute, «ich wollte mir später

nicht den Vorwurf machen, ich hätte vor lauter globaler Aktivität meine Kinder nicht aufwachsen sehen.» So kommt einer, der gewohnt war, mit Devisen und Optionen zu hantieren, plötzlich in diese klassische Retailbank. «Ich realisierte sofort», meint Vincenz im Rückblick, «was man aus dieser Raiffeisen alles machen könnte.» Er ist wohl der Einzige in dieser dezentralen Organisation, der das Potenzial sieht, und das ist auch kein Wunder: Seine Vorgänger waren meist politische Würdenträger gewesen, Pierin Vincenz aber ist der erste echte Banker an der Spitze der Raiffeisen.

Er schmiedet die etwas amorphe Raiffeisen-Organisation nach seiner Vorstellung um: Die ehemals in den Raiffeisenbanken dezentralisierten Eigenmittel bündelt er und macht die Gruppe damit kapitalmarktfähig. Er geht mit seiner Landbank in die urbanen Zentren, nach Zürich etwa, Bern und Basel, und führt diese Niederlassungen direkt von der Zentrale aus. Er verpasst der «Buure»-Bank eine moderne «Corporate Identity». Wenn sich Pierin Vincenz über sein Wirken bei der Raiffeisen Rechenschaft ablegt, verspürt er, so ist anzunehmen, Genugtuung über das Erreichte. Die Anzahl Kunden hat er um 2 auf 3,6 Millionen erhöht. Die Hypotheken auf über 128 Milliarden Franken mehr als verdoppelt. Den Bruttogewinn um knapp einen Drittel auf fast eine Milliarde Franken nach oben gedrückt.

«Feudaler Lebensstil»

Im Inland ist die Raiffeisen zweifellos zu einer Grossbank herangewachsen, und manch ein Niederlassungsleiter draussen auf dem Lande findet, auch der oberste Chef Pierin Vincenz gebärde sich entsprechend grossspurig. Einen «reichlich feudalen Lebensstil» attestiert ihm jedenfalls die Bilanz, von Helikopterflügen ist die Rede, von einem Millionensalär auch, das nach kritischen Medienberichten vom Raiffeisen-Verwaltungsrat gekürzt worden sei. Bei diesem Thema wirkt Pierin Vincenz leicht zerknirscht. Die Stimme wird plötzlich leiser, ein Anflug von Selbstkritik wird spürbar. «Auf dem Weg der Modernisierung der Raiffeisen», sagt er, «ist vielleicht manchmal ein Schuss nach hinten losgegangen, und das habe ich korrigiert.» Er spricht von der Öffentlichkeitswirkung seines Jobs, die er vielleicht manchmal etwas unterschätzt habe.

Dann kommt wieder Kraft in die Stimme. «Ja, ich lebe gerne», sagt er nun, «es gibt einen Punkt, da bin ich ich und auch nicht bereit, alles so zu machen, wie das eine kritische Öffentlichkeit vielleicht erwartet.» Und neben dem Dickkopf blitzt bei Pierin Vincenz immer auch der Humor des Berglers auf. «Vielleicht haben wir Bündner da weniger Hemmungen», meint er und lacht befreit, «schliesslich transportieren wir auch unsere Kühe mit dem Heli.» Mit solchen Sprüchen ist der Chef der Raiffeisen wohl wieder ganz nah bei seinen Leuten. ○



Essay

Wenn Polens Gipser kommen

Unter Anleitung des freisinnigen Wirtschaftsministers ist der Ständerat im Begriff, einen Meilenstein zur Abschaffung der wirtschaftlichen Freiheit zu setzen. Bedroht wird der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Von Daniel Lehmann

Er begann mit einem Bekenntnis zum liberalen Arbeitsmarkt und endete mit einem Plädoyer dagegen. Im Gleichschritt mit den darüber freudig überraschten Sozialdemokraten überzeugte Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) vorletzten Woche eine Mehrheit des Ständerats von einer Neuerung, die, sollte sie Gesetz werden, zum Meilenstein auf dem Weg zur Abschaffung der freiheitlichen Wirtschaft werden könnte.

Worum geht es? Der Ständerat will die alte gewerkschaftliche Forderung einer solidarischen Kettenhaftung des Erstunternehmers für alle Subunternehmer erfüllen. Demnach soll der Generalunternehmer für die Einhaltung des Mindestlohns in sämtlichen Unternehmen garantieren, die er als Subunternehmen für ein Bauprojekt heranzieht oder die vom Subunternehmen wiederum als Subsubunternehmen

Lohnkategorie bezahlter polnischer Gipser aufgrund seiner Ausbildung nicht in eine höhere Lohnkategorie eingereiht werden muss? Und wie soll er wissen, welche Berufsgattungen für welche Arbeiten noch zum Bauhaupt- und Baunebengewerbe gehören?

Regulatorische Hauruckübung

Während es heute an den Branchengrenzen noch darum geht, ob eine Firma die hohen Mindestlöhne des Bauhauptgewerbe-GAV zahlen muss oder nicht, will die Mehrheit des Ständerats dort künftig eine rechtsstaatliche Demarkationslinie ziehen: Der klassische Rechtsgrundsatz, wonach jedermann für sein eigenes Tun geradestehen muss, soll im Baugewerbe ausgeschaltet werden. Neu müsste für den Subunternehmer, der seine Mitarbeiter prellt, letztlich der erste Unternehmer in der Vertragskette haf-

bücher gemeint ist, wie dies einige Ständeräte erwähnten, ging aus dem Votum des Volkswirtschaftsministers nicht hervor. Dabei wäre es für die Unternehmer wichtig, zu erfahren, wie und auf welcher Gesetzesgrundlage dieser Eingriff ins Geschäftsgeheimnis vonstattengehen soll.

Gesetzgeberische Sorgfalt sucht man in der regulatorischen Hauruckübung vergeblich. Unbelastet von einer seriösen Abklärung der Dimension und Vielfältigkeit der behaupteten Problematik, geschweige denn von den Auswirkungen der Lösungsvorschläge, musste innert kürzester Zeit etwas Vorzeigbares her; so hatte es der Bundesrat vor der Sommerpause versprochen. Entsprechend leichtes Spiel hatten die Panikmacher. Der SP reichte die latente Drohung, sie würde die Personenfreizügigkeit fallenlassen. Dabei weiss man, dass ihre Klientel zu weiten Teilen mittelständisch, gut gebildet und

Der Liebe darf man ruhig ein paar Steine in den Weg legen

made by Gübelin.




GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

verpflichtet werden und so weiter. Dies ist als neue flankierende Massnahme zur EU-Personenfreizügigkeit gedacht und soll ausschliesslich auf das Bauhaupt- und Baunebengewerbe angewendet werden – nicht etwa nur auf ausländische Subunternehmer, sondern auf alle in- und ausländischen Anbieter gleichermassen. Angesichts der Tatsache, dass die flankierenden Massnahmen im Entsendegesetz geregelt sind, welches die Arbeitsverhältnisse von in die Schweiz entsandten ausländischen Arbeitskräften regelt, ist allein die Erweiterung auf Inländer eine gesetzgeberische Ungehörigkeit.

Zudem schafft das Regulierungsmonster in vielen Fällen unlösbare Probleme. Wie soll der Erstunternehmer sämtliche Firmen einer Subunternehmerkette so kontrollieren, dass er sicher ist, dass jeder für den jeweils vereinbarten Auftrag die korrekten Löhne zahlt? Wie soll er wissen, welches diese korrekten Löhne sind? Wer sagt ihm, ob ein in der untersten

ten. Sachliche Gründe für eine solche Sonderbehandlung des Baus sind nicht ersichtlich: Die Missbrauchsquote in anderen Branchen dürfte mindestens gleich aussehen. Wer geltend macht, im Haftungsrecht kenne man solche Regelungen heute schon, macht es sich zu leicht: Es ist ein fundamentaler Unterschied, ob man für eine mangelhafte Konstruktion aufkommen muss oder für einen Gesetzesbrecher, der vorsätzlich (oder auch nicht) seine Mitarbeiter betrügt.

Doch die komplexen Abgrenzungsprobleme scheinen dem Gesetzgeber nicht der Rede wert zu sein. Und die Frage, wie ein Unternehmer seine Subunternehmer überprüfen soll, wird mit bemerkenswerter Nonchalance beantwortet. «Die Sorgfaltspflicht», so der Gesetzestext, sei «namentlich erfüllt, wenn der Erstunternehmer von den Subunternehmern die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anhand von Dokumenten und Belegen glaubhaft darlegen lässt». Ob damit auch die Einsicht in die Lohn-

europafreundlich ist. Die Gewerkschaften lieferten die Begleitmusik mit der Verbreitung der immer gleichen Lohndumpingfälle. Die meisten davon wurden längst von den zuständigen Kontrollorganen untersucht.

Besonders bedenklich ist das Argument, die EU-Länder hätten ja auch eine solche Solidarhaftung. Dass deren Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung wesentlich mit solchen regulatorischen Exzessen zusammenhängen, ist klar. Abgesehen davon beschränkt sich Deutschland bewusst auf eine Solidarhaftung für nur eine Stufe! Aber noch hat das Parlament (insbesondere der Nationalrat) ja die Chance, sich auf die Vorzüge einer freiheitlichen Wirtschaft zu besinnen – und der Volkswirtschaftsminister diejenige, zu erkennen, dass seine vielzitierte «Ordnung im Stall» nicht mit der Sabotage des Arbeitsmarktes erreicht werden kann.

Daniel Lehmann ist Direktor des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV).

Rentenklau bei der Gewerkschaft

Ein italienischer Gewerkschafter veruntreut in der Schweiz Pensionskassenguthaben von 10 Millionen Franken. Seine damalige Chefin, Unia-Vizepräsidentin Rita Schiavi, kommt ungeschoren davon.

Von Florian Schwab

Die Schadensbilanz ist beträchtlich: Rund hundert italienische Gastarbeiterfamilien wurden um ihr Pensionskassenguthaben ganz oder teilweise betrogen. Manche von ihnen sind in die Altersarmut abgerutscht. Im Zentrum des Falles steht Antonio Giacchetta, gegen den die Staatsanwaltschaft Zürich seit 2009 ermittelt. Er war Geschäftsführer der Associazione INCA/CGIL Svizzera.

Der Name INCA erweckte bei italienischen Gastarbeitern über Jahrzehnte fast blindes Vertrauen. Die Einrichtung gehört zu den sogenannten Patronati, die 1947 von der noch heute grössten italienischen Gewerkschaft CGIL gegründet wurden und im gleichen Jahr durch ein Dekret des damaligen Regierungschefs Alcide de Gasperi durch den italienischen Staat offiziell anerkannt, fortan überwacht und teilweise finanziert wurden. Zu ihrem Tätigkeitsgebiet zählt der Schutz der Rechte italienischer Arbeiter im Ausland. Darunter auch ihrer Rentenansprüche.

Luxusuhren, Frauen, Bordellbesuche

Das grenzenlose Vertrauen von sprachlich überforderten Immigranten nutzte Giacchetta aus, indem er zwischen 2001 und 2009 mit gefälschten Pensionskassenanträgen die Auszahlung der Altersguthaben auf ein Konto veranlasste, welches er unter dem Namen I.N.C.A. eröffnet hatte, das aber in Tat und Wahrheit ihm persönlich gehörte. Der Betrüger überwies den Geschädigten jahrelang von diesem Privatkonto einen Betrag, der sie in der Sicherheit wiegte, eine offizielle Rente aus der zweiten Säule zu erhalten. Tatsächlich aber brauchte Giacchetta das restliche Guthaben auf. Es verhalf ihm zu einem königlichen Luxusleben. Dem *Blick* verdanken wir die Details: Luxusuhren, mehrere Frauen gleichzeitig, die er mit teuren Geschenken bedachte, Bordellbesuche. Auf den Geschmack des guten Lebens war Lebemann Giacchetta offenbar durch einen fast siebenstelligen Lottogewinn Ende der 1990er Jahre gekommen.

Beispielhaft für das Vorgehen Giacchetts sei das Schicksal seines Opfers Franco Pietro* geschildert. Dieser hatte bei der Axa Winterthur ein Vorsorgekapital von 159 653 Franken angespart. Er suchte im Dezember 2004 Giacchetta in dessen Büro auf, um sich im Hinblick auf seine Pensionierung beraten zu lassen. Dabei unterzeichnete er eine Vollmacht für Giacchetta zur Vertretung bei Axa Winterthur. Mit dieser Vollmacht erkundigte sich Giacchetta über



Während des Verfahrens zurückgetreten: Gewerkschafterin Schiavi.

die BVG-Ansprüche. Anstatt – wie mit seinem Klienten vereinbart – die Auszahlung einer Rente zu veranlassen, liess er sich das ganze Altersguthaben auf ein Konto, lautend auf den Namen «I.N.C.A. 8050 Zürich», auszahlen. Die dafür erforderliche separate Zustimmungserklärung von Pietro hatte er gefälscht. Trotzdem beglaubigte das italienische Konsulat die Unterschrift von Pietro, ohne dass dieser selber davon wusste – geschweige denn anwesend war, wie dies eigentlich erforderlich ist.

Während Giacchetta, der (auch gemäss *Blick*) derzeit von der Sozialhilfe lebt, auf seinen Prozess wartet, versuchen die Geschädigten, dort Geld zu bekommen, wo es noch welches zu holen gibt: bei den Pensionskassen, welche die Anträge zu wenig sorgfältig geprüft haben sollen; beim italienischen Staat, der für die Aufsicht über die Patronati zuständig ist und Unterschriften falsch beglaubigt hat; beim

Schweizer Staat, der hierzulande ein nach italienischem Recht operierendes Sozialversicherungskonstrukt geduldet hat. Und vor allem: beim Verein INCA/CGIL. Man könnte nun den Fall auf sich beruhen lassen und auf die Justiz vertrauen. Der Fall ist aber nicht nur ein bedauerlicher Betrug an ahnungslosen Menschen, sondern auch ein Lehrstück darüber, wie die Gewerkschaft Unia Bedürftigen und Hilflosen in einer Notlage ihre Unterstützung versagt, wenn eigene Interessen im Spiel sind.

Keine Konsequenzen für Rita Schiavi

Da ist zuerst die Person von Rita Schiavi, Vizepräsidentin der Unia. Sie war zwischen 2005 und 2011 Präsidentin des Vereins INCA/CGIL. Unter ihrer Präsidentschaft spielte sich ein Teil des Betrugs ab. Als Geschäftsführer war Antonio Giacchetta ihr direkt unterstellt. Rita Schiavi möchte sich heute nicht mehr zu den

Vorfällen äussern und verweist auf die neubesetzte Vereinsspitze. Tatsächlich aber wehrte sich die Associazione INCA/CGIL, noch unter Schiavi, gegen die Forderungen der Geschädigten. Sie war nicht bereit, für ihren kriminellen Mitarbeiter einzustehen und den Schaden wiedergutzumachen, woraufhin der Fall vor Gericht kam. Schiavi argumentierte da-

konsulent Philippe Zogg verweist darauf, dass das Bundesgericht in einem Fall entschieden habe, dass die Pensionskasse den Schaden zu tragen habe. Daraus ergebe sich, dass die Pensionskassen und nicht die INCA/CGIL hafteten.

Falls die Urteile des Bezirksgerichts in höheren Instanzen Bestand haben, muss der Verein für die Verpflichtungen eintreten, die Giacchetta im Namen der INCA/CGIL gegenüber den Geschädigten eingegangen ist. Seinerseits könnte der Verein Regress nehmen auf seinen ehemaligen Mitarbeiter Giacchetta. Doch dieser ist heute mittellos. Dann wäre auch zu prüfen, ob Präsidentin Schiavi ihre Aufsichtsfunktion genügend wahrgenommen hat. Von einer Haftbarmachung der ehemaligen Präsidentin will Rechtsanwalt Zogg im Moment allerdings nichts wissen. Auch die Unia plant in der Personale Rita Schiavi keine Konsequenzen, wie sie auf Anfrage mitteilt. Der Betrüger sei «derart raffiniert vorgegangen, dass die Vorgänge lange nicht aufgedeckt werden konnten». Gewagt ist die Behauptung der Unia, Giacchetta habe seine Pensionskassengeschäfte «ausserhalb des Büros» getätigt, obwohl viele Geschädigte sich im Büro der INCA/CGIL beraten liessen.

Ein noch merkwürdigerer Schauplatz ist die Unia-Rechtsschutzversicherung, an die sich einige der Geschädigten wandten. Diese vermittelte ihnen Philip Thomas als Anwalt, Leiter des Unia-Rechtsdienstes. Er unterstützte sie zwar beim Einklagen der Pensionskassen, nicht aber der Genossen der INCA/CGIL, obwohl dies aussichtsreich gewesen wäre, wie die Entscheidung des Bezirksgerichts Zürich zeigen. Thomas selber konnte zu dem Vorgang nicht Stellung nehmen, da er «länger abwesend» sei. Aus seinem Umfeld verlautet aber, er habe sich in dem Rechtsstreit eng mit der Unia-Geschäftsleitung abgestimmt, der auch Rita Schiavi angehört.

Noch im April 2009, Rita Schiavi war noch INCA/CGIL-Präsidentin, und das Ausmass des Betrugs lag auf dem Tisch, liess sie sich im Zusammenhang mit der BVG-Revision mit Warnungen vor einem angeblich drohenden «Rentenklaue» zitieren: «Statt Profite für Versicherungsgesellschaften wollen wir im Alter ein Leben in Würde garantieren.» Welche Ironie, dass sich unter Schiavis Ägide der unverfrorenste Fall von «Rentenklaue» der letzten Jahre ereignet hat.

Das hindert die Gewerkschafter nicht daran, in der Öffentlichkeit weiterhin den Anwalt der Rentner zu spielen. In der Sendung «Sonnentalk» auf Tele Züri forderte der Zürcher Unia-Chef Roman Burger, die Verantwortlichen des Betrugsskandals um die kantonale Pensionskasse (BVK) mit Verantwortlichkeitsklagen zur Rechenschaft zu ziehen. Im Fall Schiavi wird Burger schmallippig: Auf die Gerichtsurteile angesprochen, will er sich «zu dieser oder anderen Spekulationen nicht weiter äussern».

* Name von der Redaktion geändert.

Blick | Samstag, 8. August 2009

11



Sein Arbeitsplatz ist verwastet: Antonio Giacchetta sitzt in U-Haft. Foto: Philippe Rösler

Gewerkschafter narrt seine Opfer

Gewerkschafter Antonio Giacchetta: Sogar während der Strafuntersuchung trickste er weiter.

Von Viktor Dammann

Aktenordner und neue Visitenkarten bedecken den Schreibtisch – am vorläufig letzten Arbeitsplatz von Antonio Giacchetta (46). Er sitzt in U-Haft, weil er den Arbeitern, die bei ihm Rat suchten, die Pensionsvermögen abkassiert haben soll. Es geht um Millionen (im BLACK).

Neuer Name, alter Trick: Giacchetta versuchte es mit einer eigenen Firma.

Dies tat er als Zürcher Leiter des Patronat: INCA, der

ken Pensionsersparnisse geklaut, so der richtige INAC-Leiter Mario Dalla Corte. «Doch damit haben wir nichts zu tun.» Giacchetta sei nur freier Mitarbeiter gewesen. Dalla Corte: «Alle Arbeiter, die er betreute, hatte Giacchetta von der INCA mitgebracht. Für sie war es egal, ob INCA oder INAC – sie vertrauten Giacchetta. Es ist sehr schlimm, was er getan hat.» Unterdessen hatte Giacchetta bereits eine eigene Firma gegründet: G.A. Consult. Ein weiterer «Beratungsdienst», mit dem er seine Kunden abockte? Doch zurzeit ist er ausser Gefecht. Hinner Gittern.

Bitter für seine Opfer: Obwohl INCA-Präsidentin Rita Schiavi (54) gleichzeitig in der Geschäftsleitung der Gewerkschaft Unia sitzt, gibts von dort keine finanzielle Hilfe.

«Es wäre nicht richtig, wenn die Unia-Mitglieder – Verkäuferinnen, Bauarbeiter, Industrieangestellte – anstelle des Angeschuldigten für den Schaden aufkommen müssten»,

latz. ■

Teure Geschenke: Giacchetta im Blick.

mals, die INCA/CGIL sei finanziell nicht in der Lage, den Schaden zu tragen, da der italienische Staat nur die Personalkosten und Büromieten bezahle. Während des Verfahrens trat sie von ihrem Amt als Präsidentin zurück und stahl sich mithin aus der Verantwortung.

Vor dem Bezirksgericht Zürich ist die INCA/CGIL Anfang September dazu verurteilt worden, einigen Geschädigten den Schaden zu ersetzen. Im Falle von Franco Pietro muss sie das ganze Pensionskassengeld ersetzen, dem Geschädigten eine Genugtuung von 5000 Franken bezahlen plus die Verfahrenskosten von mehr als 40 000 Franken. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Giacchetta als Angestellter des Vereins INCA/CGIL handelte. Er hatte «die erforderliche Vertretungsmacht», wodurch zwischen Geschädigten wie Franco Pietro und der INCA/CGIL ein Vertrag zustande kam. Die INCA/CGIL will gegen das Urteil Berufung einlegen. Ihr Rechts-

Grand Prix du Vin Suisse 2012: Hallauer Gold fürs Schaffhauser Blauburgunderland.



Peter Rahm, Weinkellerei
Rahm AG, Hallau:
«Einladender Auftakt mit
Pflirsich- und Kernobst-
noten. Feinfruchtig, spritzig
mit leichtem Schmelz.»
CHF 12.90 (75 cl)
www.weinkellerei-rahm.ch



«Ich wäre froh, wenn du mitkommst»

Unser Gesundheitssystem unternimmt alles, damit wir so lange wie möglich leben. Trotzdem ist Lebensqualität bis zuletzt in der Schweiz noch immer die Ausnahme. Die Geschichte meiner krebserkrankten Mutter, die im Berner Inselspital im Sterben liegt. Von Max Winiger (Text und Bilder)

Wird ein Mensch geboren, ist eines sicher: Er wird sterben. Irgendwann, irgendwie, irgendwo. Dennoch verdrängen viele von uns das Thema Sterben und Tod. Und werden dann doch auf einmal damit konfrontiert. Zum Beispiel, wenn ein Elternteil schwer erkrankt und vom Arzt erfährt, dass die Krankheit nicht mehr heilbar oder aufhaltbar ist, sondern in absehbarer Zeit zum Tod führen wird. Meine Mutter, 77, hat Mitte Juni diese Diagnose erhalten, nachdem ihr Hausarzt einen kleinen Buckel unter der Haut am Rücken entfernt und zur Untersuchung ins Labor geschickt hatte. Ableger eines kleinzelligen, rasch wachsenden Tumors, lautete der Befund.

Meine Mutter lebt allein. In letzter Zeit wirkte sie immer mehr verbittert, nörgelte an allem herum, kritisierte auch mich, ihren einzigen Sohn, wegen diesem und jenem. Ich besuchte sie einmal im Monat, da ich nicht in derselben Stadt wohne und selber viel um die Ohren habe. Aber es wurde zunehmend schwierig. Sie berichtete nur noch von Freundinnen und Bekannten, die gestorben seien, und dass sie allein sei. Ich machte mir Sorgen und wusste gleichzeitig nicht, wie ich eine 77-jährige, zusehends verbitterte Frau nochmals motivieren konnte, die schönen Seiten des Lebens zu sehen und auch zu leben.

Am 21. Juni dann Termin in der ambulanten Onkologie im Spital. Ich hatte ihr angeboten, sie zu begleiten. Ich brauchte nicht mitzukommen, meint sie schroff. Kurz vor dem Termin dann ihr Anruf: «Ich wäre doch froh, wenn du mitkommst.» Gespräch mit dem leitenden Onkologen: Es wäre gut, sogleich eine Computertomografie (CT) zu machen, um mehr zu wissen und dann das weitere Vorgehen besprechen zu können. Drei Stunden später schauen wir in seinem Büro auf den Monitor: kleinzelliger Lungentumor, metastasiert in Leber, unter der Haut und in der achten Rippe, kleine Ableger auch im Pankreas und in den Lymphdrüsen. Das habe er trotz seiner langen Laufbahn in einer derart aggressiven Form noch nie gesehen, meint der Arzt. Todesurteil.

Meine Mutter hatte wie so viele Mütter kein einfaches Leben. Während des Zweiten Weltkriegs in Zürich in einfachsten Verhältnissen aufgewachsen, hat sie früh gelernt zu kämpfen. Ich bin das einzige Kind aus ihrer Ehe, die 1980 geschieden worden ist. Unser Verhältnis war gut, aber nicht allzu eng – so wie Verhältnisse zwischen Mutter und Sohn normalerweise sind, wenn der Sohn seit zehn Jahren in

hundert Kilometer Entfernung lebt, viel arbeitet, selber drei Kinder hat und schauen muss, dass er alles im Griff behält. Wir haben regelmässig telefoniert, natürlich immer zu selten für meine Mutter. Und wir haben vereinbart, dass ich sie mindestens einmal im Monat besuche, wir was zusammen essen, plaudern. Seit Mitte Juni nun sehen wir uns öfter und sprechen mehr miteinander als in den letzten zehn Jahren zusammen. Nahe waren wir uns immer. Aber jetzt ist unsere Beziehung aufgeräumt. Die Spannungen sind weg.

Der Onkologe empfiehlt eine Chemotherapie. Die Haare würden ausfallen, aber er



Lebensfroher als vorher: Claire Winiger, Mai 2010.

glaube, dass das was bringen könne bezüglich Lebensqualität. Das sei eine palliative Therapie. Heilen könne er meine Mutter nicht mehr. Er mache keine Prognose, wie lange meine Mutter noch lebe. Aber die Erfolgsquote sei gut. Sie solle es sich übers Wochenende überlegen. Er reserviere schon mal den Termin für Montag.

Defizite bei der Palliativ-Strategie

Palliation ist eine der ältesten Medizinformen. Sie stammt aus einer Zeit, als vieles noch nicht geheilt werden konnte und es vor allem darum ging, das Leiden der Sterbenden zu lindern. «Palliare» bedeutet «einen Mantel umlegen». In der Schweiz gibt es seit Oktober 2009 die «Nationale Strategie Palliative Care 2010–2012», die Initiative war eine der letzten Amtshandlungen des ehemaligen Gesundheitsministers Pascal Couchepin. Ziel der Strategie: Bund und Kantone verankern «Palliative Care» gemeinsam mit den wichtigsten Akteu-

ren im Gesundheitswesen und in anderen Bereichen. Alle schwerkranken und sterbenden Menschen in der Schweiz erhalten damit ihrer Situation angepasste Palliative Care, und ihre Lebensqualität wird verbessert.

Im Juni 2011 hat der Bundesrat entschieden, die Umsetzung der Strategie bis 2014 zu verlängern. Im Februar dieses Jahres haben das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) alle 26 Kantone über den Stand der Dinge befragt. Das Ergebnis ist ernüchternd: 2011 gab es landesweit 28 Palliativstationen oder -kliniken. 2008 – vor Lancierung der nationalen Strategie – waren es 20. Die Anzahl Betten erhöhte sich im selben Zeitraum von 219 auf 295. Nach Empfehlung der European Association for Palliative Care (EAPC) sollten es mindestens doppelt so viele sein, 80 bis 100 pro Million Einwohner. 2008 gab es in der Schweiz 12 mobile Palliativdienste, 2011 waren es 19. Laut EAPC-Empfehlung sollten es 80 sein (1 pro 100 000 Einwohner).

Fünfzehn Kantone verfügen über eine explizite rechtliche Grundlage zur Förderung von Palliative Care auf Gesetzes- und/oder Verordnungsebene. Vier Kantone haben eine rechtliche Grundlage, in der Palliative Care nicht explizit benannt wird. In drei Kantonen sind die entsprechenden Gesetzesvorlagen in Planung. Am fortschrittlichsten ist der Kanton Zürich. Hier findet sich Palliative Care auch im Patienten- und im Pflegefinanzierungsgesetz. Neun Kantone verfügten zum Befragungszeitpunkt über ein verabschiedetes Konzept oder eine Strategie für Palliative Care. Eine im Rahmen der Strategieentwicklung geschaffene Broschüre «Unheilbar krank – und jetzt?» wurde bisher erst in elf Kantonen an Interessierte verteilt.

Einen ersten Chemozyklus lässt meine Mutter über sich ergehen. Und reagiert unerwartet gut darauf. Während einiger Wochen sind die Schmerzen praktisch weg. Es geht ihr bedeutend besser. Sie hat kaum Beschwerden. Aber sie bricht die Therapie dennoch ab. Es bringe ja doch nichts, und heilen könne man sie auch nicht mehr. Vor allem aber hofft sie, dass nach einer Behandlungsserie die Haare noch nicht ausfallen. Sie fallen ihr dann doch aus.

Trotz all dieser an sich niederschmetternden Erfahrungen und Entwicklungen: Sie ist heute ein anderer Mensch, ist sanft geworden, freundlich. Sie wirkt lebensfroher als vorher. Und sie,



Früher hatte sie über fünfzig Paar Schuhe: Claire Winiger im März 1957.

die immer behauptet hat, sie sei allein, wird laufend von Bekannten und Kollegen besucht. Sie lacht mehr, macht Witzchen.

Wir gehen zusammen einkaufen. Die Kleider passen nicht mehr. Alles ist zu weit und zu gross. Ich war noch nie mit meiner Mutter einkaufen. Nun habe ich erstmals die Möglichkeit, ihr ein Paar Schuhe zu schenken. Wobei ich energisch darauf bestehen muss, dass sie auch annimmt. Früher hatte sie über fünfzig Paar Schuhe. Ich hockte als Kind jeweils neben ihr in der Küche, wenn sie die Schuhe putzte. Seither hab ich selber eine Schwäche für schöne Schuhe, mag den Duft von Schuhcreme und putze meine Schuhe genau so, wie sie es getan hat.

Zwar versuche ich, mein Leben so normal wie möglich zu leben, aber die Ereignisse und Erlebnisse beschäftigen mich sehr. Da ist einmal die Frage, die sich wohl viele Menschen in meiner Situation stellen: Habe ich mir zu wenig Zeit genommen für diesen Menschen? Hätte ich öfter für ihn da sein können respektive müssen? In solchen Momenten haben wohl manche ein schlechtes Gewissen. Auch ich mache mir Vorwürfe. Andererseits war ich für meine Mutter immer da, wenn sie mich gebraucht hat. Ich habe versucht, ihr Ratschläge zu geben, habe sie eingeladen an Anlässe.

Bei allem Traurigen ist faszinierend, wie intensiv und lebensfroh unsere Beziehung in den letzten Monaten geworden ist. Ich bin für meine Mutter da, begleite sie. Ich versuche, Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Vor allem aber versuche ich, alles zu tun, damit sie das letzte Wegstück ihres Lebens würdevoll begehen kann. Es geht bei meiner Mutter nicht darum, die nächsten Monate zu planen oder eine letzte Weltreise zu organisieren. Es geht darum, die Lebensqualität zu optimieren. Jeder Tag, an dem sie nicht so starke Schmerzen hat, ist ein lebenswerter Tag.

Alternative zur «Selbstentsorgung»

In der Deutschschweiz kennen nur drei von zehn Personen den Begriff «Palliative Care», in der Genfersee-Region haben immerhin 80 Prozent der Befragten schon mal davon gehört, wie eine repräsentative Umfrage des BAG 2009 ergab. Von jenen, die den Begriff kennen, sind neun von zehn der Meinung, Palliative Care sollte allen schwerkranken und sterbenden Menschen in der Schweiz zur Verfügung stehen. Wenn sie selber unheilbar krank wären, würden 77 Prozent in Betracht ziehen, Palliative Care zu nutzen. Gemäss Bundesamt für Statistik sterben die Menschen in der Schweiz am häufigsten im Alters- und Pflegeheim, am zweithäufigsten im Spital und am dritthäufigsten zu Hause oder an einem anderen Ort. Im krassen Gegensatz dazu stehen die Wünsche der Befragten: Drei Viertel gaben an, am liebsten zu Hause sterben zu wollen.

Während Palliative Care in der öffentlichen Diskussion nach wie vor ein Schattendasein



Kindertage: Claire mit Bruder René, 1939.

fristet, ist die Sterbehilfe in aller Munde. «Danke», schrieb die Sterbehilfeorganisation Exit zu ihrem dreissigsten Geburtstag in einer halbseitigen Anzeige im September dieses Jahres und bedankte sich bei «allen namhaften Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Sport, die ermöglicht haben, dass Exit heute grosse Anerkennung in der breiten Schweizer Bevölkerung geniesst». Exit sei stolz auf ihre 63 497 Mitglieder in der Deutschschweiz, stand im Inserat.

Wir wissen beide, dass diese Zeit begrenzt ist. Genau deshalb ist sie so wertvoll. Und lebenswert.

«Palliative Care ist keine Sterbehilfe. Ganz im Gegenteil. Palliative Care will vermeiden, dass als letzter Ausweg und bei drohendem Verlust der Selbstbestimmung nur noch die «Selbstentsorgung» bleibt», sagt Dr. med. Steffen Eychmüller, ehemaliger Co-Präsident «Palliative ch» und ärztlicher Leiter der Palliative Care am Inselspital Bern.

Gemäss Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO ist Palliative Care die umfassende medizinische, pflegerische, seelsorgerische und schmerzlindernde Versorgung von Menschen in der letzten Phase ihres Lebens. Was selbstverständlich klingt, ist in der Schweiz längst nicht etabliert. Noch im Dezember 2008 sprach Eychmüller von einem Durchbruch. Im Rahmen der zweitägigen Jahres- und Konsenstagung von Palliative ch in Biel wurde das «Bieler Manifest» erarbeitet. Die von den über 500 Teilnehmern der Tagung definierten Themen legten die Eckpunkte für eine Koalition fest. Eine breite, nationale Platt-

form war geplant, die Swiss End of Life Care Coalition.

Die Krebsliga Schweiz, die Onkologiepflege Schweiz, der Spitex-Verband Schweiz, das Kollegium für Hausarztmedizin (KHM), die Schweizerische Patientenorganisation und der Schweizerische Gemeindeverband waren erste Mitglieder der Koalition. Als eigentliche Dachorganisation von Palliative Care in der Schweiz mit 1800 Mitgliedern wollte Palliative ch die Koordination übernehmen.

Heute besteht nun die besagte nationale Strategie, die Koalitionsmitglieder sitzen in Arbeitsgruppen. Aber die bestehenden Netzwerke basieren eigentlich im Wesentlichen nach wie vor auf den bisherigen Strukturen, die von Palliative ch und ihren meistens ohne grossen Lohn arbeitenden Mitgliedern erbracht werden. Steffen Eychmüller stellt heute, vier Jahre nach der Präsentation des «Bieler Manifests», teilweise ernüchtert fest: «Palliative Care «darf» heute zwar in der Akutmedizin sein, hat aber oft das Image einer *soft speciality*, einer Art zweiten Klasse in der First-Class-Spitzenmedizin, die dann zum Zuge kommt, wenn nichts mehr getan werden kann. So können wir den wichtigen Aufgaben und Bedürfnissen nicht nachkommen.»

Eychmüllers Frust deckt sich mit den Ergebnissen der Umfrage des BAG und der GDK im Februar dieses Jahres bei den Kantonen bezüglich der Implementierung von Palliative Care. Als grösstes Hindernis wurde die Finanzierung genannt. Eine weitere Schwierigkeit sei in vielen Kantonen die fehlende Koordination und Vernetzung der verschiedenen Berufsgruppen und Institutionen (Spitex, Spitäler, Pflegeheime, Ärzte etc.) und der regionalen Initiativen. Zum Teil seien die Zuständigkeiten nicht klar geregelt, es fehle an Finanzierungsmöglichkeiten für diese Koordinationsarbeiten.

Schlechtere Sterbequalität

Während Politiker seit Jahren fast permanent auf die Pharmabranche eindreschen und die Medikamentenpreise für die Kostensteigerung im Gesundheitswesen verantwortlich machen – der Anteil der Ausgaben für Medikamente an den Gesamtausgaben hat sich in den letzten Jahren bei rund 9 Prozent eingependelt, die Haupttreiber sind nachweislich die demografische Entwicklung und die Löhne im Gesundheitswesen, das heute der grösste Jobmotor der Schweiz ist –, schweigen sie beim Thema «Lebensqualität bis zuletzt» betroffen.

Dabei ist dieses auch aus gesundheitsökonomischer Sicht durchaus interessant. «Health Care Costs in the Last Week of Life» heisst eine Studie, die 2009 in den USA durchgeführt worden ist und untersucht hat, wie hoch die Gesundheitskosten in den letzten Lebenswochen sind und welchen Einfluss Palliative Care nehmen kann. Hintergrund war der

durch andere Studien gestützte Befund, dass ein Drittel der Gesundheitskosten im letzten Lebensjahr eines Menschen in seinem letzten Lebensmonat anfallen.

In der Studie wurden 603 Teilnehmer bis zu ihrem Tod begleitet und dabei die Kosten in der letzten Lebenswoche berechnet. Bei Patienten, die über Palliative Care mit ihren Ärzten sprechen und entsprechende Angebote abrufen konnten, waren diese Kosten 35,7 Prozent tiefer als bei solchen, die keine Möglichkeit hatten, die Anwendung von Palliative Care zu besprechen und Palliative Care zu nutzen. Und: Patienten, die höhere Kosten verursachten, hatten eine schlechtere Sterbequalität.

Meine Mutter hat Glück: Ihr Hausarzt überweist sie Anfang September für ein Assessment ins erst im Februar dieses Jahres eröffnete Palliativzentrum am Inselspital in Bern. Während fünf Tagen wird alles möglichst optimal eingestellt, werden Bedürfnisse abgeklärt, Fragen beantwortet mit dem Ziel, dass meine Mutter nochmals nach Hause kann und ihre Autonomie möglichst lange aufrechterhalten werden kann.

Im Palliativzentrum wird nochmals eine CT gemacht. Inzwischen gibt es überall Ableger unter der Haut. Die Schmerzen sind etwa so, wie wenn jemand einem permanent gegen das Schienbein tritt. Der Tumor wütet nicht nur in der Lunge, auch die Bauchspeicheldrüse ist inzwischen voller Ableger. Meine Mutter ist total abgemagert und so schwach, dass sie kaum noch gehen kann.

Der Krebs saugt ihr sämtliche verbleibende Energie aus dem Körper. Noch vor zwei Wochen konnten wir über eine Stunde Rommé spielen, ihr heissgeliebtes Kartenspiel. Jetzt ist sie nach zwanzig Minuten erschöpft und muss sich hinlegen. Trotzdem hat sie noch die Kraft zu scherzen. Sie werde jetzt auch noch «Drögeler», erhalte nun Methadon. Das gebe man doch sonst Heroinsüchtigen. Methadon ist in der Schmerztherapie wenig verbreitet, wirkt aber bei meiner Mutter glücklicherweise sehr gut gegen die massiven Schmerzen der Hautmetastasen.

Meine Mutter hat beschlossen, ihren Körper dem Anatomischen Institut der Universität Bern zu vermachen. Ich finde das eine gute Idee. Sowieso war und ist es für mich keine Frage, zu akzeptieren, was meine Mutter entscheidet. Sie will auch keine lebensverlängernden Massnahmen, hat eine entsprechende Patientenverfügung unterzeichnet.

Wir sprechen offen über alles. Beispielsweise habe ich sie gebeten, die Adressen ihrer Bekannten und Freunde aufzuschreiben, damit ich weiss, wem ich die Todesanzeige schicken kann. Wir haben auch über die Beerdigung gesprochen, die ja dann eigentlich gar nicht möglich ist. Das mag makaber tönen, aber es sind wichtige Fragen. Fragen, die man erörtern sollte, solange es noch möglich ist.



Die schönen Seiten: Claire Winiger, 1956.

Eine Woche hat meine Mutter im Palliativzentrum des Inselspitals in Bern verbracht. Jetzt kann sie wieder daheim sein, in ihrer Wohnung die letzten Lebenswochen verbringen. Die Spitex kommt jeden Tag vorbei. Freunde, Bekannte und Familienangehörige besuchen sie regelmässig. Meine Mutter ist dankbar. Dankbar, dass sie durch Fachleute betreut wird, dass ihre Schmerzen erträglich sind. Gleichzeitig hat sie Mühe, das alles auch anzunehmen. Sie habe ein schlechtes Gewis-

Bei der Diagnose «unheilbar» hört unser Gesundheitssystem abrupt auf zu funktionieren.

sen, wenn ich nun so oft als möglich bei ihr sei, mich um sie kümmere. Aber sie ist gleichzeitig froh, mich zu sehen. Ich empfinde diese Phase bei allem Leid und Schmerz auch als eine gute Erfahrung. Meine Mutter und ich sind uns nahe. Sie erzählt mir viel, ich erfahre Dinge, die ich bisher nicht gewusst habe. Wir wissen beide, dass diese Zeit begrenzt ist. Genau deshalb ist sie so wertvoll. Und lebenswert.

Allerdings lässt der Krebs meiner Mutter nicht mehr viel Zeit. Die Hautmetastasen wachsen furchtbar schnell. Die Schmerzen werden stärker. Nach einer Woche muss die Dosierung des Methadons bereits verdreifacht werden, damit die Schmerzen einigermaßen erträglich bleiben. Schwindel und Übelkeit sind die Begleiterscheinungen. Ich mache mir grosse Sorgen, dass meine Mutter stürzt und sich noch zusätzlich verletzt. Inzwischen wurde sie auch mit einem Armband mit einem Notfallknopf des Roten Kreuzes ausgestattet. Aber eine Verletzung verhindern kann das auch nicht.

Jeder Mensch reagiert anders, wenn er erfährt, dass er oder eine ihm nahestehende Person sterben wird. Betroffene wünschen sich oft, rasch zu sterben. Aber dieser Wunsch ist von der Situation und dem Umfeld abhängig und ändert sich entsprechend immer wieder. 2011 ersuchten 2000 Personen bei Exit um Sterbehilfe. Nur 500 liessen sich das Rezept für den tödlichen Cocktail ausstellen, und lediglich 300 setzten schliesslich damit ihrem Leben ein Ende. Wir diskutieren in der Schweiz über Präventionsgesetze und deren Finanzierung über die Krankenkassen, lancieren eine Gesundheitskampagne nach der anderen, stimmen über ein noch umfassenderes Rauchverbot ab und tun alles, damit die Menschen in unserer Gesellschaft länger gesund leben. Das ist lobenswert.

Es ändert aber nichts an der Tatsache, dass neun von zehn Menschen nach einer Krankheit sterben und nicht einfach so einschlafen. Es ändert auch nichts an der Tatsache, dass das Leben erst nach dem letzten Atemzug aufhört. Im Gegensatz zu Ländern wie Kanada, Grossbritannien oder den USA hört unser erstklassiges Gesundheitssystem bei der Diagnose «unheilbar» abrupt auf zu funktionieren. Nur dank der engagierten Arbeit von einigen Ärzten, Pflegeern, Hospizern und auch der Kirchen besteht ein minimales, regional unterschiedliches Palliative-Care-Angebot, dessen Potenzial aufgrund fehlender Vernetzungen innerhalb unseres Systems bei weitem nicht ausgenutzt wird. Die Umsetzung der nationalen Strategie wird durch den Föderalismus und mangelnde Finanzierung gebremst.

Die Schweiz hätte laut einer aktuellen Berechnung genug Geld, um wahlweise vierzig Prozent der griechischen Schulden zu tilgen, sechs Neat-Röhren zu finanzieren oder zehn Olympische Spiele wie London zu organisieren. Aber sie hat offenbar nicht die Mittel, dafür zu sorgen, dass bei uns Lebensqualität bis zuletzt selbstverständlich ist und die entsprechenden Strukturen bestehen und funktionieren. Schweizweit. Das ist ein Armutszeugnis.

Nach 24 Tagen zu Hause ist es so weit: Meine Mutter willigt ein, zurück ins Palliativzentrum des Inselspitals zu gehen. Ein Bett ist frei. Es ist der endgültige Abschied von ihrem Daheim. Wir wissen beide, dass das so ist. Trotzdem, auch jetzt, ist meine Mutter zufrieden und dankbar. Sie konnte in diesen 24 Tagen Abschied nehmen von ihrem Umfeld, hatte jeden Tag Besuch von Freunden und Bekannten, wurde bekocht. Mir kamen diese dreieinhalb Wochen wie Monate vor.

Trotz der Schwere der Umstände sind wir beide nicht verzweifelt. Denn wir haben die Gewissheit, dass meine Mutter bis zum letzten Atemzug würdevoll leben kann.

Max Winiger ist Kommunikationsberater und Inhaber einer Agentur in Zürich.

«Hauptsache, kühler Kopf»

Barack Obama sei für viele heute ein grösseres Mysterium als bei seiner Wahl, sagt David Maraniss. Minutiös hat der Pulitzerpreis-Träger die Familiengeschichte der Obamas erforscht. Anpassungsfähigkeit und Selbstüberschätzung seien seine Kerneigenschaften. Von Urs Gehriger und Jessica Dimmock/VII (Bild)

Das Weisse Haus liegt wie ein verschlafenes Schloss im Herbstlaub. Kaum eine Bewegung ist durch den eisernen Gartenzaun auszumachen. Der Hausherr ist ausgeflogen, reist im Land umher, um sich beim Wahlvolk von neuem als Präsident anzupreisen.

Einen Steinwurf vom Regierungssitz entfernt liegt das legendäre Restaurant «The Hamilton», Schnittpunkt von Musik, Kultur und Politik. In der hintersten Ecke sitzt jener Mann, von dem es heisst, er habe grössere Kenntnis von der Geschichte Barack Obamas als der Präsident selbst. David Maraniss, 63, hat in einer vierjährigen Recherche sämtliche Orte besucht, wo Obama gelebt hat und die für dessen Familiengeschichte von Relevanz sind: Hawaii, Kenia, Indonesien, Los Angeles, New York und Chicago. 96 000 Kilometer hat er zurückgelegt, 163 Bundesordner an Dokumenten gesammelt und 350 Interviews geführt. Zum krönenden Abschluss erhielt er Audienz im Oval Office, beim Präsidenten persönlich.

Die Summe seiner Forschung trägt den schlichten Titel «Barack Obama – The Story». Bereits zweimal hat Maraniss den Pulitzerpreis gewonnen, jetzt übertrumpft sich die Kritik abermals mit Lob. «Eine Biografie vom Feinsten», fand der *San Francisco Chronicle*. «Die beste Biografie, die je über einen amtierenden Präsidenten geschrieben wurde», urteilte die *New York Post*. Wer die Geschichte des weltweit mächtigsten Mannes jenseits des täglichen Wahlkampfärms ausloten will, sitzt bei David Maraniss am richtigen Tisch. Eine Frage aus aktuellem Anlass drängt sich vorab allerdings auf:

Während der TV-Debatte gegen Mitt Romney letzte Woche bot Barack Obama eine kümmerliche Vorstellung. Er sah matt aus, kramte nach Worten und erweckte den Eindruck, als wolle er den Job im Weissen Haus gar nicht mehr. Herr Maraniss, was war los mit dem Präsidenten?

Obama trägt zwei Seelen in seiner Brust. Die eine ist sehr ehrgeizig und will gewinnen. Die andere drängt ihn zur Ironie. Er schaut auf die Debatte in einer fast surrealen Art, als ob er zu sich sagen würde: «Ich muss da durch, das Ganze ist ziemlich doof, und ich will es nicht wirklich tun.»

Hybris?

Ja, Obama neigt bisweilen zu einer etwas übertriebenen Selbstsicherheit. Er kann

sich schlecht verstellen. Ihm fehlt die natürliche Inszenierungskraft, die Bill Clinton hat. Clinton ist ein authentischer Angeber. Er kann Interesse und Präsenz mimen, auch wenn er geistig weit weg ist. Obama merkt man an, wenn seine Gedanken zwischen verschiedenen Ebenen hin und her wandern.

Sie eröffnen Ihr Buch mit einem erstaunlichen Befund: Obama erscheine heute vielen Amerikanern als grösseres Mysterium als bei seiner Wahl. Wie kommt das?

Zum einen hat dies mit den Erwartungen zu tun, die man in ihn gesetzt hatte. Er wurde gewählt als Leinwand, auf welche die Men-



«Er lässt sich nicht gehen»: Obama, 1980.

schen ihre Wünsche projizierten. Er schürte diese Sehnsüchte, indem er sich in Allgemeinplätzen erging, von Hoffnung und Veränderung. Viele, die hofften, er würde eher links sein, waren verwirrt. Auf der anderen Seite schien er vielen zu links. Öffentlich legt er sich selten fest. Er wählt eine Sprache, die oft verschiedene Interpretationen zulässt, nichts völlig ausschliesst. Ägypten bezeichnete er jüngst nicht (mehr) als Freund, aber auch nicht als Feind.

Bereits zu Beginn seiner politischen Karriere, als Senator im Parlament von Illinois, hat er sich bei Abstimmungen oft der Stimme enthalten.

Das war bemerkenswert und hätte den Leuten eine Warnung sein sollen. Ab und zu macht er einen sehr mutigen Schritt. Wie bei der Ergreifung Bin Ladens oder bei der Gesundheitsreform. Aber sein natürlicher Instinkt ist: Zurückhaltung ist besser als Konfrontation.

Schon in seiner Studentenzeit in Los Angeles sahen ihn seine Klassenkameraden als floater, der zwischen Gruppen und politischen Lagern hin und her schwamm. Woher kommt dieses Verhalten?

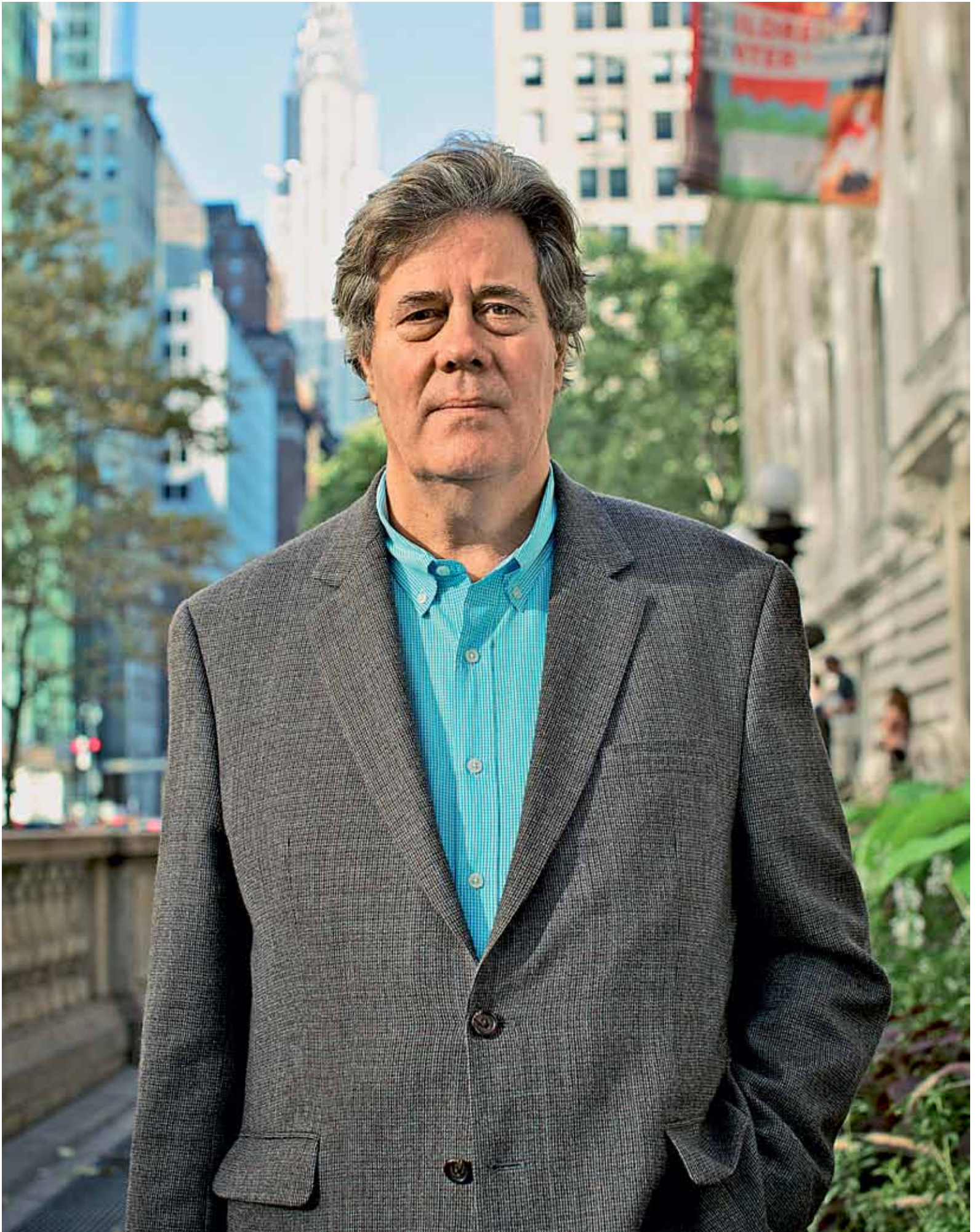
In Obamas Leben gibt es ein zentrales Thema: möglichen Fallen auszuweichen. Er wurde gemischtrassig geboren, nicht wissend, welche Kultur er wählen sollte. Das sah er als erste grosse Falle. Es gibt einen Brief, den er mit 22 Jahren geschrieben hat, der mir einiges vor Augen führte. Er erwähnt die beruflichen Nischen, in welche sich seine Kollegen nach dem Uni-Abschluss hineinbewegten: Einige wurden Juristen, andere Techniker oder Lehrer. Obama wollte mehr als all das. Er glaubte, er müsse grösser sein, um seine eigene Existenz zu rechtfertigen.

Wann offenbart sich Obamas politische Ambition zum ersten Mal?

Spät. In der Highschool auf Hawaii spielt er Basketball, hängt mit einer Clique namens «Choom Gang» herum, fährt ziellos in Autos umher und raucht dazu Hasch – mit geschlossenen Fenstern, damit nichts von dem Stoff ungenutzt verpuffte. Aber er lässt sich nicht gehen. Zum ersten Mal zeigt sich ein zentraler Zug seiner Mentalität: «Hauptsache, kühler Kopf». Diese Haltung ist eine Art Schutzschild gegenüber den Unwägbarkeiten seiner Umwelt. An der zweiten Station seines Lebens, am Occidental College in Los Angeles, gibt er seine erste öffentliche Rede, aber es sprühen noch keine Funken. Und an der Columbia University in New York ist er total introvertiert. Erst in Chicago entwickelt sich der Drang, in die Politik zu gehen. Als Community Organizer kommt alles zusammen, persönlich und professionell.

Was macht er als Community Organizer in Chicago?

Er bestärkt Bürger im fast ausschliesslich schwarzen Süden der Stadt, aktiv für ihre eigenen Interessen und oft gegen grosse Unternehmen oder mächtige staatliche Einrichtungen zu kämpfen. In diesem Amt studiert Obama die Macht. Und er stellt fest, dass ihm die Macht, die ihm sein Job bietet,



«*Kiloweise neue Dokumente*»: Journalist Maraniss, 63.

Duell der Katholiken

Selten versprach eine Debatte der Vize-Kandidaten so viel Spannung wie dieses Jahr.

Janesville ist ein typisches Nest im Mittleren Westen, wo Menschen teils geduldig, teils widerspenstig ihr Leben ableben, bis zur Entlassung aus diesem. Dieser Tage allerdings ist alles anders im 60 000-Seelen-Städtchen im Süden des Agrarstaates Wisconsin. Einer der Ihren ist auf dem Sprung nach ganz oben: Paul Ryan, Romneys Kandidat fürs Vizepräsidium.

Vor dem Haus der Ryans an der St. Lawrence Avenue 700 hat die Polizei Blockaden errichtet. Sogar Gattin Janna muss sich durchsuchen lassen, wenn sie mit den Einkäufen und den drei Kindern nach Hause kommt. Angeblich, so weiss ein Anwohner, haben sich sogar Scharfschützen ums Haus herum versteckt.

An diesem Donnerstagabend werden die Strassen in Janesville ausgestorben sein. Alle wollen die Debatte der Vize-Kandidaten in Kentucky live mitverfolgen. Nach dem Kantersieg Romneys über Obama im ersten TV-Duell sind die Hoffnungen auf einen Sieg wieder erwacht. Jetzt ist «ihr» Ryan dran, gegen Obamas Vize Joe Biden.

Es ist eine spannende Konstellation und eine Premiere dazu: Erstmals werden sich zwei Katholiken duellieren. Damit ist es mit den Gemeinsamkeiten bereits vorbei. Biden, 69, silbergraue Eminenz der Demokraten, politisiert am linken Flügel der Partei. Ryan, 42, sieht sich in der Tradition Reagans, hat einen Hang zum Libertären. Im Alter von 32 Jahren schaffte er den Sprung in den Kongress, wo sich der Ökonom als «Zahlenmensch» einen Namen machte, im Budget-Ausschuss sitzt und dort mit Obama die Klängen kreuzte. Zwar haben die meisten ihre Meinung längst gemacht. Doch das Vize-Duell ist eine Schlacht um die letzten fünf Prozent. Ihre Stimmen entscheiden über Sieg und Niederlage.

Im Fall eines Triumphs werde seine Familie in Janesville bleiben, hat Ryan verkündet. Bei aller Ehre blicken die Anwohner dem mit gemischten Gefühlen entgegen. Die Barrikaden im Ryan-Quartier würden dann durch permanente Gitter ersetzt. «Wir im Bauernstaat sind Zäune gewohnt», sagt Dennis vom Family Dollar Store. «Allerdings wäre das das erste Mal, dass wir nicht Kühe, sondern Menschen einzwängern würden.» *Urs Gehrig*

nicht genügt. Eines Tages besucht Harrold Washington, der erste afroamerikanische Bürgermeister von Chicago, Obamas Distrikt. Dies ist der Moment, als der Politiker in Obama erwacht.

Woher wissen Sie das?

Obama hat es mir gesagt. Er erzählte, er habe seine Leute während Wochen auf den Besuch Washingtons vorbereitet, habe sie instruiert, wie sie ihre Bedürfnisse artikulieren sollten. Dann beobachtete er, wie sie alle vor Ehrfurcht verstummten, als der Bürgermeister schliesslich vor ihnen stand. Obama wollte das auch. Er wollte repräsentieren wie Washington. Aber auch die Macht lockte ihn: Leute zu führen, sie zu bewegen.

Obama gilt als begnadeter Redner. Wo lernte er, so zu sprechen?

Auch in Chicago. Er lernte es von den schwarzen Predigern. Jede Woche ging er in eine andere Kirche. Die Kirchen waren in der schwarzen Gemeinschaft sehr einflussreich. Für ihn waren die Gottesdienste wie eine Hochschule in Rhetorik und Politik.

Es ist also kein Zufall, dass er eine Predigerstimme hat?

Heute versucht er sie etwas zu zügeln, aber dem Rhythmus seiner Sprache ist der Pfarrerstil immer noch gut anzumerken. Eine andere, weniger dominante Komponente ist sein professoraler Duktus.

Ein zentrales Thema Ihrer Biografie ist Obamas Suche nach seiner schwarzen Identität. Man vergisst leicht, dass er zur Hälfte weiss ist. Seine Mutter kam aus Wichita, Kansas, hatte irische, britische und deutsche Vorfahren. Warum identifiziert er sich fast besessen mit der schwarzen Rasse?

Nicht er trifft diese Wahl, sondern die Gesellschaft. Solange die Haut etwas dunkle Farbe hat, wird man als Schwarzer angesehen. Heute ist das an vielen Orten anders. Man sieht an Colleges viele Gemischtrassige. Und sie fühlen sich wohl weniger genötigt, eine Wahl zu treffen. Obama musste lernen, ein Afroamerikaner zu sein. Zum ändern wollte er seine unbekannte Seite entdecken.

Den Vater, den er kaum gesehen hat?

Einen Monat nach Obamas Geburt verliess seine Mutter den Vater, weil er, so legt meine Recherche nahe, gewalttätig geworden war. Obama hat seinen Vater also kaum gekannt. Um sich selbst zu verstehen, machte er sich auf die Suche, reiste nach Kenia, in die Heimat des Vaters. Wenn die Rolle des Vaters klar gewesen wäre, hätte er das Buch «Dreams From My Father» nie geschrieben.

«Dreams From My Father» war für Maraniss eine Matrix. Anhand Obamas Aufzeichnungen von 1993 hat er seine Geschichte rekapituliert. Im Laufe der Recherchen stellte Maraniss fest, dass es Obama bei der Niederschrift seiner Familiengeschichte mit den Fakten nicht sehr



«Zu wenig Talent»: 1977 in Honolulu.

genau genommen hatte. In «Dreams From My Father», das von Kritikern hochgelobt und mit dem Grammy-Award (Audiobuch) ausgezeichnet wurde, hat Maraniss 38 Stellen gefunden, wo Obama von der Wahrheit abschweift. Beispielsweise suggeriert er, dass er beim Basketballspiel in der Schule auf Hawaii aufgrund seiner Hautfarbe benachteiligt worden sei. Maraniss, der eine Reihe von Obamas damaligem Teamkollegen interviewt hat, fand kein Indiz, dass Rassismus im Spiel war. Vielmehr war Obama schlicht zu wenig talentiert.

In anderen Fällen erfindet er Personen. Regina zum Beispiel, angeblich eine Symbolfigur typisch afroamerikanischer Emanzipation. Maraniss fand heraus, dass die Figur auf einer weissen Kollegin basiert: Caroline Boss, eine Studentenfürherin schweizerischer Abstammung am Occidental College in Los Angeles. Regina war der Name von Boss' Grossmutter, die angeblich in Interlaken als Putzfrau bei reichen Leuten gearbeitet hat. Auch diesen Aspekt übernimmt Obama, setzt ihn jedoch in den rassischen Kontext. Bei ihm ist die Grossmutter schwarz, «ihr Rücken gekrümmt, das Fleisch an ihren Armen schwappte hin und her, als sie einen endlosen Boden schrubbte».

Ausserdem entdeckte Maraniss, dass Obama systematisch weisse Figuren aus seiner Geschichte entfernte. So zwei weisse Mitbewohner in Los Angeles und New York. Und ein Charakter namens Ray, den Obama als Ikone junger Schwarzer darstellt, basiert in Wirklichkeit auf einem Schulkollegen in Hawaii, einem Hippie-Hasch-Dealer, der halber Japaner, ein Viertel indianisch und ein Viertel schwarz und gar nicht eng mit ihm befreundet war.

Obama war nicht zurückhaltend, wenn es darum ging, seine Geschichte mit einer Prise



«Pfarrerstil»: Wahlkampf 2012.

Drama zu pfeffern. Über den Vater seines indonesischen Stiefvaters (der zweite Mann seiner Mutter) schreibt er, Soewarno Martodihardjo sei im Kampf für die indonesische Unabhängigkeit von niederländischen Soldaten getötet worden. Dies ist laut Maraniss «ein Mythos in praktisch jeder Hinsicht». Eine Legende ist auch Obamas Geschichte über seinen Grossvater väterlicherseits: Hussein Onyango Obama, der als Koch in der britischen Armee gedient hatte, sei 1949 gefangen genommen und brutal gefoltert worden, weil er den antikolonialen Mau-Mau-Rebellen geholfen habe. Maraniss, der fünf Freunde des Grossvaters aufgespürt hat, fand «keinen Hinweis auf eine Gefangenschaft oder Misshandlung» des Grossvaters.

Erfundene Figuren, ein gefolterter Gross- und ein Mordfall in der Familie – warum verdreht Obama die Wahrheit?

Das habe ich ihn auch gefragt. Was die Geschichten über seine Verwandten anbe-

trifft, sagte er, er habe bloss die Anekdoten wiedergegeben, die ihm im Familienkreis erzählt worden seien. Nachgeprüft habe er sie nicht. Obama hat sich schwarzer und unzufriedener porträtiert als er in Wirklichkeit war, weil es besser ins Grossthemata seiner Jugend passt: die Identitätsfindung als Afroamerikaner.

Nennt man dies nicht Geschichtsfälschung?

So weit würde ich nicht gehen. Zu Obamas Verteidigung lässt sich sagen: «Dreams From My Father» ist keine Autobiografie, es sind Memoiren, ein subjektiver Blick auf sein Leben. Deshalb sollte das Buch auch nicht als rigoros faktische Aufzeichnung gelesen werden. Der Präsident sagte mir, er habe das Buch durch die Linse der Rasse geschrieben. Obamas Leitthema ist weniger eine akkurate Familiengeschichte, sondern die Suche nach sich selbst. Darum trägt sein Buch auch den Untertitel: «A Story of Race and Inheritance». Literarisch brillant verwendet er verschiedene Stilmittel, um sein Leitthema zu verfolgen. Er hebt Charaktere hervor, die eine geringe Rolle in seinem Leben gespielt haben, wenn sie ins Bild passen. Andererseits blendet er zentrale Figuren seines Lebens aus, weil sie weiss sind.

Ein extremes Beispiel ist Genevieve Cook, eine Australierin, seine erste intensive Liebe, die ein Jahr währte. Sie erwähnt er bloss mit ein paar dürren Zeilen und verschleierte ihre Identität. Warum hat er sie aus seiner Geschichte eliminiert?

Er sagte mir, er habe über keine seiner Freundinnen schreiben wollen.

Nur durch Ihre Recherche wissen wir überhaupt, dass es diese Freundin gab und welche zentrale Rolle sie in Obamas jungem Leben gespielt hat. Wie hat sie reagiert, als Sie bei ihr anklopfen?

Erstaunt. Sie wäre nie von selbst an die Öffentlichkeit getreten. Sie ist Obama seit ihrer gemeinsamen Liaison 1983/84 sehr verbunden, obwohl sie ihn seither nie mehr gesehen hat. Aber als sie die Memoiren las, war sie erschüttert über die Art, wie er sie charak-

terisierte. Obama machte aus ihr ein Mischwesen, verlieh ihr Charakteristika von anderen Freundinnen.

Genevieve hat Ihnen Briefe von Obama sowie ihr Tagebuch anvertraut. Was sagen die Schriftstücke über den Charakter Obamas?

Er war ein Einzelgänger, still und rastlos. Einmal notierte Genevieve in ihr Tagebuch: «Barack verwirrt mich immer noch, so viel spielt sich ab unter der Oberfläche.» Er liess sie nie ganz rein in die Tiefen seiner Seele. Sie lebten zusammen, liebten sich, tauschten sich intellektuell aus, aber sie lebte stets mit dem Gefühl, nicht die Richtige für ihn zu sein. «Ich werde den Gedanken nicht los: Was er wirklich will, ihn kräftig anzieht, ist eine Frau, sehr stark, sehr selbstbewusst, eine Kämpferin, eine humorvolle, erfahrene – eine schwarze Frau.»

Das klingt wie eine Skizze von Michelle Robinson, der heutigen First Lady.

Nicht viel daneben. Genevieve war eine Station auf seinem Weg. Seine Identität als Afroamerikaner hat er durch weisse Freundinnen erlangt.

Was hat Obama gesagt, als er erfuhr, dass Sie Genevieve aufgespürt hatten?

Als ich zum Interview ins Weisse Haus fuhr, überreichte ich ihm eine Inhaltsangabe des Buchs. Als er die Kapitelüberschrift «Genevieve und der Schleier» las, schaltete er sofort. Während des ganzen Interviews wollte er auf sie zu sprechen kommen, schliesslich fragte er: «Wie geht es Genevieve, wo ist sie?» Dabei blieb er aber ziemlich kühl und kontrolliert. Er lässt sich nicht viel anmerken. Er ist ein Pokerspieler. Seine Mentalität aus der Jugend in Hawaii – «Hauptsache kühler Kopf» – ist noch heute dominant.

Der einzigartige Stil von «Dreams From My Father» liess den Verdacht aufkommen, Obama habe das Buch nicht selbst geschrieben. Jack Cashill (Autor von «Deconstructing Obama») behauptet, die Schreibe erinnere an die Schriftstücke von Bill Ayers, Gründungsmitglied der terroristischen Untergrundorganisation Weathermen.



THE SWISS BANK OF FINE AND RARE WINES

EIN UNWIDERSTEHLICHER PREIS FÜR EINEN GROSSARTIGEN JAHRGANG!

ARVI SA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano

T 091 649 32 88 · F 091 648 33 75
info@arvi.ch · www.arvi.ch

PHÉLAN SÉGOR - ST. ESTÈPHE 2009

CHF 38.90
Ab 36 Flaschen CHF 37.80



FRANK PHÉLAN (2ND VIN DE PHÉLAN SÉGOR) - ST. ESTÈPHE 2009

CHF 22.70
Ab 36 Flaschen CHF 21.60



ARVI-HIGHLIGHTS DER WOCHE

<p>Guidalberto (2nd Vin Sassicaia) – Tenuta San Guido 2010 (JS 92) CHF 30.25 Ab 36 Flaschen CHF 29.15</p> <p>Cervaro della Sala – Castello della Sala – Antinori 2010 CHF 36.70 Ab 36 Flaschen CHF 34.55</p> <p>Tignanello – Antinori 2009 (RP 94) CHF 61.55 Ab 36 Flaschen CHF 59.40</p>	<p>Le Cupole – Tenuta di Trinoro 2010 CHF 28.10 Ab 36 Flaschen CHF 25.90</p> <p>Saffredi – Fattoria le Pupille Elisabetta Geppetti 2009 (JS 94) CHF 48.60 Ab 36 Flaschen CHF 45.35</p> <p>Bricco dell'Uccellone – Braida 2009 (RP 93) CHF 43.20 Ab 36 Flaschen CHF 42.10</p>	<p>Alion – Vega Sicilia 2008 CHF 52.90 Ab 36 Flaschen CHF 51.85</p> <p>Mauro – Bodegas Mauro 2009 CHF 28.10 Ab 36 Flaschen CHF 27.–</p> <p>Terreus – Bodegas Mauro 2009 CHF 85.30 Ab 36 Flaschen CHF 82.10</p> <p>Pintia – Bodegas Pintia 2008 CHF 34.55 Ab 36 Flaschen CHF 32.40</p>
<p>Aalto – Aalto 2009 CHF 36.70 Ab 36 Flaschen CHF 34.55</p> <p>PS – Aalto 2009 CHF 88.55 Ab 36 Flaschen CHF 84.25</p> <p>Hacienda Monasterio Reserva – Hacienda Monasterio 2008 (RP 94) CHF 41.05 Ab 36 Flaschen CHF 38.90</p>		

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Transport nicht im Preis enthalten. RP = Robert Parker Points, JS = James Suckling Points

Absurd! Es ist ein weiterer Versuch rechter Obama-Hasser, ihn zu diskreditieren. Die Verschwörungstheorie basiert auf der Vermutung, dass Obama kein literarisch talentierter Schreiber ist.

Ist er das?

Man erkennt denselben Stil in einigen Briefen, die ich gefunden habe. Sie dokumentieren dasselbe poetische Feingefühl. Aber mit irrationalen Kritikern kann man nicht rational umgehen. Nachdem ich in meinem Buch aus den Schriftstücken Obamas zitierte, verstiegen sie sich in neue Verschwörungstheorien: Sie insinuierten, das Weisse Haus habe mir diese Briefe gefüttert. Dieser Gedanke ist krank.

Sie haben zwei Präsidenten jahrelange Studien gewidmet. Bekanntgeworden sind Sie mit dem Porträt über Bill Clinton «First in His Class». Was sind die Hauptunterschiede zwischen den zwei Persönlichkeiten?

Clinton ist heiss, und Obama ist kühl, von aussen zumindest, im Kern haben sie beide dieselbe Temperatur. Clinton braucht unbedingt die Präsenz von Menschen. Sie sind für ihn existenziell, wie Sauerstoff.

Ist dies der Grund, dass er sich im Wahlkampf derart für Obama ins Zeug legt?

Ja, er liebt es, gebraucht zu werden, und er braucht es, geliebt zu werden. Ausserdem

hat er ein enormes Gedächtnis. Er kann sich an die Gesichter und Lebensgeschichte von 20 000 Menschen erinnern. Abgesehen davon haben Clinton und Obama einiges gemeinsam: ihre Herkunft zum Beispiel. Beide kamen von unten. Clinton aus Arkansas und Obama aus dem Süden Chicagos. Beide sind

«Clinton schaut nie zurück. Obama hingegen verbrachte zehn Jahre mit Nabelschau.»

ohne Vater aufgewachsen, in beiden Familien spielte Alkohol eine Rolle.

Was unterscheidet die beiden Präsidenten in der Ausübung des Amtes?

Clinton schaut nie zurück. Er analysiert die Vergangenheit nicht lange, sondern sucht das Heil in der Zukunft. Er erfindet sich jeden Tag neu. So überlebte er die Lewinsky-Affäre. Obama dagegen verbrachte zehn Jahre seines Lebens mit Nabelschau. Zehn Jahre, in welchen er auf der Suche nach sich selbst war, die Widersprüche seines Charakters zu lösen versuchte.

Ist die Suche abgeschlossen?

Bis zu einem bemerkenswerten Grad hat Obama die inneren Widersprüche intellektuell lösen können. Seit seiner Zeit in Chicago weiss er, wohin er gehört. Dieses Selbst-

bewusstsein hat ihm die Türen zum Weissen Haus geöffnet. Und es hat ihn dort auch in Schwierigkeiten gebracht. Als Präsident muss man in hohem Masse unausgeglichen sein. Man muss die Politik so sehr wollen, dass sie wichtiger ist als die Familie und private Gedanken. Hier hat Obama ein Defizit. Er mag das politische Spiel nicht, das tägliche Hickhack ist ihm zuwider.

Was ist seine grösste Stärke?

Seine Lernfähigkeit. Dem Talent, rasch auf neue Situationen zu reagieren, verdankt er seinen Erfolg. Er ist sehr agil. Eine Schlappe wie in der ersten Debatte wird er sich nicht ein zweites Mal leisten. Wenn der Vorhang zum nächsten Duell mit Romney aufgeht, werden wir einen anderen Obama sehen. Angriffig und konzentriert.

Ihr Buch hört mit Obamas Studentenjahren in Chicago auf. Bereits arbeiten Sie am zweiten Teil der Biografie. Führen Sie Ihr Werk zu Ende, auch wenn Obama nicht wiedergewählt wird?

Ich vermute ja. Ich habe kiloweise neue Dokumente zusammengetragen. Mein Anspruch ist der eines Historikers, nicht eines Politjournalisten. Ausserdem bin ich ziemlich sicher, dass Obama gewinnen wird.

David Maraniss: Barack Obama – The Story; Simon & Schuster. 672 S.

Zwei Standpunkte, zwei Meinungen.



Live in Horgen

Ort: Hotel Meierhof, Bahnhofstrasse 4, 8810 Horgen

Datum: 15. Oktober 2012

Zeit: 18 Uhr bis 18:50 Uhr, Türöffnung 17 Uhr

Eintritt: nur mit Anmeldung unter tickets@radio1.ch (Platzzahl beschränkt)

Live in
Horgen!

HOTEL MEIERHOF

On Tour Partner:

axxeva[®]
Menschen.Netze.Chancen

Die Vollblut-Politikerin

Als First Lady war sie eine Fehlbesetzung. Seit sie von Barack Obama zur Aussenministerin ernannt wurde, ist Hillary Clinton beliebter als der Präsident. *Von Beatrice Schlag*

Im November wird sie ihr Amt abgeben. Nach vier Jahren und schätzungsweise eineinhalb Millionen Flugmeilen ist die Aussenministerin nach eigenen Aussagen erschöpft. Die Politikerin, die mehr unterwegs war als je ein US-Aussenminister vor ihr, hat ihren Rücktritt früh angekündigt. Es gab keine Konflikte mit Obama und keine Verhandlungen um ein anderes Amt. Nach zwanzig Jahren Knochenarbeit im Rampenlicht will Hillary Clinton aussetzen. Oder, wie fast einhellig vermutet wird, sich in Ruhe auf ihren zweiten Versuch konzentrieren, erste Präsidentin der Vereinigten Staaten zu werden.



Ihr selber entlockt die dutzendsfach gestellte Frage, ob sie 2016 erneut für das Weisse Haus kandidieren werde, jenes herzhaftes, kehlige Lachen, das die Öffentlichkeit erst kennt, seit die ehemalige First Lady allein auf der politischen Bühne steht. Die heute 64-Jährige verbreitet neben Entschlossenheit und Kompetenz eine gute Laune, die ihr niemand zutraute, der sie in den neunziger Jahren im Weissen Haus kennenlernte.



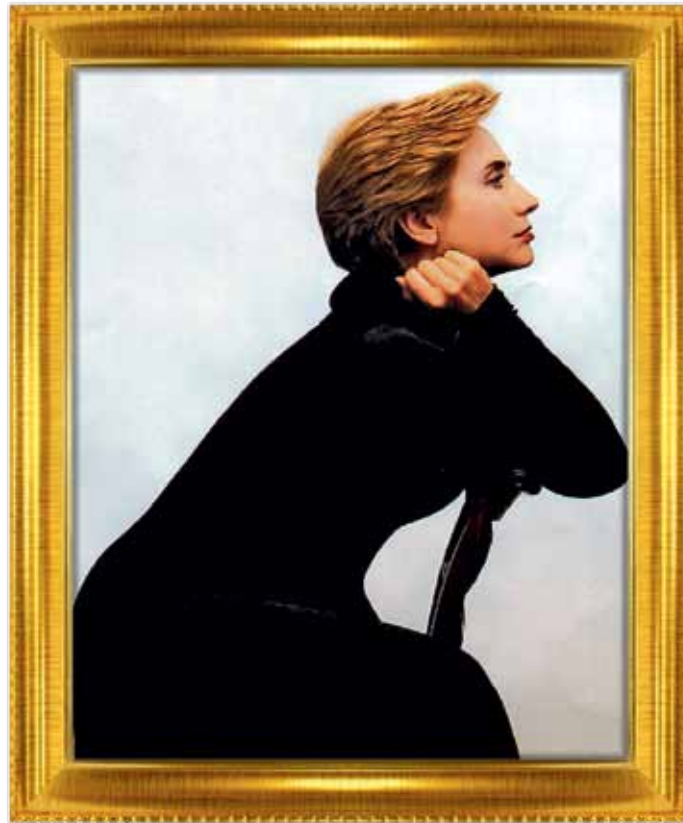
«Zwei zum Preis von einem», hatte Präsidentschaftskandidat Bill Clinton 1992 im Wahlkampf versprochen. Seine Frau werde im Weissen Haus nicht repräsentieren, sondern mitregieren, sagte er stolz. Viele Wählerinnen waren begeistert, die Wähler äusserst zurückhaltend. Sie wollten einen Präsidenten, nicht zwei. Aber die Art, wie Hillary Clinton neben ihrem Mann stand, nachdem noch im Wahlkampf seine Affäre mit der Nachtclubtänzerin Gennifer Flowers aufgefliegen war, imponierte auch den Männern. «Er will Präsident werden, nicht Papst», sagte sie zu seiner Untreue. Bill Clinton gewann die Wahl mit 43 Prozent der Stimmen. Der amtierende Präsident George H. W. Bush unterlag mit 38 Prozent.



Hillary Clinton, Rechtsprofessorin und landesweit renommierte Anwältin, wäre gerne Justizministerin geworden. Aber Familienangehörige zu Untergebenen zu machen, verbot das Gesetz, seit John F. Kennedy seinen Bruder Robert zum Justizminister ernannt hatte. Bill Clinton setzte seine Frau an die Spitze der Task-Force, die das Gesundheitswesen reformieren sollte. Es war ein heillos Fehler. Hillary Clinton witterte

überall Widersacher und wollte von Kritik an ihrer Arbeit nichts wissen.

Die fünfhundert Mitarbeiter in den 35 Komitees ihrer Task-Force arbeiteten unter Auflagen höchster Verschwiegenheit. Bei einem Treffen demokratischer Senatoren wurde sie 1993 gefragt, ob es realistisch sei, angesichts aller anderen anstehenden Gesetzesinitiativen eine so umfassende Reform voran-



«Zwei zum Preis von einem»: Hillary Clinton.

zutreiben. Sie antwortete, die Regierung sei bereit, sämtliche Senatoren zu verunglimpfen, die sich den Empfehlungen der Task-Force widersetzen. «Damit», sagte Senator Bill Bradley, «war sie für mich erledigt. Man sagt Senatoren nicht, man werde sie verunglimpfen. Man nimmt nicht an, Menschen mit Fragen seien Feinde.» Der Reformversuch scheiterte kläglich. Hillary Clinton zog sich völlig zurück und fiel nun vor allem durch ständig wechselnde Frisuren auf. Verunsicherte Frauen kennen das.



Die Republikaner hassten die Clintons, wie sie heute die Obamas hassten. Aber es war das erste Mal in der amerikanischen Geschichte, dass Argumente gegen persönliche Gefühle keine po-

litische Chance hatten. Als der Skandal um Clintons Affäre mit Monica Lewinsky explodierte, sprach Hillary Clinton von einer rechten Verschwörung. Ihr Mann hatte ihr versichert, da sei nichts gewesen. «Ich habe nie verstanden, warum er damals mich und andere hinterging», sagte sie. Er schrieb in seinen Memoiren, er habe sich elend geschämt. «Ich wollte meine Familie und mich vor meiner egoistischen Dummheit schützen.» Er schlief danach wochenlang auf der Gästecouch. Hillary Clinton war nicht sicher, ob sie ihre Ehe retten wollte. Vor aller Welt als gutgläubige Ehefrau entlarvt zu werden, war eine unbeschreibliche Demütigung. Dass sie sich trotzdem nicht trennte, trug ihr eine Begeisterungsrate von über siebzig Prozent ein.



Sie blieb verheiratet, ihr Mann wurde nicht aus dem Amt gejagt. Aber nach seinem unrühmlichen Abgang 2001 wurde sie die Politikerin, die sie immer sein wollte. Sie gewann die Wahl als Senatorin in New York und machte sich klein, akzeptierte winzige Büros und befreundete Demokraten wie Republikaner. Man achtete ihre Belesenheit und ihren Willen, ihre Popularität als Ex-First-Lady nicht zu nutzen. Ihr Talent, bei einem Glas Wein Politiker nachzuahmen, überraschte alle. So hatte man sie nie gekannt.



Im Wahlkampf um die Präsidentschaftskandidatur fiel sie zurück in alte Unsicherheiten. Sie war brillant, aber steif und schlecht beraten. Als

Obama sie zur Aussenministerin ernannte, lief sie zur Hochform auf und wurde die beliebteste Politikerin des Landes. Ein Paradox, denn kaum jemand weiss genau, was sie geleistet hat. Ausser ihrer diplomatischen Schlüsselrolle bei der schnellen Zusammensetzung der Nato-Koalition, die den Sturz von Gaddafi beschleunigte, ist nur wenig bekannt. Insider schätzen sie für ihre Diplomatie auf Augenhöhe, die acht Jahre «Cowboy-Aussenpolitik» unter Bush ersetzt habe. Sie gilt als harte Verhandlerin, die ihren Status als Berühmtheit nutzt, ohne arrogant zu sein. Auf Bildern wirkt sie runder und oft sehr entspannt.

Serie: Jede Woche porträtiert die *Weltwoche* eine amerikanische Präsidentengattin. Nächste Ausgabe: Patricia Nixon

Kohlerausch in Afrika

Moçambique ist eines der ärmsten Länder der Welt. Für die Stadt Tete, dem heissesten Flecken des Landes, interessierte sich jahrhundertlang niemand. Bis die Kohlefirmer kamen. Jetzt wird der Ort überrannt, die Lage ist prekär. *Von Tobias Müller*

Wo einst Ndiputani Bolaks Hütte stand, klafft heute ein riesiges Loch. 500 Meter lang ist es, 200 Meter breit, mindestens 15 Meter tief, und das ist erst ein kleiner Anfang. So wie Bolaks Hütte soll es noch zigtausenden anderen gehen, zwei ganze Städte und ein Flughafen sollen verlegt werden, damit das Loch immer weiter wachsen kann. Es soll einem ganzen Land aus der Armut helfen und hat bereits jetzt einige Menschen reich gemacht. Bolak gehört nicht dazu. Ihn macht das Loch nur wütend und hungrig.

Wütend auf Rio Tinto, einen der grössten Bergbaukonzerne der Welt, der das Loch gegraben hat. Und wütend auf Moçambiques Regierung, die ihm versprochen hat, dass auch er davon profitieren wird, wenn er nur schnell sein Land verlässt und umzieht. Vor ein paar Wochen hat er es getan, nun steht er vor seiner neuen Hütte und sagt: «Ich habe Hunger. Haben Sie was zu essen mit?»

Die Immobilienpreise ähneln denen in der Londoner Innenstadt.

Das Loch unter Bolaks Hütte ist ein Teil der Minen von Tete in Moçambique. Aus dem Flugzeug sehen sie aus, als hätte jemand eine riesige Zigarette in der kahlen Landschaft ausgedampft: Wie ein Brandfleck heben sich die runden schwarzen Flecken von dem verdörrten Boden rundherum ab. Noch sind die Löcher vergleichsweise klein – bald aber sollen sie den Brennstoff liefern, der Chinas Wirtschaftswachstum befeuert und Indiens Hochöfen glühen lässt. Bis 2025 könnte hier genug Kohle aus der Erde geschaufelt werden, um 25 Prozent des weltweiten Koksbedarfs zu decken, schätzen manche Experten.

Moçambique ist eines der ärmsten Länder der Welt: Bis 1992 herrschte Bürgerkrieg, die Lebenserwartung liegt derzeit bei 48 Jahren, mehr als ein Drittel der Bevölkerung gilt als unterernährt. Trotzdem gilt das Land als Vorzeigefall im südlichen Afrika: Um 7,2 Prozent wuchs die Wirtschaft 2010, vor der Krise waren es regelmässig mehr als 9 Prozent. Aus Portugal, dem Land der einstigen Kolonialherren, ziehen jedes Jahr Tausende Menschen her, weil es hier Arbeit gibt. Tete aber hat lange nicht von dem Boom profitiert.

Die Stadt liegt am Sambesi, im Norden des Landes, nahe an der Grenze zu Malawi, Sambia und Simbabwe. Auf den kahlen Hügeln rundherum wächst nichts ausser Büschen und Affenbrotbäumen. Jahrhundertlang interessierte sich kaum einer für die verlassene Ecke, die als heissester Ort des Landes gilt, nur LKW-Fahrer kamen hier durch und sorgten für eine der höchsten Aids-Raten im ohnehin schon durchseuchten Land. Doch dann kamen die Kohlefirmer.

Dass die Provinz um Tete quasi komplett aus Kohle besteht, war schon lange bekannt: Sie gilt als eines der grössten unerschlossenen Kohlevorkommen der Welt. Doch erst relativ moderne Geräte wie die riesigen Bagger, die mehrere Tonnen Erde auf eine Schaufel nehmen können, haben den Abbau profitabel gemacht. Heute gleicht die Stadt einem modernen Klondike, das Ende des 19. Jahrhunderts von einer der folgenreichsten Golddräusche erfasst wurde. Die Bergbauriesen Vale und Rio Tinto kaufen seit Jahren immer mehr Konzessionen auf. Im April übernahmen letztere den Konkurrenten Riversdale mitsamt seinen Lizenzen für vier Milliarden Dollar. Nun soll der Abbau im grossen Stil bald beginnen: Kolportierte vierzig Millionen Tonnen Kohle will Rio Tinto hier bis 2025 pro Jahr fördern – mehr als doppelt so viel, wie das Unternehmen 2011 weltweit ausgrub.

Ein kleines Zimmer für 1000 Dollar

Tete kann nicht schnell genug wachsen, um all die Menschen zu beherbergen, die hier ankommen: Auf den Strassen wuseln weisse Ingenieure aus Südafrika mit Smartphones, Händler aus Pakistan mit langen Bärten und schwarze Minenarbeiter aus Simbabwe in blauen Overalls, in den Imbissbuden der Stadt werden Frühlingsrollen angeboten und Burger halal. Weil die Wege kaum asphaltiert sind und der Verkehr stark zugenommen hat, liegt die Stadt ständig unter einer Staubwolke. Tete werde schwarz sein, wenn die Minen einmal richtig laufen, sagen die Einheimischen.

Einen Flächenwidmungsplan gibt es keinen, neue Häuser entstehen einfach dort, wo Platz ist – etwa dort, wo bisher Wege durch den Wirrwarr an Hütten führten. Die Minenfirmen bauen überall neue Quartiere für ihre Mitarbeiter, chinesische Firmen ziehen am Stadtrand Hotels hoch. Die Immobilienpreise ähneln denen in der Londoner Innenstadt: Ein kleines Zimmer, in dem nichts Platz hat ausser einem Bett und einem Plastiktisch, kostet tau-



Riesige Kohlevorkommen: Der Brennstoff aus

send Dollar Miete pro Monat, ein Grundstück an der Hauptstrasse wird für mehrere Millionen gehandelt. Der hungrige Bolak aber hat kein Geld bekommen für seine Hütte.

«Dabei ist das unsere Kohle», sagt Loria Macajo Chaleca. «Wir wohnen darauf, und wir wollen unseren Anteil.» Chaleca, um die fünfzig, ist die Königin von Benga, die traditionelle Herrscherin über jenen Teil Tetes, in dem derzeit die ersten Löcher entstehen. Sie sitzt auf einem alten Bürostuhl unter einem grossen Baum vor ihrer Hütte. Wenn sie über die Minen spricht, verzieht sie angewidert ihr faltiges Gesicht.

«Vertrieben wie eine Herde Ziegen»

Schon lange bevor die kommunistische Partei Frelimo in Moçambique die Macht übernahm, herrschte ihre Familie hier über Dutzende Dörfer. Noch heute hat jeder Flecken in Moçambique seinen König oder seine Königin; wer in dem Land Geschäfte machen will, der spricht besser mit ihnen. Das hätten Rio Tinto und die Provinzregierung auch getan – bloss an die Abmachung gehalten hätten sie sich nicht, meint Chaleca.



Moçambique soll bald nach Indien und China gelangen.

«Sie haben uns Geld versprochen, jeder Familie eine bestimmte Summe pro Hütte und pro Frau», sagt sie, «bisher aber haben wir nichts bekommen.» Am Anfang habe sie auf Jobs und Einkommen gehofft für ihre Untertanen. «Doch jetzt werden wir vertrieben wie eine Herde Ziegen.»

Peter Pichler hätte genau das verhindern sollen. Pichler, 60, kommt aus Vorarlberg in Österreich und arbeitet für Rio Tinto. Bis vor kurzem war er zuständig für die Umsiedlungen: Er sollte dafür sorgen, dass alle davon profitieren. Bevor Pichler zu Rio Tinto kam, hat er zwanzig Jahre lang bei NGOs Tausenden Menschen ein neues Zuhause gebaut. Er hat Dörfer wieder errichtet nach dem Tsunami in Indonesien oder nach einem Erdbeben in Tadschikistan. «Doch so einen Scheiss», sagt er, «habe ich noch nie erlebt.»

Der «Scheiss» liegt an der löchrigen Strasse von Tete nach Malawi, gut 45 Kilometer entfernt von der Stadt. Hier entstehen die Siedlungen für jene Leute, die jetzt dort wohnen, wo einmal das Loch sein wird. Ihre alten Hütten waren meist nicht mehr als getrockneter Dreck,

auf Holzstämmen gepappt und mit Schilf gedeckt. Die neuen Häuser sind gemauert und haben richtige Dächer aus Metall. Sie haben einen Wasseranschluss und Strom, richtige Fenster, eine kleine Küche, zwei Klos und sind in netten bunten Farben gestrichen. Für ihre künftigen Bewohner aber sind sie eine Katastrophe.

Proteste niedergemacht

Denn die meisten haben gar kein Geld, um den Strom und das Wasser zu bezahlen – es sei zweifelhaft, ob sich auch nur ein Haushalt die Rechnung leisten kann, heisst es in einem internen Papier von Rio Tinto. Wenn eines der Fenster bricht, kann keiner ein neues kaufen. Bereits jetzt sind einige Scheiben kaputt, und an Mückengitter hat niemand gedacht. Das Wasser wird mit elektrischen Pumpen gefördert, die keiner reparieren kann, wenn sie einmal kaputt sind. Wer in Moçambique Brunnen für Bauern baut, setzt auf Handpumpen. Entwicklungshelfer wissen das, Minenfirmen nicht. Die Küche ist zudem überdacht und wird daher von den Familien nicht benutzt: Mosambikaner kochen traditionell im Freien.

Das Schlimmste ist aber nicht, wie die Häuser gebaut sind, sondern wo. «Das ist das schlechteste Ackerland in ganz Moçambique», sagt Pichler, «da kann niemand etwas anbauen.» Dabei sieht das Konzept für die Dörfer vor, dass sie hier gemeinschaftlich Landwirtschaft betreiben, um zu überleben. Viele, die hier wohnen sollen, waren aber nie hauptberufliche Bauern. Sie zogen höchstens Gemüse auf ein paar Quadratmetern um ihre Hütte. Ansonsten gingen sie im Sambesi fischen oder waren Tagelöhner in Tete. Der Fluss aber ist 35 Kilometer weg von ihrem neuen Dorf, die

Die Grundstücke wurden verkauft – in einem Land, in dem es offiziell keinen privaten Grundbesitz gibt.

Fahrt nach Tete kostet mehr, als sie an einem Tag verdienen.

«Die Dörfer sind eine Zeitbombe», sagt Pichler. «Davon profitiert keiner.» Wer gute Umsiedlungen baut, muss seine Minen nicht wegen Protesten schliessen und hat keine schlechte Nachrede in internationalen Medien. Im Dezember bereits marschierten die von den Umsiedlungen des Konkurrenten Vale betroffenen Bewohner protestierend durch Tete. Der Aufmarsch wurde von der Polizei flott und brutal beendet.

Ausgesucht hat den Ort die mosambikanische Regierung, obwohl klar war, dass hier nichts wächst. Rio Tinto stimmte trotzdem zu. Die Behörden entwarfen die Häuser, Experten warnten vor der Fehlkonstruktion. Rio Tinto stimmte trotzdem zu. Gebaut werden sie von einer Firma des mosambikanischen Präsidenten Armando Guebuza, die Arbeiten sind bereits Monate in Verzug. Rio Tinto beauftragt kein anderes Unternehmen. Die Firma zahlt die kommenden Monate die Lebensmittellieferungen an die hungernden Bewohner.

Seit Monaten wartet das Unternehmen nun bereits darauf, dass Moçambique eine zugesagte Förderlizenz in Tete genehmigt. Dort, wo dann das Loch weiterwachsen soll, entstehen einstweilen Häuser: Wer jetzt baut, kann später auf eine hohe Abfertigung hoffen, wenn der Bau wieder abgerissen wird. Als beschlossen wurde, den Flughafen zu verlegen, präsentierte Rio Tinto den Behörden vertraulich vier Standorte für den Neubau. Kurz darauf waren dort sämtliche Grundstücke verkauft – in einem Land, in dem es offiziell keinen privaten Grundbesitz gibt.

Niemand weiss, wie viel Geld Moçambique bisher mit der Kohle verdient hat, und wohin das Geld fliesst, weiss auch keiner so genau. Zwar hat das Land ein internationales Abkommen unterzeichnet, das es verpflichtet, die Geldflüsse offenzulegen – daran gehalten hat sich der Staat bisher aber nicht. Die allein herrschende Partei Frelimo würde sich schamlos selbst bereichern, witterte Afonso Dhlakama, der Chef der Oppo-



«Da kann niemand was anbauen»: Berater Pichler.

Traum vom Reichtum durch Kohle: Siedlung «25. September» in der Provinz um Tete.

sionspartei Renamo, noch vor kurzem. Dann lud ihn Präsident Guebuza zu einem Treffen ein, am Wochenende, privat, ein Gespräch unter vier Augen. Seither ist die Kritik verstummt. Nur einer schimpft immer noch: Daviz Simango.

Simango ist Bürgermeister der Küstenstadt Beira, der zweitgrössten Stadt des Landes, von der aus die Kohle derzeit verschifft wird. Die meisten Menschen in Beira mögen ihn, weil er neue Strassen und Kanäle gebaut und eine Müllabfuhr organisiert hat. Die anderen sa-

co de Moçambique (MDM). 2014 will er bei der Präsidentenwahl kandidieren. Bis dahin lebt er mit Leibwächtern und nutzt jede Gelegenheit, die Regierung zu kritisieren.

«Das wird hier eine Katastrophe»

«Wenn klar ist, dass grosse Unternehmen in eine Gegend kommen werden», sagt er, «läuft das normalerweise folgendermassen: Die Mitglieder der Regierung beschaffen sich durch Korruption Papiere, die ihnen bescheinigen, Besitzer des Landes zu sein. Sie sagen dann den Firmen: «Wenn ihr hier investieren und Rohstoffe abbauen wollt, dann müsst ihr uns bezahlen.»»

Doch der Traum vom Reichtum durch die Kohle könnte bald ausgeträumt sein – denn bisher fehlt eine Möglichkeit, den Rohstoff effizient ausser Landes zu schaffen. Der Hafen von Beira, von dem aus derzeit die Kohle verschifft wird, ist zu klein, um die geplanten Fördermengen zu bewältigen. Zudem kämpft Simango jetzt schon dagegen, dass aus seiner Stadt das Kohletor zur Welt wird. Die 400 LKW, die täglich hier durchrollen, ruinieren ihm die Strassen, die Eisenbahnwaggons mit Kohle sind nicht abgedeckt, so dass der Staub durch Beira weht.

Der Plan der Kohlefirmen, den Sambesi auszubauen und die Kohle auf dem Fluss ans Meer zu schiffen, wurde von den mosambika-

nischen Behörden abgelehnt. Der Fluss und die Natur rundherum wären ruiniert gewesen, meinen Umweltschützer. Die Minenfirmen wollen nun zwei neue Eisenbahnlinien von Tete an die Küste legen und einen neuen Hafen bauen, von dem aus hundert Millionen Tonnen Kohle pro Jahr verschifft werden können. Bisher fehlt aber die Zustimmung der Regierung.

Und auch die Bevölkerung könnte bald nicht mehr mitspielen bei den Förderplänen. Die Königin von Benga etwa will ihre Umsiedlung nicht einfach hinnehmen. Ohne Geld würden sie und ihre Untertanen nicht übersiedeln, sagt sie. «Das wird hier eine Katastrophe», meint Rio-Tinto-Mitarbeiter Pichler.

Monatelang hat er seine Vorgesetzten in Tete auf die Probleme hingewiesen. Er hat sie niedergeschrieben und den Bericht an die obersten Rio-Tinto-Chefs nach Australien geschickt. Seit kurzem ist er nicht mehr für die Umsiedlung verantwortlich, sondern nur mehr als Berater angestellt. Einheimische Mitarbeiter hätten ein besseres Verständnis der Situation, liess man ihn wissen. Seinen alten Job macht jetzt ein Ex-Mitarbeiter des mosambikanischen Geheimdiensts. Und auch um die Beschwerden der Umgesiedelten kümmert sich nun eine Einheimische: die Tochter des Bürgermeisters von Tete. ○

Niemand weiss, wie viel Geld Moçambique bisher mit der Kohle verdient hat.

gen, das Geld für seine Villa mit Pool sei aus der Stadtkasse gekommen.

Einschüchtern lässt sich Simango nicht. Sein Vater wurde ermordet, als Daviz noch ein Kind war. Er war Gründungsmitglied der revolutionären Frelimo-Bewegung gewesen und bei seinen Genossen in Ungnade gefallen. Simango ging später zur Oppositionspartei Renamo. Sein Bruder wurde in Portugal erschossen, kurz bevor er die Bürgermeisterwahl 2003 gewann. Simango war zuvor aus der Renamo ausgetreten und hatte seine eigene Partei gegründet, den Movimento Democráti-

Wo Sicherheit an erster Stelle liegt.

Kompetenz in der Vorsorge seit 1876

PAX Versicherungen
Aeschenplatz 13, Postfach, 4002 Basel
Telefon +41 61 277 66 66, Telefax +41 61 277 64 56
info@pax.ch, www.pax.ch

PAX
VERSICHERUNGEN



Zügelloses Träumen: Kinga Rajzak auf fliegender Untertasse, Eglington Hall, Northumberland, 2009.



Fuchs im Flug

Von Daniele Muscionico

So ist das also, in der englischen Grafschaft Northumberland, wenn der alte Duke den jungen Ladys den Damensattel verweigert. Sollen Rösser dampfen, Männer schwitzen – eine Dame transpiert. Wenn überhaupt. Die Frau ist das Geschlecht der Zukunft, sie tritt die Fuchsjagd auf einer Teetasse an. Teatime ohne Ladehemmung. Völlig losgelöst von irdischen Gesetzen. Schwerelos.

Die Jagdgesellschaft als Parallelgesellschaft, das ist das Kalenderblatt zum Herbst. Es stammt von der Insel, aus England, wie unschwer zu erkennen, und das ehemalige Manor Eglington Hall liefert dazu den Grund und Boden. Ob allerdings die Herrschaften im Sattel und die flügge Fliegerin tatsächlich einem Fuchs hinterher sind, darf man bezweifeln. Seit ein paar Jahren ist der blutige Sport selbst im Empire untersagt.

Doch hier hat der britische Modefotograf Tim Walker die Zügel in der Hand, und wo er fotografiert, wird geträumt, und zwar zügellos. Von gestern und von morgen, und am liebsten so, als ob Alice im Wunderland ihr Traumtagebuch Dr. Freud offenbarte. Dabei braucht hier zum Beispiel keiner zu wissen oder auf den ersten Blick zu erkennen: Dieser Schwarztee-Sperling ist nicht irgendwer. Die Pilotin ohne Fehl und Adel ist das slowakische Supermodel Kinga Rajzak. Tim Walker ist ein Meister des Understatements, wenn es darum geht, Stars zur Kennntlichkeit zu entstellen.

Doch wenn ihm einfällt, das Unmögliche möglich zu machen, surreale Szenerien zu ersinnen, dann scheut der Grossmeister der Grossinszenierung weder Kosten noch Spesen – die freilich andere bezahlen. Denn nicht ein einziges Bild ist am Computer entstanden, Walker arbeitet analog. Und analog zu seinen Fantasien realisieren Heerscharen von Stylisten, Kostümbildnern, Modellbauern, Requisitoren, Produzenten sein Traumgewirk.

Er versenkt einen Rolls-Royce im Rosenfeld, er malt Katzen und Pferde rosa an. Tim Walker ist der Mozart der Modefotografie. Ein Wunderkind damals, ein genialer Geschichten-erzähler heute, von Cecil Beaton inspiriert, bei Richard Avedon perfektioniert. Mit einem einzigen seiner Bilder kann man mehr von England verstehen, als in einem ganzen Anglistik-Seminar. «Little Britain» war gestern, hier spricht das Empire. Nach Heroin-Chic und Glamour-Langeweile schenkt Tim Walker der Modefotografie die Romantik zurück.

Tim Walker: Story Teller. Mit einem Vorwort von Kate Bush. Schirmer/Mosel, 2012. Ausstellung im Somerset House in London, 18.10.2012–27.1.2013

Bestseller

Belletristik

- 1 (2) **Martin Suter:** Die Zeit, die Zeit (*Diogenes*)
- 2 (1) **Joanne K. Rowling:** Ein plötzlicher Todesfall (*Carlsen*)
- 3 (7) **Charlotte Link:** Im Tal des Fuchses (*Blanvalet*)
- 4 (3) **Ken Follett:** Winter der Welt (*Bastet*)
- 5 (5) **Jonas Jonasson:** Der Hundertjährige ... (*Carl's Books*)
- 6 (6) **Jussi Adler-Olsen:** Verachtung (*DTV*)
- 7 (4) **Donna Leon:** Himmlische Juwelen (*Diogenes*)
- 8 (-) **Pedro Lenz:** Liebesgeschichte (*Cosmos*)
- 9 (9) **Jan-Philipp Sendker:** Herzenstimmen (*Blessing*)
- 10 (-) **Joanne K. Rowling:** The Casual Vacancy (*Little, Brown Book Group*)

Sachbücher

- 1 (2) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klugen Handelns (*Hanser*)
- 2 (1) **Guinness World Records 2013** (*Bibliographisches Institut GmbH*)
- 3 (3) **Leoni:** Federleicht (*Wörterseh*)
- 4 (4) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klaren Denkens (*Hanser*)
- 5 (6) **Blaine Harden:** Flucht aus Lager 14 (*DVA*)
- 6 (7) **André Häfliger, Georges Wüthrich:** Dölf Ogi – So wa(h)r es! (*Weltbild*)
- 7 (5) **Gabriel Palacios:** Ich sehe dich (*Giger*)
- 8 (-) **Jean Ziegler:** Wir lassen sie verhungern – die Massenvernichtung in der Dritten Welt (*Bertelsmann*)
- 9 (8) **Philippe Pozzo di Borgo:** Ziemlich beste Freunde (*Hanser*)
- 10 (9) **Rhonda Byrne:** The Secret – The Magic (*Droemer Knauer*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Hand abhacken

Das Historische Museum Basel befasst sich mit dem Umgang mit Kriminellen im Verlauf der Jahrhunderte. Die Ausstellung («Schuldig – Verbrechen. Strafen. Menschen») behandle Themen, «die für Kinder und sensible Menschen ungeeignet sein könnten», heisst es auf der Internetseite des Museums. Solche Warnhinweise machen neugierig und dürften erst recht viele Jugendliche anlocken. Entscheidender ist aber, dass der Kurator sich nicht scheut, die heiklen Fragen zu unserer Rechtsauffassung zu stellen. «Wir finden eine Hand abhacken als Strafe grausam. Das ist eine kulturelle Entwicklung. Ich bin aber nicht sicher, ob zwanzig Jahre Freiheitsentzug so viel angenehmer ist», sagte Franz Egger im Radio DRS. Darüber lässt sich hervorragend diskutieren – Grund genug, eine Fahrt nach Basel in Erwägung zu ziehen. (rb)

Literatur

Zuflucht in der Toilette

Aus den scheinbar banalen Geschichten seiner WC-Erfahrungen filtert Peter Handke in seinem neuen Buch Meditationen über den Sinn des Lebens. Von Pia Reinacher

Ist das ein Witz? Hält ein renommierter, vom Erfolg gesättigter Schriftsteller seine Leser mit einer heimlichen Fäkalienleidenschaft zum Narren? Peter Handke, ein für allerlei Bocksprünge bekannter Schriftsteller, widmet sein neuestes Buch dem WC. Sein schmales Bändchen mit dem noblen Titel «Versuch über den Stillen Ort» lässt schon auf den ersten Seiten keinen Zweifel, dass damit eine ganz gewöhnliche Toilette gemeint ist, in der das Vornehme ins Animalische und das Kultivierte ins gewöhnlich Körperliche kippt. Ach, dass dieses Thema umso verbrämter und tabuisierter wird, je zivilisierter eine Gesellschaft ist – was kümmert ihn das.

Wie seit je ist Peter Handke allerdings auch jetzt auf der Suche nach dem Kern des Wesentlichen. Nach dem Sinn, der vielleicht im Sinnlosen verborgen wäre. Da kommt ihm die handfeste Erinnerung an den Abort im Bauernhaus seines Grossvaters gerade recht: «Der senkrechte Schacht vom Sitzloch hinab Richtung Misthaufen, der zu dem Viehstall unten gehörte – oder führte er nicht doch weiter zu einer Art Sickergrube? –, mit der Nuance, dass jener Schacht ungewöhnlich lang war, oder mir als Kind jedenfalls so erschien, indem der Abort sich im ersten Stock des in einen Steilhang mitten im Dorf gebauten Bauernhofes befand, am Ende einer ausgedehnten hölzernen Galerie, in deren Übergang zur Scheune [...]» An der Schnur am Nagel in der Bretterwand baumeln dicke, sorgfältig gelochte Packen zu rechtgeschnittener Zeitungen des vom Grossvater abonnierten slowenischen Wochenblattes *Vestnik (Der Bote)* – wofür wohl?

Embryonale Nestwärme

So weit, so deftig – wären da nicht die Sterne, die vom Dach des Erdengebäudes herabblincken. Und wäre da nicht die Erinnerung an eine Jugendlektüre eines Buches von A.J. Cronin, die gleichzeitig aufsteigt. Zwei Kinder, eines aus reichem, das andere aus armem Haus, entwickeln eine heimliche Lust, ohne Not die Toilette aufzusuchen und sich an diesem verschwiegenen Ort heimlich einzuschliessen. Den Abkömmling der Herrschaftsfamilie treibt es weit weg von den Salons und Gemächern des Herrenhauses. Verborgen, abgesperrt, schweigend, tut er nichts anderes, als der Stille zu lauschen. Der monotone Ort nämlich ist ohne Dach – und die Sterne leuchten magisch am Himmel. Jetzt stossen wir zum Zentrum des Geschehens. Der «Stille Ort» –

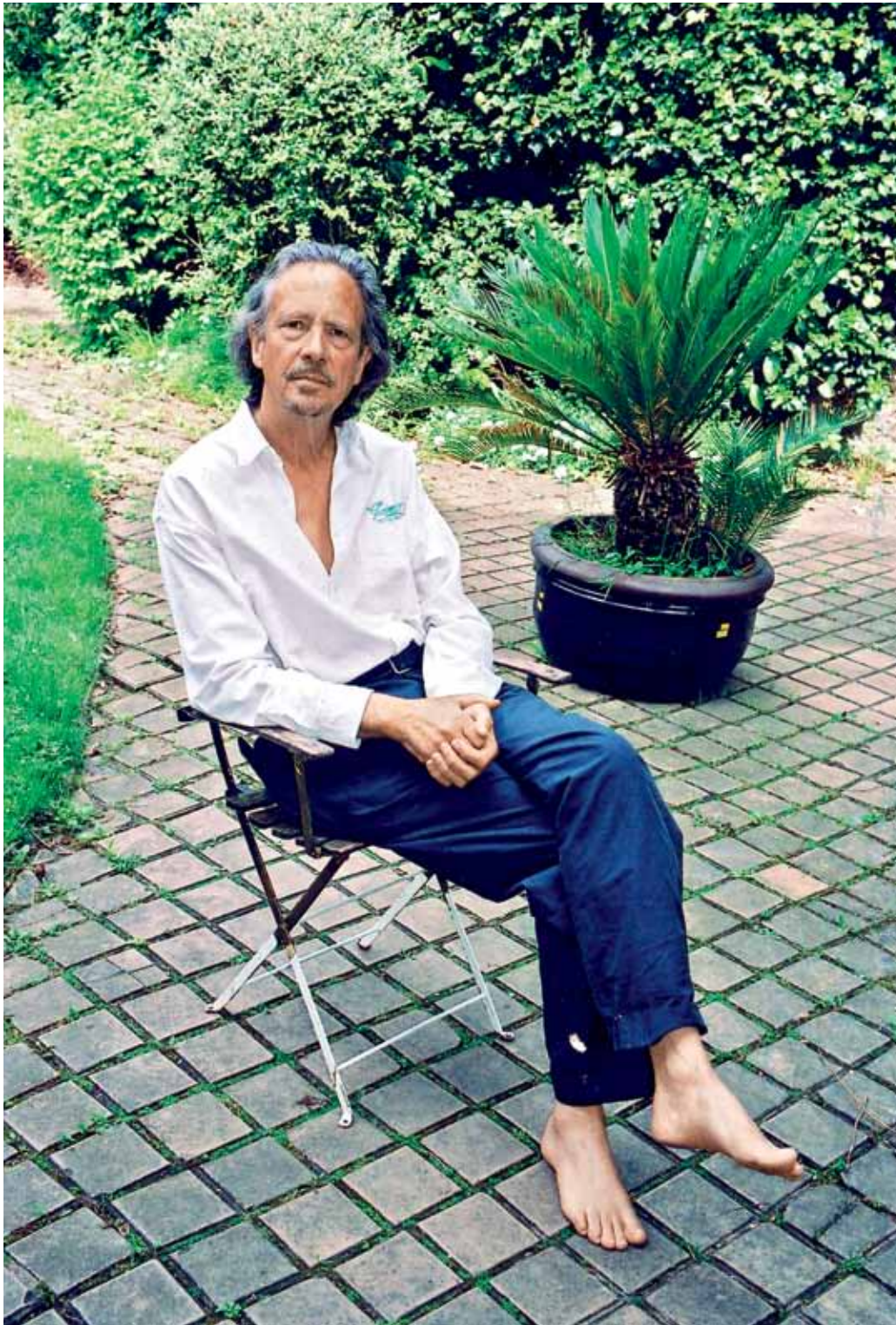
schon fast eine Binsenwahrheit – ist in Wahrheit ein Rückzugsort, ein Ort des Innehaltens, der Einsamkeit, ein Fluchttort. Alles Gedröhn und Geschwätz setzt schlagartig aus. Plötzlich, völlig unerwartet, weit weg von den Bewegungen des geschäftigen Lebens, wird der verschämte Unort durchlässig auf das Metaphysische hin. Auf das Übersinnliche. Auf Erfahrungen und Erkenntnisse, die über das Gewöhnliche hinausgehen und mittels der Vernunft nicht zu haben wären.

Peter Handkes Spurensuche an den stillen Orten ist keineswegs eine kultursoziologische Recherche. Sondern die lockere Verknüpfung von banalen WC-Erfahrungen, die sein Leben prägten. Ganz leichthin verwebt er sie zu einem

Plötzlich wird der verschämte Unort durchlässig auf das Metaphysische hin.

assoziativen Erzählnetz. Klingt überspannt, ist aber ziemlich einfallsreich und bringt den Leser auf überraschende Fahrten. Einmal schildert der Erzähler eine komplizenhafte Beziehung, die sich im Waschraum der Hochschule mit einem sonst unnahbaren Professor entwickelt. Dieser entdeckt den Studenten beim unerlaubten Haarewaschen in der Toilette der Fakultät. Der Lehrer wiederum wäscht sich nach der Vorlesung die Hände, sorgfältig, Finger um Finger, netzt sich das Gesicht mit kaltem Wasser, kämmt sich mit Brillantine, schneidet sich ein paar Härchen in Nase, Brauen und Ohren, um sich dann eine hellgeblühte Krawatte umzubinden, die er aus der Portemonnaie-Tasche seines Anzugs fingert – und weg ist er, zur Frau, die ihn im Tanzcafé erwartet. Dann wieder erinnert sich der Erzähler, wie er sich als Student vor der Maturafahrt nach Griechenland drückte. Was tut er stattdessen? Er bleibt im Bahnhof. Als die Nacht kalt wird, schliesst er sich in der Kabine der Toilette ein. Schon als er die Türe mit einer Schillingmünze öffnet, spürt er eine warme Geborgenheit, eine Art Aufgehoben-sein. Umstandslos legt er sich auf den gekachelten Boden, den Seesack als Nackenpolster, gekrümmt im Halbkreis um die Klosettmuschel – ein regressiver Rückzug in embryonale Nestwärme. So verbringt er die Nacht.

Der «Stille Ort», die triviale Toilette, dient dem Schriftsteller nur als Trampolin, mit dem er sich aus der nichtssagenden Wirklichkeit in andere Welten katapultiert. Was für ein schrull-



Überraschende Fahrten: Schriftsteller Handke.

lig-ironischer Einfall! Er taucht ab in somnambule Zwischenreiche. Exakt am Übergang von der einen zur anderen, komplett anderen Dimension fallen dem Schriftsteller essenzielle Erkenntnisse zu. Nur logisch, dass er unzählige Bezeichnungen für den tabuisierten Ort findet. Mal spricht er von einem Zufluchtsort, einem Asyl, einem Versteck, einer Einsiedelei, dann wieder von einem enigmatischen Refugium des Innehaltens, des Atemhaltens, der Umkehr, des Rückwärtsgehens.

Nahtlos knüpft er damit an den «Nachmittag eines Schriftstellers» (1987) an, aber natürlich auch an den «Versuch über die Müdigkeit»

(1989), den «Versuch über die Jukebox» (1990) und den «Versuch über den geglückten Tag» (1991). Immer geht es bei diesen ungewöhnlichen Recherchen darum, unter dem überflüssigen Sprach- und Denkschutt das zu entdecken, was die Welt im Innersten zusammenhält, auf verschlungenen Umwegen, quer durch unwirtliche Gegenden und mit spielerisch-obsessiven Gedankenspielen die Spuren des Existenziellen zu entziffern. Das ist ihm einmal mehr auf grossartig-spröde Weise gelungen.

Peter Handke: Versuch über den Stillen Ort. Suhrkamp-Verlag. 109 S., Fr. 25.90

Jazz

Getz und Samt und Saiten

Von Peter Rüedi

Musik mit Streichern greifen sich Hardcore-Jazzfans nur mit spitzen Fingern aus dem Regal, und für ein jüngeres Publikum sind Samt und Saiten ohnehin so was von gestrig-schmuddelig. Wenn Strings aufrauschen, ist ja tatsächlich ein starker Magen gefragt, wie beim Verzehr von Schwarzwäldertorten. Andererseits sind einige der einst modischen «Jazz plus Strings»-Versuche viel mehr als musikalischer Softporno. Was vor allem am Kontrast liegt. Ob im Fall von Charlie Parker, Dizzy Gillespie, Clifford Brown, Ben Webster, Louis Armstrong (*you name them*): Vor dem Hintergrund von wie auch immer banalen Streichorchestern triumphiert, was den Jazz insgesamt ausmacht, nämlich die ganz und gar individuelle Tonbildung und Phrasierung seiner Solisten und Solitäre. Allein diese Reibung zwischen Individualität und normiertem Klang macht solche Unternehmen schon spannend.

Im Fall von Stan Getz und Eddie Sauter kommt einiges dazu. Getz, der eindringlichste Melomane unter allen Nachfolgern des grossen Lyrikers Lester Young, beauftragte 1961 den damals halbvergessenen Arrangeur, für ihn die LP «Focus» nicht nur zu arrangieren, sondern auch zu komponieren. Sauter, der einst Ausgetüfteltes für Benny Goodman und Artie Shaw, später für eine eigene Band geschrieben hatte, war als Bewunderer von Bartók (u. a.) eine Art Gil Evans *ante litteram*. Ein Vertreter des «Third Stream». Allerdings überzeugen mich die enger an der modernen Klassik orientierten, etwas angestrengt ambitionierten Stücke («I'm Late, I'm Late») weniger als die von der guten alten Balladen-Tradition inspirierten («Her», «A Summer Afternoon»). Die Reedition von «Focus» ergänzt das konventionellere, im genannten Sinn allerdings nicht weniger spannende Balladen-Album von Getz mit dem Orchester (und den Arrangements) von Russell Garcia – trotz gelegentlich etwas sehr floristischer Harfen-Girlanden dank Getz' hoher Kunst der melodischen Emphase. Eine Musik, die nicht nur in den Superlativen («Early Autumn», «Nature Boy») jene Schichten des Hirns erreicht, wo die Hühnerhaut entsteht und die Kontrolle der Gefühle ausser Kraft gesetzt wird.



Stan Getz: Focus. Composed and arranged by Eddie Sauter. Plus: Stan Getz & Russell Garcia's Orchestra: Cool Velvet. Poll Winners Records PWR 27303.

Der Berner hinter den Rock-Giganten

Der Designer Tom Jermann aus Lyss, Kanton Bern, arbeitet für Rockbands wie Van Halen oder Kiss. Der Schweizer hat sich eine faszinierende Nische erkämpft. *Von Lukas Rüttimann*



«Ein Bubentraum»: Jermann in seinem Büro in Los Angeles, fotografiert von Peter Bohler.

Mit ihrem Gute-Laune-Hardrock sind Kiss nicht unbedingt die aussichtsreichsten Anwärter auf einen Platz im Museum of Modern Art. Dass Kiss-Frontmann Paul Stanley seine künstlerischen Ambitionen trotzdem noch nicht begraben hat, erfährt Tom Jermann am eigenen Leib. Das Resultat führt ihm Stanley im Gästehaus seiner Villa vor. Dass vom Absolventen des renommierten Art Center College of Design in Pasadena, Jermann, eine Einschätzung – Lob – erwartet wird, versteht sich von selbst. Doch der Schweizer zieht es vor, die abstrakte Malerei des Sängers unkommentiert zu lassen. Schliesslich, so Jermann, «war ich nicht dort, um einen Kunden zu beleidigen».

Mit Befindlichkeiten von Stars hat der Inhaber der Grafikagentur t42design in Los Angeles Erfahrung. B. B. King, Van Halen, Johnny Cash, Ramones, Def Leppard, Slayer, Jimmy Page, Slipknot, Krokus – die Liste der Interpreten, für die Jermann Designs, Merchandising oder Fotobücher entworfen hat, ist lang und illustert. Nicht bei allen soll er Gemälde kommentieren. Den Gitarristen Eddie Van Halen etwa musste Jermann aus dem Spital in Sherman Oaks abholen. Weil der Musiker zu Hause über einen Kerzenständer gestolpert war, lag er mit aufgeschlitztem Fuss darnieder.

Durch einen gemeinsamen Freund liess Van Halen Jermann kommen und setzte sich mit Gips und Krücken zu ihm ins Auto. «Als mich der Gitarren Gott ganz verlegen fragte, ob er hier rauchen dürfe, war das der Beginn einer langjährigen Freundschaft», erinnert er sich. Bei der Gestaltung eines Fotobandes für die Band Metallica dagegen beschränkt sich der Kontakt mit Lars Ulrich und James Hetfield auf unkomplizierte, aber knappe Mails: «Hey Tom, wie läuft's?» – «Könntest du das ändern?» – «Thanx man, nice job.»

Durchbruch dank Beelzebub

Anders bei Kiss. Für die seit vierzig Jahren aktive, unverrückbar bemalte Rockgruppe ist Jermann in den letzten zehn Jahren zum Haus- und Hof-Art-Director avanciert. Soeben ist er aus Chicago zurückgekehrt. Nachdem er in einer Stretch-Limousine herbeischauert worden war, verfolgte er das Kiss-Konzert vor 25 000 Zuschauern aus dem Backstage-Bereich. Zurück ins Hotel ging's mit einer Polizeieskorte. Auch wenn die Band im Probe-raum für eine neue Tour übt, kann es vorkommen, dass dabei nur Jermann und ein Tontechniker zusehen dürfen. «Ein Bubentraum» sei das, sagt der 42-Jährige. Schliesslich waren Kiss der Grund dafür, dass er 1994 von Lyss, Kanton Bern, nach Kalifornien auswanderte und als Grafiker wirkt. «Als ich mit neun Jahren das Kiss-Album <Dynasty> in den Händen hielt, wusste ich, was ich im Leben machen wollte.»

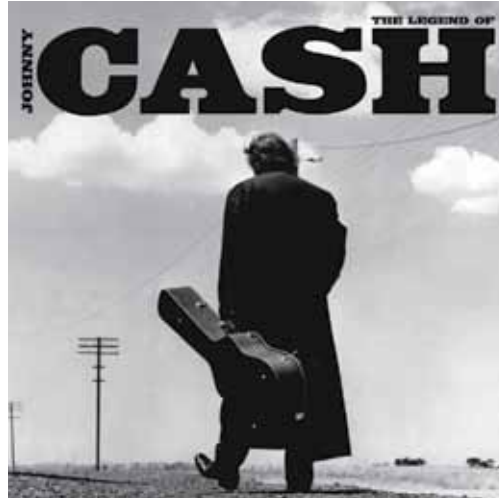


«Bedeutung des Ziegenbocks»: Slipknots «Iowa».

Der entscheidende Karriereschritt gelingt ihm indes nicht mit seinen Jugendidolen. Vielmehr verdankt er ihn einer neunköpfigen Chaotentruppe, deren globaler Triumphzug selbst Szenekenner überrascht. Mit ihrem brachialen Sound, Nu Metal genannt, verkaufen Slipknot 2001 allein in den USA zwei Millionen Exemplare von «Iowa». Die Hülle ist ein Design von Tom Jermann. Das Bild mit dem verfremdeten Ziegenkopf sorgt weltweit für Aufsehen. Sogar für einen Grammy wird das Cover vornominiert, ein Award steht wegen des kontroversen Inhalts jedoch ausser Frage. «Die Idee war, dem jungen Slipknot-Publikum die Bedeutung des Ziegenbocks näherzubringen: In der griechischen Mythologie steht er für Stärke und Führungsgeschick, sonst vor allem für den Beelzebub. Gut und Böse liegen eng beieinander – diese Botschaft kam vielleicht nicht bei allen an», sagt Jermann, der ansonsten schwarze Tusche schwarzer Magie vorzieht, und lächelt.

Gespür fürs Geschäft beweist der Berner bei diesem Coup auch selber. Den Zuschlag sichert er sich, indem er das erste Cover für die Ende der Neunziger noch völlig unbekanntes Gruppe für ein Butterbrot anfertigt. Dafür will er die Garantie, auch das nächste Album gestalten zu dürfen. Für den Grafiker der Plattenfirma Universal, der sich zu diesem Zeitpunkt gerade selbständig gemacht hat, ist es ein Risiko. Aber eines, das sich auszahlt. «Iowa» macht Jermann schlagartig zum gefragten Mann. Und als ihn die Plattenfirma Ende 2001 anfragt, für Kiss ein Box-Set zu entwerfen, ist das die logische Konsequenz erfolgreicher Arbeit.

Seither prangt auf jedem Kiss-Album ein Schweizer Design. Die Band vertraut ihm, er kennt ihre Geschichte. Auch die in diesen Tagen erscheinende neue CD «Monster» hat ein Jermann-Cover. Es zeigt die Musiker mit ihrem berühmten Make-up, darüber prangt die Typografie des Bandnamens. Trotz des 3-D-Effekts sei es ein eher schlichtes Konzept, sagt der Designer. «Es ist *straight forward*. Junge Fans sollen auf den ersten Blick sehen, wer die Band ist.» Erst im Booklet findet sich jene Tex-



«Eher etwas Konservatives»: Johnny-Cash-Cover.

turspielerei, die für ihn typisch ist. Ein spezifisches visuelles Markenzeichen hat Jermann dennoch nicht. Im Gegensatz zu Design-Stars wie dem Deutschen Sebastian Krüger (Rolling Stones, Slash) oder dem Briten Derek Riggs (Iron Maiden), deren Handschrift auch für Laien erkennbar ist, versucht der Warhol-Fan, abwechslungsreich zu bleiben. Als er mit Artworks für die Bands Machine Head oder Fear Factory Trends setzt, fühlt er sich prompt eingeeengt. «Ich will jedes Projekt mit frischen Ideen angehen können. Für Slipknot kritze ich mit einem Bambusstock in Tusche, für Johnny Cash nehme ich ein Porträt und gestalte etwas eher Konservatives.»

Konservativ vielleicht, ungeliebt keineswegs. «The Legend of Johnny Cash» verkauft

Das Cover zu «Iowa» von Slipknot machte Jermann schlagartig zum gefragten Mann.

sich 2005 im Sog der Film-Biografie «Walk the Line» innert zweier Monate über drei Millionen Mal. Die Zusammenstellung wird zum kommerziell erfolgreichsten Produkt, an dem Jermann je gearbeitet hat.

Leben wie ein Rockstar kann er davon nicht. Grafiker sind an den einträglichen Tantiemen nicht beteiligt, Honorare um dreitausend Dollar sind für Kompilationen üblich. Für ein neues Kiss-Album erhält Jermann immerhin 20 000 Dollar. Plus Annehmlichkeiten wie die Einladung an den 60. Geburtstag von Paul Stanley im «Soho Club» von L. A. oder ein Besuch im Privatmuseum von Gene Simmons. Der hortet in seiner Villa in Beverly Hills von der Action-Figur bis zum *Bravo*-Postervon 1977 Tausende von Memorabilien und führt Jermann schon mal persönlich durch seine Sammlung. Für monatelange Arbeit an einem Artwork ein schöner, aber rarer Lohn.

Verständlich also, dass Musikprojekte vermehrt lukrativeren Aufträgen weichen.



20 000 Dollar: neue Kiss-CD.

Schliesslich haben Jermann und seine Gattin Toby, mit der er seine Agentur führt, ein Kind zu ernähren. Man konzentriert sich deshalb auf die Grossen im Geschäft, bei denen die Budgets noch einigermaßen attraktiv sind. Doch die Musikindustrie serbelt, und mit jährlichen Umsatzrückgängen im zweistelligen Prozentbereich stehen auch veraltete Datenträger wie CDs vor dem Aus. Für einen, der bis vor kurzem achtzig Prozent seiner Kapazität mit dem Schaffen von Tonträger-Kunst verbracht hat, ein schmerzlicher Prozess. Doch je kleiner die Cover auf iPods und Smartphones werden, desto stärker wird das Verlangen nach kunstvoll aufgemachten Produkten: Special Editions, Box-Sets und Vinyl erleben einen Boom, der Jermann Hoffnung macht. «Ohne Fassbares und Visuelles wäre die Welt ein trostloser Ort», sagt er. Vor kurzem hat er sich wieder einen Plattenspieler zugelegt.

Geld mit Nostalgie

Auch die wegen ihrer exzessiven Veröffentlichungspolitik berüchtigten Kiss stehen an vorderster Front, wenn sich mit Nostalgie Geld verdienen lässt. Picture-Discs, farbiges Vinyl, Tour-Poster, Merchandising – Jermanns Arbeit wird in nächster Zeit omnipräsent sein. Zumal er mit dem 20 Kilogramm schweren und 60 × 90 Zentimeter grossen «Monster»-Buch (Preis: 4250 Dollar) kürzlich Schlagzeilen machte.

Auf den Lorbeeren ausruhen kann und will sich der Designer jedoch nicht. Im Showgeschäft hat er gelernt, dass man nichts als selbstverständlich betrachten darf. Deshalb mag der ruhig wirkende Familienmensch zwar dem Klischee des gemütlichen Berners entsprechen, bei seiner Arbeit kann er dagegen durchaus amerikanisch tough auftreten. «Ich sage nicht zu allem ja und amen. Wenn ich etwas nicht gut finde, lasse ich das mein Gegenüber wissen – egal, ob Star oder nicht.» Nicht nur Paul Stanley wird davon ein Lied singen können. ○

Top 10

Knorrs Liste

1	Amour	★★★★★
	Regie: Michael Haneke	
2	Looper	★★★★☆
	Regie: Rian Johnson	
3	Hope Springs	★★★★☆
	Regie: David Frankel	
4	Ai Weiwei. Never Sorry	★★★★☆
	Regie: Alison Klayman	
5	Ted	★★★★☆
	Regie: Seth MacFarlane	
6	Magic Mike	★★★★☆
	Regie: Steven Soderbergh	
7	Death of a Superhero	★★★☆☆
	Regie: Ian Fitzgibbon	
8	The Bourne Legacy	★★★☆☆
	Regie: Tony Gilroy	
9	The Expendables 2	★★★☆☆
	Regie: Simon West	
10	The Words	★★★☆☆
	Regie: B. Klugman / L. Sternthal	

Kinozuschauer

1 (1)	Madagascar 3 (3-D)	62 197
	Regie: Eric Darnell	
2 (-)	Looper	20 388
	Regie: Rian Johnson	
3 (3)	Hope Springs	7994
	Regie: David Frankel	
4 (-)	Amour	6167
	Regie: Michael Haneke	
5 (-)	Abraham Lincoln: Vampire Hunter	5988
	Regie: Timur Bekmambetov	
6 (2)	Step Up: Miami Heat	5810
	Regie: Scott Speer	
7 (4)	The Bourne Legacy	5084
	Regie: Tony Gilroy	
8 (6)	Schutzengel	3571
	Regie: Til Schweiger	
9 (5)	Resident Evil – Retribution (3-D)	3392
	Regie: Paul W.S. Anderson	
10 (-)	Der kleine Rabe Socke	1835
	Regie: Ute von Münchow-Pohl	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Snow White and the Huntsm. (Universal)
2 (-)	Men in Black 3 (Sony)
3 (1)	Intouchables (TBA)
4 (2)	Der Diktator (Rainbow)
5 (4)	The Avengers (Disney)
6 (3)	Dark Shadows (Warner)
7 (-)	Mirror, Mirror (Ascot Elite)
8 (-)	The Cold Light of Day (Ascot Elite)
9 (5)	21 Jump Street (Sony)
10 (7)	Hunger Games (Impuls)

Quelle: Media Control



Alles nur Fassade: Robert (Richard Gere), Gattin Ellen (Susan Sarandon).

Kino

Im Säurebad

«Arbitrage», ein gelungener Wirtschafts-Thriller mit Richard Gere als betörendem Finanzplayer.
Von Wolfram Knorr

Der distinguierte Börsenhai, graumeliert, im feinen Zwirn, sagt süffisant lächelnd zur Bordsteinschwalbe, die sich in Beverly Hills mit seiner Kreditkarte einkleiden durfte: «Wir beide legen für Geld die Menschen aufs Kreuz.» Das war 1990 in der Kaufrausch-Romanze «Pretty Woman» mit Julia Roberts und Richard Gere in den Hauptrollen. Auch über zwanzig Jahre später hat das natürlich noch seine Gültigkeit: Richard Gere legt als Robert Miller in «Arbitrage» wieder Leute aufs Kreuz. Er feiert seinen 60. Geburtstag und hat alles erreicht, was sich ein New Yorker Hedge-Fund-Manager nur wünschen kann: luxuriöses Anwesen, tolle Familie, millionenschwere Trading-Firma. Mit dem Arbeits- und Lebenselixier eines Master of the Universe bewegt er sich geschmeidig durch ein begrenztes, abgeschirmtes Koordinatensystem elitärer Rituale und Ereignisse, sündhaft teurer Salons, Restaurants und Geschäfte.

Französische Liebhaberin

In Wahrheit ist alles nur Fassade, seine Welt ein Luxus-Wolkenkuckucksheim. Millers Vermögen, aus Betrug und Trickereien geschaffen, droht wie ein Kartenhaus zusammenzubrechen. Er muss sein Unternehmen so schnell wie möglich an eine Bank verscherbeln. Es ist nicht die einzige Sorge, die den aalglatten

Monopoly-Spieler umtreibt. Auch privat läuft's nicht rund, seine Familienharmonie ist nur geheuchelt. Eine französische Kunsthändlerin ist seine leidenschaftliche aktuelle Geliebte. Bei einer Nachtfahrt baut er einen schweren Unfall, bei dem sie ums Leben kommt. Statt die Polizei zu alarmieren, ruft er einen alten Freund an und begeht mit dessen Hilfe Fahrerflucht. Die Ermittler erkennen rasch die Zusammenhänge und setzen ihn über seinen Chauffeur, einen Farbigen (!), unter Druck. Miller gelingt es mit erstklassigen Anwälten, vulgo mit Geld, sich und den Freund aus der Affäre zu ziehen.

Tim Roth als spiessiger Ermittler

«Arbitrage», der verblüffende Regie-Erstling von Nicholas Jarecki, ist um einiges böser, aggressiver als «Wall Street» (1987). Fragte der noch nach der Moral der Oberschicht, ist Jareckis Befund (er schrieb auch das Buch) gnadenloser: Die erfolgreichen, hemmungslosen Draufloswurstler wissen gar nicht mehr, was Moral ist. Der sture Cop (Tim Roth) im schlechtsitzenden Anzug und Columbo-Knautsch-Trenchcoat, der gegen den extravagant-Infamen Miller hartnäckig ermittelt, will Gerechtigkeit mit der Sturheit eines Spassverderbers, Spiessers, Ewiggestrigen, der Moral noch für einen Wert hält. Das Tückische daran:

Genauso empfindet es der Zuschauer; er identifiziert sich nicht mit Roth, sondern mit Gere und fühlt sich erappt.

Seit Tom Wolfes epischem Säurebad «Fegefeuer der Eitelkeiten» häufen sich Filme über die spezifische Wall-Street- und Park-Avenue-Society, die regelrecht zum Topos über die fidele, ignorante und lustvoll verantwortungslose Gesellschaft wurden. Und nur Amerikaner verstehen es, daraus ebenso lustvolle Satiren und Thriller zu filtern, in denen die smarten Scheusale so toll und faszinierend dargestellt werden, dass wir unsere heimlichen Neigungen auf ihr illegales Treiben projizieren können. Jarecki beherrscht dieses dramaturgische Spiel und wartet mit einem zynischen, sehr realistischen Schluss auf. ★★★★★☆

Weitere Premieren

Savages — Zwei Kalifornier, junge Surfer-Typen, im Clinch mit einem mexikanischen Drogenkartell, das jeden köpft, der nicht nach seiner Pfeife tanzt. Ben (Aaron Johnson) ist der geniale Biologe, der das beste Hasch produziert (das deshalb die Mexikaner begehren). Zusätzlich ist er noch Buddhist und Entwicklungshelfer! Chon (Taylor Kitsch) dagegen ist der knallharte Marine und Ex-Afghanistan-Krieger. Muss sein. Zwischen beiden gibt's noch eine Blondine, einfach O genannt (Blake Lively), den



Ein wenig besser als das Buch: «Savages».

Fragen Sie Knorr

Ein Freund von mir behauptet, er verstehe David Lynch. Soll ich ihm glauben?
J.-L. F., Zürich



Unbedingt. Es ist doch lustig, wenn einer meint, bei einem genialen Spinner wie David Lynch im Besitz der Deutungshoheit zu sein. Daraus können sich herrliche Streitgespräche entwickeln. David Lynch ist ein Cineast mit eminent optischer Fantasie und monströser Rätselpoesie. Nichts für Logik, auch nichts für psychoanalytische Erklär-Symbolik. Es

korrupten John Travolta, die Kartellführerin Salma Hayek und Benicio Del Toro als schnauzbärtigen Brutalinski. Schon die gleichnamige literarische Vorlage von Don Winslow ist stilistische Aufzwickerei, die irre cool sein will. Oliver Stones Verfilmung will das auch, ist aber trotzdem ein wenig besser. Streckenweise sogar spannend, mit – mehrheitlich – Groschenheft-Konstellation (alle sind Klischee-Typen), rüde und mit einem idiotischen Finale. ★★★★★☆



Ruck, zuck: Liam Neeson in «Taken 2».

Taken 2 — Eines muss man Luc Besson und seinen Action-Produktionen lassen: Sie kommen ruck, zuck und ohne Fisimatenten gleich zur Sache. Liam Neesons Frau und Tochter werden entführt, und schon nach wenigen Minuten beginnt die Rennerei und Ballerei und hört nicht mehr auf, bis die Kidnapper abgemurkst sind. Schade, dass das völlig ironiefrei abläuft. ★★★★★☆

Abraham Lincoln: Vampire Hunter — Ein neues Literatur-Genre geht um, Mash-up genannt. Man nimmt Klassiker und mixt sie mit Horrorelementen («Die Leichen des jungen Werther»). 2010 erschien Seth Grahame-Smith' «Abraham Lincoln: Vampire Hunter» – und trat eine Lawine los. Statt Originalität wüste Mischmascherei. Hier killt also Abraham Lincoln nachts Vampire: Südstaatler – und alle irgendwie aristokratisch-europäisch dekadent. ★★★★★☆

sind surrealistische Vexierspiele, gestylte Mystifikationen, in älteren Filmen auch noch mit Missbildungsfantasien getrüffelt («Eraserhead», «Twin Peaks»). Beste Voraussetzung also für Meinungen und Interpretationen in alle Himmelsrichtungen. Denn auch wer Lynchs Œuvre für Mumpitz hält, «versteht» ihn; halt auf seine Weise. Eine objektive Wahrheit gibt's sowieso nicht.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Taxifahrer vs. Schweizer Fernsehen

Von Rico Bandle

Die Sendung «Schweiz aktuell» des Schweizer Fernsehens widmete sich letzte Woche den Stadtzürcher Taxifahrern. Es herrsche «ein harter Kampf zwischen Stadt und Land, der auch mit den Fäusten ausgetragen wird», kündigt die Moderatorin den Beitrag über eine Kundgebung in Zürich an. Tatsächlich ist die Stimmung aufgeladen. «Als unsere Kamera auftaucht, kommt es zu einem Handgemenge», heisst es im Beitrag. Ein Handgemenge ist allerdings nicht zu sehen, da sind bloss einige Taxifahrer, die den Kameramann energisch, aber keineswegs unflätig wegweisen. Grund für die Aufregung sei ein anwesender Landtaxifahrer, so der Sprecher im Hintergrund.

Der Privatsender Tele Züri zeigt dieselbe Szene aus einer anderen Perspektive. «Abfahre!» – «Haued ab!» – «Provokante!» Die aufgebracht Taxifahrer gehen wutentbrannt auf den SF-Mitarbeiter los. Ein Taxifahrer legte dem Kameramann gar eine Schlinge um den Hals, als wollte er ihn strangulieren.

Weshalb diese Aggression gegen den SRG-Mann? Und weshalb wurde der Tele-Züri-Videojournalist verschont? Im Tele-Züri-Beitrag erhielt man die Erklärung: Das SF war ausgerechnet mit einem Landtaxi an die Demonstration gegen Landtaxis gefahren. Dieses nicht ganz unwichtige Detail wurde im «Schweiz aktuell»-Beitrag geflissentlich verschwiegen.

Man habe zuvor ein Interview mit dem Landtaxifahrer gemacht und sei mit ihm dann gleich zur Demonstration gefahren, sagt ein SF-Sprecher auf Anfrage. Das Provokationspotenzial habe man völlig unterschätzt. Zur Freude von Tele Züri: Auch am nächsten Tag zeigte der Sender noch einmal genüsslich, wie der Mann des grossen Konkurrenten beschimpft und angerempelt wird.

Ob sich die Stadtzürcher Taxifahrer in ihrem Kampf gegen die Konkurrenz vom Land durchsetzen werden, ist offen. Das Duell zwischen SF und Tele Züri um den unterhaltsameren Beitrag hat der kleine Privatsender hingegen klar für sich entschieden.

Schweiz aktuell: Montag bis Freitag, 19 Uhr, SF 1
Züri News: täglich, 18 Uhr, Tele Züri

Sehnsucht und viel Applaus

Polens Präsidentenpaar im Lausanner Blitzlichtgewitter, die Jungen entdecken die Zürcher Oper. *Von Hildegard Schwaninger*



Unerschöpflich freundlich: polnischer Präsident Komorowski in Villeneuve.

Der Botschafter der Republik Polen, **Jarosław Starzyk**, lud anlässlich des Staatsbesuchs von **Bronisław Komorowski**, Präsident der Republik Polen, zu einem Konzert ins Théâtre de Beaulieu in Lausanne. Ein typischer Diplomatenanlass! Mittendrin unübersehbar alt Bundesrat **Pascal Couchepin** sowie der Walliser CVP-Politiker **Jean-Michel Cina**. Die Gäste waren angehalten, pünktlich zu erscheinen, so dass alle bereits ihre Plätze eingenommen hatten, als Bundespräsidentin **Eveline Widmer-Schlumpf** mit den Gästen aus Polen in den Saal marschierte. Eine Frage, die manche Eidgenossen beschäftigt: Warum tragen eigentlich unsere Politikerinnen immer so grosse Handtaschen bei sich – die von **Micheline Calmy-Rey** war auch noch knallrot! –, während **Angela Merkel**, die mächtigste Frau der Welt, immer mit freien Händen anmarschiert?

Bronisław Komorowski, ein litauisch-polnischer Adeliger, war mit seiner Frau Anna da. Das Präsidentenpaar hatte vorher die Universität Freiburg besucht, die Firma Nestlé und eine Käseerei in Greyerz. Polens Botschafter Starzyk und seine sehr attraktive Frau **Iwona** flankierten den hohen Besuch aus der Heimat. Starzyk ist ein glühender Patriot und ein grosser Freund der Schweiz. Mit dem Konzert der Voices of the Mountains, eines polnischen Orchesters, das Klassik, Folklore, Jazz und Mazurka spielt (es gibt in Polen nicht nur Chopin, Gorecki und Pen-

derecki), machte er den Gastgeber ein schönes Geschenk. Als **Sebastian Karpiel-Bulecka** auf seiner Geige ein Wiegenlied spielte und sang, hätte man eine Stecknadel fallen hören können, so still wurde es im Saal. Das Lied gab es dann noch einmal als Zugabe. In der polnischen Musik schwingt eine gewisse Schwermut und sehr viel Sehnsucht mit. Nachher gab es einen Empfang mit Fruchtsäften, Wein, belegten Broten und vielen Polinnen (die Frauen sind sehr hübsch) und Polen, und alle wollten mit ihrem Präsidenten fotografiert werden. Wer keine Kamera dabei hatte, zückte sein Handy. Bronisław Komorowski und seine Frau stellten sich mit schier unerschöpflicher Freundlichkeit dem Blitzlichtgewitter.

Am Samstagabend im Zürcher Opernhaus in der «Tosca»-Vorstellung konnte man feststellen, dass der neue Intendant **Andreas Homoki** eines seiner hochgesteckten Ziele schon erreicht hat: die Verjüngung des Publikums. Die meisten Besucher waren zwischen 30 und 35 Jahre alt. Die wenigen Nicht-mehrso-Jungen, die man sah, kamen vom bei älteren Semestern beliebten «Theater-Club», dessen Mitglieder mässig besuchte Vorstellungen zum halben Preis füllen. Reiche Sponsoren und Geld-spielt-keine-Rolle-Menschen sah man keine. Geld spielt eben doch eine Rolle. Manche Tage deklariert Homokis PR-Brigade jeweils kurzerhand zum «Opernhaus-Tag»,



Hochgesteckte Ziele: «Tosca» in Zürich.

und alle Karten kosten nur noch die Hälfte. Studentenkarten in der besten Kategorie kosten jetzt nur noch 20 Franken (statt 40 wie bisher), und so können immer mehr junge Leute sich den Opernbesuch leisten.

Man sah Musikwissenschaftler **Matthias von Orelli**, der als Publizist und Künstleragent arbeitet, und den als Jurist, Künstleragent und Weinhändler tätigen **Aldo Santi**, Sohn des Dirigenten **Nello Santi** (der Maestro dirigiert diese Saison die Verdi-Opern «Un ballo in Maschera» und «Falstaff»). Die Besucher wurden Zeugen einer umjubelten Vorstellung: viel Applaus für den neuen Chefdirigenten **Fabio Luisi** und die herrliche Catherine Naglestad. Die attraktive Amerikanerin trat erstmals am Opernhaus auf.



Viel Applaus: Dirigent Luisi.

Wer im Landesmuseum verkehrt, kennt **Christoph Stuehn**, den Betriebsleiter der Häuser des Schweizerischen Nationalmuseums (zu dem das Zürcher Landesmuseum gehört) und umtriebigen Netzwerker. Jetzt hat sich Stuehn aus diesem Job verabschiedet und lebt in Paris. «Acht Jahre war **Andreas Spillmann** mein Chef, erst im Schauspielhaus, dann im Landesmuseum, jetzt muss ich flügge werden.» Stuehn studiert in Paris Französisch und französische Kultur. Nebenbei ist er am Netzwerken, denn: «Ich möchte zurück in die Schweiz.» Sein Ziel ist eine leitende Stellung im Bereich Kultur oder Stiftungswesen.

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Meine Illusion

Unser Kolumnist fährt nach Brasilien, wo vieles ziemlich anders ist, als er es sich vorstellte (und wünschte).
Von Mark van Huissingling

Vergangene Woche war ich in Rio de Janeiro. Die Stadt beziehungsweise Brasilien waren die längste Zeit weisse Flecken auf MvHs Weltkarte, das heisst, er war noch nie dort. Und das ist natürlich ein bisschen blöd für einen wie ihn, auch weil man seit einigen Jahren hört, Brasilien sei ein *economic powerhouse*, wo die Menschen eine Haltung haben, die man bei uns nicht oder nicht mehr hat (Vertrauen, die Zukunft werde noch besser, und darum Geld ausgeben mit Zuversicht und so weiter).

Zuerst aber eine weitere Folge *naming and shaming* von Hotels et cetera, in denen die Verantwortlichen (zu viel) Geld verlangen für Leistungen, die im (zu hohen) Zimmerpreis eingeschlossen sein sollten: Die Benutzung der (recht langsamen) Wi-Fi-Verbindung des «Porto Bay Rio Internacional»-Hotels kostet 30 Reais am Tag zusätzlich (umgerechnet etwa 14 Franken plus 14 Prozent Steuern und Abgaben); Preis eines Doppelzimmers zur Einzelbenutzung: 439 Franken ohne Steuern und Abgaben). Dafür sieht man vom Balkon den Strand von Copacabana (links) und die Christus-Statue, die sich auf dem Corcovado-Berg befindet (rechts). Ich war Gast von Kuoni, nebenbei, ich empfehle das Hotel, würde aber beim nächsten Aufenthalt eines in Ipanema nehmen oder das «Santa Teresa» in dem Stadtteil gleichen Namens, weil diese Viertel schicker sind (Ipanema) beziehungsweise interessanter (Santa Teresa) in meinen Augen.

Jetzt die Zusammenfassung Ihres Kolumnisten seiner Eindrücke der Stadt mit sechs

Millionen Einwohnern in sechs Worten: «Ich habe es mir eleganter vorgestellt.» Meine Idee von Rio kann ungefähr mit der Zeile wiedergegeben werden, die bei Wikipedia (über Copacabana) steht: «Als Stadtteil der Bohème, des Reichtums und des Glanzes ist er zum Thema vieler Musikstücke, Bücher und Bilder geworden.» Doch was dort weiter steht: «Das goldene Zeitalter waren die dreissiger, vierziger und fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts.» Mit anderen Worten: *That was then but this is now*. Und *now* gleicht Rio mehr einer starken Frau vom Land als einem schicken Mädchen aus der Stadt, das vom Strand kommt und im Seidenkleid durch die Marmorhalle eines Grandhotels geht (das «Copacabana Palace» war zu, nur zum Sagen, wird zurzeit aufgefrischt).

Wenn wir es von Mädchen haben: Es ist klar, dass das Bild der Strasse nicht gleich ist wie die Bilder in dem Buch «Mario de Janeiro Testino – Super Mario Does Marvelous Rio» von Mario Testino. Weil der Modedesigner zwar «inspired by girls and boys from Copacabana» war, die Mädchen und Männer, die er zeigte, aber in Modelagenturen irgendwo gefunden hat. Doch falls man nach einigen Tagen zur Abwechslung einmal Brasilianerinnen mit Body-Mass-Index unter, sagen wir, 20 sehen möchte, muss man die *verão-2012*-Ausgabe der *Vogue Brasil* kaufen.

Der Grund dafür ist nicht nur, dass Brasilianerinnen, die ich beobachtete, zu viel essen mögen (immer zwei Beilagen in Restaurants; *low cholesterol* = zwei Worte einer fremden Sprache, und solche spricht man nicht), sondern ein soziobiologischer sozusagen: Brasilianer sind begeistert von vier Dingen, darunter *bunda*, Hintern, lernte ich von Fabiana Amorim, Marketingdirektorin der Tijuca-Sambaschule (keine Schule, in der man einen Tanzkurs nimmt als Tourist, sondern eine Körperschaft mit 400 Mitarbeitern, gegründet 1931, die bei der Schau im sogenannten Sambadrom während des Karnevals in Rio mitmacht – und etwa 2010 sowie 2012 den Wettbewerb gewann). Die anderen drei Dinge, für die, die das interessiert, sind Fussball, Samba und Bier. Und, so sieht es aus, je mehr *bunda* (mehr im Sinn von grösser, dicker), desto besser beziehungsweise mehr Begeisterung kommt auf für den Rest der Besitzerin.

Die gute Nachricht aus Rio: Man isst ziemlich fein, obwohl, wie im «Lonely Planet»-Reiseführer steht, Restaurants der Stadt kaum Bedeutung haben, im Ausland jedenfalls nicht. Für eine Art Hausfrauenküche empfehle ich die «Bar do Mineiro»; für Rinderfleisch sowie Sushi merkwürdigerweise das «Porcão» (grosses Schwein), bei dem es sich um eine Churrascaria (brasilianisches Steakhouse) handelt, sowie für ein wenig weniger, dafür ein bisschen mit mehr Ideen zubereitetes Essen das tropische Bistro (Eigenreklame) «Zazá».

Gesellschaft

Wer lügt?

Von Beatrice Schlag — Männer helfen liebend gern im Haushalt. Oder doch nicht?

Jeder sucht nach Antworten auf die Frage, wie Liebe dauerhaft Freude machen kann. Frauen sind besser ausgebildet als früher und wollen oder müssen arbeiten. Die meisten Männer müssen und wollen arbeiten. Irgendwann werden Paare Eltern, weil sie sich das wünschen. Und irgendwann ist das Vergnügen aneinander weg. Die Scheidungsrate in der Schweiz liegt bei 54 Prozent, die unverheirateten Paare nicht mitgezählt. Es macht keinen Mut.

Hochverlässlich scheinende Studien zum Thema, von denen man sich Rat erhofft, weichen nicht nur ein bisschen voneinander ab, wenn es darum geht, zu benennen, was glückliche Ehen ausmacht. Sie widersprechen sich diametral. Ein zentraler Streitpunkt von Paaren, das wissen wir schon lange, ist die Rolle des Mannes bei der Hausarbeit. Er soll nicht nur ein wenig helfen beim Staubsaugen, sondern unaufgefordert aktiv werden, wenn der Kalk, der Dreck, der Staub sich mehrt. Vor knapp vier Monaten veröffentlichte die Universität Cambridge eine in mehreren europäischen Ländern durchgeführte Untersuchung zum Thema. Sie ergab, dass diejenigen Ehemänner die glücklichsten waren, die neben dem Beruf am meisten Hausarbeit leisteten. Sie hatten weniger häuslichen Streit und bezeichneten sich als zufriedener als die Haushaltmuffel. Die Forscher hatten genau das Gegenteil erwartet. Sie nannten für die überraschenden Resultate zwei Gründe: Erstens seien Frauen inzwischen unnachgiebiger in ihren Forderungen, zweitens befürworteten immer mehr Männer heute die Gleichstellung der Geschlechter.

Alles Quatsch, sagt eine vor zwei Wochen im vorbildlich gleichberechtigten Norwegen erschienene Studie. Je mehr Hausarbeit der Mann verrichte, desto höher sei die Scheidungsrate. Sogenannt moderne Paare, bei denen Termine und Aufgaben gleichberechtigt verteilt seien, pflegten eher eine Art Geschäftsbeziehung als ein intimes, liebevolles Zusammenleben und seien viel leichter bereit, sich zu trennen.

Wer lügt hier? Die Forscher vermutlich nicht.



Rote Lippen soll man küssen

Von Jürg Zbinden

1 — ... denn zum Küssen sind sie da», trällerte einst Cliff Richard auf Deutsch mit unverkennbarem englischem Akzent. Clarins lockt in seiner Make-up-Herbstkollektion «Ombre Minérale» mit «Rouge Prodiges», zu kaufen in den Farben Spiced Orange, Fig, Orchid Pink oder Dark Cherry. Der empfohlene Verkaufspreis beträgt Fr. 37.–. Im Kosmetikfachhandel.

2 — Die neuen «Pure Color»-Lippenstifte von Estée Lauder gibt es in nicht weniger als 45 Nuancen. «Diese Lippenstiftkollektion ist einfach zum Verlieben – Sie sehen damit nicht einfach nur klasse aus, sondern Ihre Lippen werden für Sie sprechen», schwärmt Lauders Creative Make-up Director Tom Pecheux selber von seiner Sinfonie der Farben. Der schön knallige *lipstick* Melon kostet Fr. 38.–. Erhältlich bei allen Depositären von Estée Lauder.

3 — Andy Warhol, die Pop-Art-Ikone schlechthin, stand Pate für die neue *color collection* von Nars. «Brillant à lèvres larger than life» gibt es in den Tönen Rouge-Orange lumineux, Rose Fraîse scintillant, Rose glacé, Framboise und Rose intense. Um Fr. 47.–. Erst ab dem 1. November im Handel.

4 — Vom 13. Oktober bis zum 2. November werden im Vitra-Design-Museum in Weil am Rhein in Kooperation mit dem Louisiana Museum of Modern Art und dem Moderna Museet Stockholm wegweisende Objekte der Pop-Art gezeigt. Ein Pop-Art-Klassiker ist das Salvador Dalí gewidmete, 1971 in Serie gegangene Lippensofa «Bocca». Der Exzentriker wiederum liess sich inspirieren von Mae West. Die platinblonde Sirene mit der Sanduhrfigur riskierte bereits in den Dreissigern eine kesse Lippe. Das abgebildete Modell stammt aus der Miniaturkollektion von Vitra und kostet Fr. 245.–. Mini-Versionen gibt es etwa auch vom «Tulip Chair» oder «Panton Chair». Die Minis sind erhältlich unter www.design-museum.de.

5 — «Golden Jungle» heisst die herbstliche Make-up-Kollektion von Maison Dior. Die Lippenstifte «Dior Addict» sind in Nuancen von Rosenholz, Kupferbraun, Glutrot oder dunklem Weinrot erhältlich. «Mit einer dünnen Schicht «Lip Maximizer» wirken die Lippen noch sinnlicher und voller» – gemäss Dior. Die Lippenstifte im chromglänzenden Design kosten je Fr. 46.–. Zu kaufen im ausgewählten Kosmetikfachhandel.



Viel Energie um nichts

Von **Andreas Thiel** — Früher wurde Realitätsferne als Wahrsagerei oder Wunschdenken abgetan. Heute wird sie Zukunftsprognose genannt.

Thiel: Frau Energieministerin, wie wollen Sie den steigenden Energieverbrauch einer wachsenden Bevölkerung bewältigen? Werden wir endlich neue Kraftwerke bauen?

Leuthard: Ich dachte daran, den Energieverbrauch zu senken.

Thiel: Sind Sie realitätsblind? Wie soll das gehen?

Leuthard: Ich bin zu mehreren Klimakonferenzen geflogen, habe mit vielen Fachleuten gemailt und telefoniert und mich mit vielen davon auch persönlich getroffen, ein grosses Team von Wissenschaftlern arbeitet ...

Thiel: Das klingt ja, als ob Sie der Mensch mit dem höchsten Energieverschleiss in der ganzen Schweiz sind.

Leuthard: Wieso?

Thiel: Der ganze Aufwand für all das Palaver ...

Leuthard: Aber es ist doch für eine gute Sache.

Thiel: Wasser predigen und im Schnaps schwimmen, nennt man das.

Leuthard: Wir wollen doch den Energieverbrauch der anderen senken.

Thiel: Das erinnert mich an Moritz, der versucht hat, das steigende Verkehrsaufkommen zu senken, indem er die Kapazitäten abgebaut

hat. In seinen Zukunftsprognosen hat der Verkehr ständig abgenommen – in der Realität ist er immer weiter gestiegen. Die Folge ist, dass wir jetzt so viele Staumeldungen haben wie noch nie. Das heisst, wenn Sie den Energieverbrauch senken wollen, dann wird er trotzdem steigen.

Leuthard: Wie? Ich verstehe nicht ...

Thiel: Nehmen wir also ein praktisches Beispiel: Wenn ich mich jedes Jahr furchtbar darüber aufrege, dass es wieder mal keine weissen Weihnachten gibt, und ich mir deswegen eine Schneekanone kaufe und in den Garten stelle, dann ...

Leuthard: Aber das können Sie doch nicht machen!

Thiel: Wieso denn nicht? Gehen Sie etwa nicht auch auf künstlich beschneiten Pisten Ski fahren?

Leuthard: Ja schon, aber ...

Thiel: Vielleicht will ich ja auch die anderen nicht neidisch darauf machen, dass ich so viel arbeite, und richte die Schneekanone auf mein Auto, damit ich dann immer mit einem völlig

verschneiten Fahrzeug zur Arbeit fahren kann. Und da ich nachts mit der Skibrille unter dem Solarium gelegen bin, denken dann alle, ich sei in den Skiferien gewesen und sehe absolut erholt aus.

Leuthard: Jetzt predigen Sie aber Champagner.

Thiel: Reden Sie in meiner Freizeit bitte nicht von Champagner, das erinnert mich an meine Arbeit.

Leuthard: Aber ich will doch nur den Energieverbrauch senken.

Thiel: Und ich möchte einen Whirlpool auf dem Mond haben.

Leuthard: Das ist doch absurd.

Thiel: Es freut mich, Ihnen recht geben zu dürfen. Sämtliche Entwicklungsprognosen deuten darauf hin, dass ich keinen Whirlpool auf dem Mond haben werde. Die gleichen Prognosen zeigen auch, dass der Energieverbrauch steigen wird.

Leuthard: Mike Shiva hat mir persönlich vorhergesagt, dass ich den Energieverbrauch senken werde.

Thiel: Mike Shiva ist kein feinstoffliches Medium, sondern eine grobstoffliche Geldmaschine. Das Einzige, was man für ihn prognostizieren kann, ist, dass er in seinem nächsten Leben nicht

mehr in der Schweiz, sondern irgendwo in Indien wiedergeboren werden wird. Aber nicht im Penthouse eines Wolkenkratzers, sondern in einer Kartonschachtel neben der Glasfassade.

Leuthard: Also jetzt machen Sie ja völlig unhaltbare Prognosen.

Thiel: Dann haben wir ja etwas gemeinsam. Im Gegensatz zu Ihnen bin ich aber ein Komiker.

Leuthard: Energiepolitik hat nichts mit Komik zu tun.

Thiel: Das stimmt insofern, als dass das, was Sie sagen, überhaupt nicht lustig ist.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Wohnzimmerwein

Von **Peter Rüedi**



Montalcino III. Eine Beiz, die ich nicht finde, macht etwas falsch, ist doch Öffentlichkeit ein Zweck ihrer Existenz. Bei einem Weinproduzenten ist das schon nicht so sicher, zumindest bei einem, zu dessen Image Exklusivität gehört, Kostbarkeit, kleine Mengen. Für die Anfahrt zu Il Marroneto am Nordwesthang von Montalcino, direkt unter der Stadtmauer in einem ehemaligen Kastanienhain gelegen (der Name sagt es), sind Allradantrieb und Rallye-Karte ratsam. Einmal im Haus, stutzt man: Da geht die gute Stube mit Polstergruppe ohne Temperaturschleuse in den Keller mit grossen Fässern aus Allier- und slowenischer Eiche über – Verhältnisse, ob denen es jedem modernen Kellertechniker auch bei diesen 38 Grad kalt über den Rücken läuft. Il Marroneto ist kein Garagen-, sondern ein Wohnzimmerwein. Jedenfalls das radikale Gegenteil des Gigaproduzenten Banfi am andern Ende der Appellation (*Weltwoche* Nr. 39/12). Entsprechend betrachtet Alessandro Mori, Sohn des Anwalts, der vor dreissig Jahren diesen önologischen Herrgottswinkel gekauft hat, dieses Bijou von gerade mal sechs Hektaren.

9000 Flaschen eines Brunello aus ausgewählten Trauben («Selezione Madonna delle Grazie») füllt er ab, 20 000 «normale» (dem *enfant gâté* kaum nachstehend), 8000 Rosso di Montalcino – eher widerwillig schickt sich Mori darein, dass er davon halt die eine oder andere verkaufen muss. Zumal die beiden Brunelli, 41 resp. 39 Monate im grossen Eichenfass und 10 Monate in der Flasche gereift, sind Topwerte auf der nach oben offenen Sangiovese-Skala: höchste Raffinesse und Delikatesse bei starker Struktur. Komplex und «wild», noch ein bisschen happig in den Tanninen, darüber aber von einer grandios explosiven Aromatik die «Selezione»; nicht weniger balanciert, frisch, würzig, fruchtig, noch etwas nervöser der Haupt-Cru. Ganz grosse Weine. *A prendre et à laisser*, nämlich im Keller, möglichst in einem Winkel, wo man sie vergisst. Ihre Lebenserwartung liegt zumindest zweifelsfrei über der meinen.

Il Marroneto (Alessandro Mori): Brunello di Montalcino. 14%. Schubi, Luzern. Fr. 57.–. www.schubiweine.ch
Brunello di Montalcino Madonna delle Grazie. 14,5%. Fr. 75.– (ebenda)



Auto

Die Dampfmaschine

Der neue 3er von BMW ist als Kombi nicht nur praktisch, sondern je nach Motor auch ziemlich forsch unterwegs. *Von David Schnapp*

Kürzlich bei einem Abendessen fragte mich ein Auto-interessierter Freund, welchen Testwagen ich gerade fahren würde. «Den neuen 3er-Kombi», antwortete ich. «Welcher Motor?», fragte er zurück? – «Sechszylinder-Diesel.» – «Ah, die Dampfmaschine!», rief der Freund und erwies sich als Kenner der Materie. Dieser Motor ist tatsächlich ein ziemliches Ereignis im BMW 330d Touring, wie das Auto korrekt heisst. Aus 3 Liter Hubraum und mit der Unterstützung eines Doppelturbos schöpft er 258 PS und – das macht ihn zur besagten Dampfmaschine – 560 Newtonmeter. Bei

einem Leergewicht von günstigen 1680 Kilogramm sind das fantastische Werte. Zum Vergleich: Der zweiseitige Aston Martin Vantage V8, den wir letzte Woche vorgestellt haben, ist als Sportwagen ohne grossen Alltagsnutzen nicht nur rund 100 Kilogramm schwerer, sein maximales Drehmoment ist mit 470 Nm erst noch einiges tiefer.

Muskeln des Rennpferds

Allerdings war mein 3er-Kombi mit einigen Optionen aus dem Regal der BMW-Sportwagenabteilung M GmbH ausgestattet. Eine grössere Sportbremse (Fr. 960.–) war ebenso eingebaut wie das M-Sportpaket (Fr. 5650.–), das neben optischen Änderungen wie den attraktiven blauen Zierleisten im Innenraum vor allem ein adaptives Fahrwerk beinhaltet. Kurz zusammengefasst: Der 3er, wie ich ihn zum Test vorgefunden habe, geht ab wie ein Rennpferd. Ihn über einen Pass zu scheuchen, ist ein grosses Vergnügen. Wenn man den «Fahrerlebnisschalter» auf «Sport+» stellt, werden die Federwege spürbar kürzer, die Lenkung direkter, der Diesel lässt seine Mus-

keln spielen, und das ESP lässt einem im Grenzbereich etwas mehr Spielraum. Die Achtgang-Sportautomatik schaltet effizient, was sich selbst bei forscher Fahrweise mit einem Verbrauch um sieben Liter bezahlt macht.

So was freut den Familienvater, wenn er mit dem Auto mal alleine zu einem Geschäftstermin unterwegs ist. Am Samstag hingegen, wenn er zum Wochenendeinkauf losgeschickt wird, freut er sich dann eher über die nützliche Seite seiner Dampfmaschine. Der Kofferraum fasst 495 Liter und ist praktisch. Es gibt einen doppelten Boden, verschiedene Netze, Haken für Einkaufstaschen und gegen Aufpreis ein taugliches Befestigungssystem.

Die Anmutung des relativ kompakten Kombis ist für ein Mittelklasseauto sehr gut. Verarbeitung und Materialien wirken solide, auch wenn der Mix von Kunststoffen und Metallen mir bisweilen etwas überkreativ erschien und die Linienführung des Cockpits zu asymmetrisch geraten ist. Das mag man je nach Geschmack aber anders sehen.

Die Zubehörliste ist mit rund vierzig Seiten, wie üblich bei deutschen Premiumherstellern, sehr umfassend; wer an der richtigen Stelle seine Kreuzchen macht, kann aus seinem 3er ein sehr gut ausgestattetes Auto mit Oberklasse-Ambiente machen. Dann ist der BMW 330d Touring ein edler Transportunternehmer – mit Dampf.

BMW 330d Touring

Leistung: 258 PS, Hubraum: 2993 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: Fr. 64 000.–, Testwagen: Fr. 85 610.–



Feen im Wald

Die Kundenberaterin Gesche Hansen, 25, und die Serviceangestellte Johanna Franzen, 23, haben im Juli geheiratet. Zweihundert Prozent weiblich.

Gesche: Am Schluss dachten wir: So sieht eine Hochzeit aus, wenn zwei weibliche Partner alle Prinzessinnenwünsche realisieren. Feen und Kobolde, Farben, Efeu, geheimnisvolle Blumen und Wald, Schmetterlinge für mich und Blumen und Früchte für meine Liebste. Die Kleider entwarfen wir selbst. Tonnen von weissem und regenbogenfarbigem Tüll und Glitzer sowie enge Mieder, die einige Tattoos freigaben. Anstelle von Schleiern trugen wir handgearbeitete Kronen. Als Location wählten wir einen Park ausserhalb von Stockholm, verwunschen und wunderschön.

Johanna: Wir kennen uns seit vier Jahren, und nach einer Fernbeziehung entschlossen wir uns vor acht Monaten zusammenzuziehen. An Gesche liebe ich die spielerische, kindliche Art, ihre Kreativität und ihre Art zu träumen. Ich kann mit ihr ich selbst sein. Geld haben wir nicht viel, dementsprechend klein war unser Hochzeitsbudget. Es war eine Herausforderung, für ein paar tausend Dollar eine einzigartige, weil originelle Festivität zu organisieren, die in allem unsere Vorlieben und unseren Persönlichkeiten entsprechen sollte.

Gesche: Den Entschluss, keine Hochzeitsmagazine und keine Hochzeits-Websites zu konsultieren und uns überhaupt nicht um die gängigen Trends und Ideen der Hochzeitsindustrie zu kümmern, auch keine Hollywoodfilme anzuschauen, war eine gute Entscheidung. So waren wir gezwungen, eigenständige Ideen zu entwickeln und diese umzusetzen. So wurde unser Fest: *unique!*

Johanna: Die üppigen Dekorationen, die Kleider der Brautjungfern, die Einladungen und das Programm organisierten wir selbst, fast alles war handgemacht. Die Arbeit war absolut gigantisch. Gleichzeitig erhielten wir enorm viel Hilfe von Freunden und der Familie. Wir verfolgten aber von Anfang an den Grundsatz, dass wir ersatzlos streichen, was uns im Verlauf der Vorbereitungen ängstigt, weil das Resultat nicht so werden könnte, wie wir es uns vorstellten. Das nahm Druck weg, und die Vorbereitungszeit wurde auch zu einer Bestätigung unserer harmonischen Liebe.



«Völlig frei»: Brautpaar Hansen-Franzen.

Gesche: Unsere Hochzeit sahen wir als eine Art Gesamtkunstwerk, aus diesem Grund war auch der Dresscode für die Gäste strikt: keine traditionellen Cocktailkleider, kein Schwarz, keine Jeans, Krawatten, Fliegen – aber auch Federboas, High Heels und Schmetterlingsflügel waren verboten. Dementsprechend originell und sehr bunt präsentierten sich unsere Freunde und Verwandten.

Johanna: Mein Vater ist Priester, er nahm die Zeremonie vor, die wir gemeinsam vorbereitet hatten. Da wir das amtliche Prozedere im Stadthaus bereits hinter uns hatten, waren wir nun völlig frei. Viele Gäste kamen mit dem Zug und liefen den Geleisen entlang zum Park. Fast wie in einem Film. Die ganze Woche hatte es allerdings geregnet, wir mussten die Zeremonie in das Gewächshaus verlegen. Glück im Unglück: Die Atmosphäre und das Licht waren fantastisch. Wir lachten, als wir uns gegenseitig unsere Liebesgeständnisse vorlasen. Gesche schloss mit dem Satz: «Ich

will mit dir zusammen sein, bis wir zwei verrückte alte Ladys sind, die in einem verwunschenen Haus voller Katzen leben.» Danach heulte ich Rotz und Wasser.

Gesche: Als wir Hand in Hand durch den Garten liefen, schwebte ein gigantischer Glitzerstaubregen auf uns nieder. Dazu lief die Coverversion des Liedes «All I Want Is You». Anschliessend gab es ein rauschendes Fest mit einem veganischen Buffet und einer dreistöckigen Hochzeitstorte, die Johanna selbst gebacken hatte: ungarische Schokolade, gefüllt mit Himbeermousse. Göttlich. Als Geschenke erhielten wir alles, was wir uns gewünscht hatten: Dinge, die glitzern und Flügel haben, Kirschen im Glas, ein Waffeleisen und: ein Pony. Das war allerdings aus Plastik.

Protokoll: Franziska K. Müller

Glashütte Original – mehr als 165 Jahre deutsche Uhrmacherkunst.

PanoGraph



Glashütte

ORIGINAL

HANDMADE IN GERMANY

Der PanoGraph. Vollkommene Proportionen. Das Design des erfolgreichen Säulenradchronographen zeigt sich zeitgemäß in seiner charakteristischen Asymmetrie. Gestaltet entsprechend den Regeln des Goldenen Schnittes, ist der Zeitmesser Ausdruck höchster deutscher Handwerkskunst. Erfahren Sie mehr unter www.glashuette-original.com. Auch laden wir Sie ein, unsere iPhone-Applikation vom App Store herunterzuladen.



GÜBELIN

JUWELEN • UHREN

LUZERN ZÜRICH GENÈVE LUGANO BERN ST. MORITZ BASEL